

13



—
**Jahresbericht
KdK 2013**
—

**Rapport annuel
CdC 2013**



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

Konferenz der Kantonsregierungen

Conférence des gouvernements cantonaux

Jahresbericht 2013 KdK
Rapport annuel 2013 CdC

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
1 Organisation.....	7
1.1 Plenarversammlung	7
1.2 Leitender Ausschuss.....	8
1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen.....	9
1.4 Sekretariat	9
2 Tätigkeit	11
2.1 Arbeitsschwerpunkte	11
2.1.1 Plenarversammlung.....	11
2.1.2 Leitender Ausschuss.....	16
2.1.3 Stellungnahmen.....	18
2.1.4 Zusammenarbeit Bund – Kantone	22
2.1.5 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen	24
2.1.6 Weitere Schwerpunktthemen.....	25
2.2 Weitere Aktivitäten.....	25
2.2.1 Allgemeines.....	25
2.2.2 Aussenpolitik.....	27
2.2.3 Innenpolitik.....	28
2.2.4 Mandate	31
3 Rechnung.....	34

Einleitung

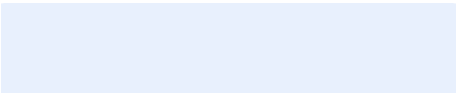
Am 8. Oktober 2013 konnte die Konferenz der Kantonsregierungen mit einem offiziellen Festakt ihr 20-jähriges Bestehen feiern. Seit ihrer Gründung hat sich die KdK – ganz im Sinne der Vereinbarung von 1993 – als wichtige Stimme der Kantone in Bern etabliert: Sie fördert die Meinungsbildung unter den Kantonen und ermöglicht eine erfolgreiche Konsolidierung ihrer Positionen. Sie setzt sich in allen Stadien der Entscheidungsfindung auf Bundesebene für die Interessen der Kantone ein. Und sie fördert die Erneuerung und Weiterentwicklung des Föderalismus, unter anderem mit einem jährlichen Monitoring der Gesetzgebungsprozesse auf Bundesebene. Um die Bedeutung des Föderalismus zu betonen, beschloss die Plenarversammlung der KdK, im Jubiläumsjahr für einmal nicht in Bern, sondern dezentral in verschiedenen Regionen der Schweiz zu tagen und die ganze Vielfalt des Landes zu würdigen – die ländliche und die urbane Schweiz, die französischsprachige, die deutschsprachige und die romanische, die Berge und das Flachland, das Zentrum und die Grenzen.

Eine starke Stimme der Kantone ist heute wichtiger denn je: unser föderalistisches System und der gesellschaftliche Konsens stehen vor grossen Herausforderungen. Eine davon ist die Zuwanderung – ein Thema, das die Kantone 2013 stark beschäftigt hat. Eine kluge Zuwanderungs- und Integrationspolitik spielt im globalen Standortwettbewerb eine Schlüsselrolle. Sie muss aber auch vom Volk getragen sein. Die interkantonalen Konferenzen im Haus der Kantone haben deshalb eine engere Zusammenarbeit zu diesem Schwerpunktthema beschlossen. Als erstes Ergebnis dieser Kooperation verabschiedeten die Kantonsregierungen an ihrer Plenarversammlung vom 21. Juni gemeinsame Leitlinien zur schweizerischen Migrationspolitik. Darin äussern sie sich zu den Themen Wohlstand, Solidarität, Sicherheit und Integration und geben ein Bekenntnis ab zur Personenfreizügigkeit mit der EU.

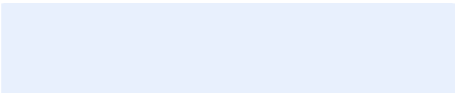
Auch die Europapolitik war im Berichtsjahr ein Schwerpunkt. Der Europadialog hat sich als hilfreiche Plattform erwiesen, die es den Kantonen erlaubt, sich frühzeitig mit Themen zu befassen. Der Weitblick erlaubt die Erarbeitung fundierter Stellungnahmen und ermöglicht gezieltes Handeln. Das ist insbesondere im Hinblick auf die Verhandlungen mit der EU zu einem neuen Rahmenabkommen und die erforderlichen inneren Reformen wichtig. Am 13. Dezember nahm die Plenarversammlung der KdK Stellung zu den Leitlinien für ein Verhandlungsmandat für ein Abkommen mit der EU. Gleichzeitig präsentierte sie dem Bundesrat konkrete Reformvorschläge für die Verbesserung der Mitwirkung der Kantone in der Europapolitik.

Reformbedarf gibt es auch bei den Unternehmenssteuern: Die EU kritisiert, dass gewisse kantonale Steuerregimes wettbewerbsverzerrend seien. Seit 2012 führen die Schweiz und die EU einen sogenannten „Steuerdialog“. Vor diesem Hintergrund haben Bund und Kantone beschlossen, das Unternehmensbesteuerungssystem so anzupassen, dass die Standortattraktivität gewahrt wird, das System international auf Akzeptanz stösst und die öffentliche Hand finanziell nicht unter Druck gerät. In einer paritätisch zusammengesetzten Projektorganisation zur „Unternehmenssteuerreform (USR) III“ werden gemeinsam Lösungen gesucht. Die Kantonsregierungen haben im Sommer 2013 zum ersten Zwischenbericht USR III Stellung genommen.

Das Jahresende markierte schliesslich auch das Ende der Amtszeit von KdK-Präsident Pascal Broulis. Während 4 Jahren war er das Gesicht der KdK und die Stimme der Kantone und hat mit seiner engagierten Art viele Türen öffnen können. Für seinen unermüdlichen Einsatz im Interesse der Kantone möchten wir ihm im Namen der Kantonsregierungen und aller Mitarbeitenden des KdK-Sekretariates herzlich Dankeschön sagen!



Staatsrat Jean-Michel Cina
Präsident



Dr. Sandra Maissen
Generalsekretärin

01

1 Organisation

1.1 Plenarversammlung

Das oberste Entscheidorgan der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ist die vierteljährlich tagende Plenarversammlung, an der jeder Kanton durch ein Regierungsmitglied vertreten ist. Die Vertretung eines Kantons in der KdK wird jeweils durch die Regierung des entsprechenden Kantons geregelt. Im Berichtsjahr nahmen folgende Mitglieder der Kantonsregierungen an den Plenarversammlungen teil:

Kanton	Vertretung
ZH	Regierungsrat Ernst Stocker Regierungsrätin Regine Aeppli Regierungsrat Martin Graf Regierungsrat Mario Fehr
BE	Regierungspräsident Christoph Neuhaus
LU	Regierungsrat Robert Küng Regierungsrätin Yvonne Schärli-Gerig Regierungsrat Marcel Schwerzmann
UR	Regierungsrat Markus Züst Regierungsrätin Heidi Z'graggen
SZ	Regierungsrat Kurt Zibung
OW	Regierungsrat Paul Federer Regierungsrat Niklaus Bleiker
NW	Regierungsrat Alois Bissig
GL	Regierungsrätin Christine Bickel
ZG	Regierungsrat Matthias Michel
FR	Staatsrat Beat Vonlanthen
SO	Regierungsrat Walter Straumann Regierungsrat Peter Gomm

	Regierungsrat Remo Ankli
BS	Regierungspräsident Guy Morin
	Regierungsrat Christoph Brutschin
BL	Regierungsrat Urs Wüthrich-Pelloli
	Regierungsrat Anton Lauber
SH	Regierungsrat Reto Dubach
	Regierungsrat Ernst Landolt
AR	Regierungsrat Jürg Wernli
AI	Landammann Daniel Fässler
SG	Regierungsrat Willi Haag
	Regierungsrätin Heidi Hanselmann
	Regierungsrat Benedikt Würth
GR	Regierungsrat Mario Cavigelli
	Regierungsrätin Barbara Janom-Steiner
AG	Regierungsrat Roland Brogli
TG	Regierungspräsident Bernhard Koch
	Regierungsrat Kaspar Schläpfer
	Regierungsrat Claudius Graf-Schelling
TI	Regierungspräsident Paolo Beltraminelli
	Staatsrat Norman Gobbi
VD	Staatsrat Pascal Broulis
VS	Regierungsrat Jean-Michel Cina
NE	Staatsrat Claude Nicati
	Staatsrat Thierry Grosjean
	Staatsrat Alain Ribaux
GE	Regierungspräsident Pierre-François Unger
	Regierungspräsident François Longchamp
	Staatsrat Pierre Maudet
JU	Ministerin Elisabeth Baume-Schneider
	Minister Philippe Receveur

1.2 Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss ist das Führungsorgan der KdK. Neun Regierungsrätinnen und Regierungsräte aus allen Regionen bereiten im Leitenden Ausschuss die Geschäfte der Plenarversammlung vor. Gemäss Geschäftsordnung der KdK vom 20. März 2009 haben die französischsprachige (zwei Sitze), die italienischsprachige und die rätoromane Schweiz, die Ost-, die Nordwest- und die Zentralschweiz sowie die Kantone Bern und Zürich Anspruch auf Vertretung im Leitenden Ausschuss. Im Berichtsjahr setzte sich der Leitende Ausschuss wie folgt zusammen:

Kanton	Vertretung
VD / CGSO	Staatsrat Pascal Broulis, Präsident
BE	Regierungsrat Hans-Jürg Käser, Vizepräsident
ZH	Regierungsrat Ernst Stocker
ZG / ZRK	Regierungsrat Matthias Michel
AG / NWRK	Regierungsrat Roland Brogli, bis 21.06.2013
AI / ORK	Landammann Daniel Fässler
GR	Regierungsrätin Barbara Janom Steiner
TI	Staatsrat Norman Gobbi
FR / CGSO	Staatsrat Beat Vonlanthen
JU / NWRK	Ministerin Elisabeth Baume-Schneider, seit 21.06.2013

1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen

Neben diesen beiden Hauptorganen gibt es im Zusammenhang mit der Betreuung einzelner Geschäfte oder Mandate zahlreiche weitere Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK. Eine Zusammenstellung dieser Kommissionen und Arbeitsgruppen findet sich in Anhang 2 dieses Berichts. Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen sind in Anhang 3 aufgelistet.

1.4 Sekretariat

Gemäss der Vereinbarung über die KdK verfügt die Konferenz über ein ständiges Sekretariat. An der Gründungsversammlung der KdK wurde die Sekretariatsführung im Sinne eines Mandats der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit übertragen, die auch an der Konferenzgründung massgeblich beteiligt war. Seither führt die ch Stiftung das KdK-Sekretariat und die Geschäftsführerin der ch Stiftung, Dr. Sandra Maissen, amtiert gleichzeitig als Generalsekretärin der KdK.

Für das KdK-Sekretariat sind am Ende des Berichtsjahrs 29 Personen tätig (21.8 Vollzeitstellen). Davon arbeiten 25 Personen im Haus der Kantone in Bern und 4 Personen an der Geschäftsstelle der ch Stiftung in Solothurn. Die Mitarbeitenden des Bereichs Dienstleistungen sind teilweise sowohl für das KdK-Sekretariat wie auch für den Betrieb Haus der Kantone und die ch Stiftung tätig. Im Berichtsjahr wurde eine Stelle neu geschaffen (ein wissenschaftliches Praktikum im Bereich KdK-Aussenpolitik) und eine Stelle ausgebaut (wissenschaftliche Mitarbeiterin KdK-Innenpolitik).

Der langjährige Vertreter der Kantone im Projekt Neuer Finanzausgleich (NFA), Dr. Walter Moser, trat aufgrund seiner Pensionierung per Ende September von seiner Funktion zurück. In der Person von Christian Gobat konnte eine kompetente Nachfolge gefunden werden. Als Beauftragter NFA begleitet er die weitere Umsetzung des Projekts.

Ein Organigramm befindet sich in Anhang 1 dieses Berichts.

Personalbestand 31.12.2013

Generalsekretärin

- Sandra Maissen

Personal

- Beatrice Müller, Leiterin

Finanzen

- Monika Zanon, Leiterin
- Rosmarie Bäumler, Fachfrau Finanzen

Dienstleistungen / Betrieb Haus der Kantone

- Daniel Arber, Bereichsleiter
- Patrick Bergen, Übersetzer
- Christine Bonvin, Übersetzerin
- Daniel Bühler, Informatiker
- Manuela Furrer, Mitarbeiterin Sekretariat HdK/KdK
- Praktikant/in Empfangssekretariat
- Jolanda Harisberger, Mitarbeiterin Sekretariat HdK/KdK
- Pascale Prisset, Leiterin Sprachendienst
- Jonas Radelfinger, Mitarbeiter Sekretariat HdK/KdK

- Céline Randier, Übersetzerin
- Martin Rosenfeld, Projektleiter

KdK-Aussenpolitik

- Roland Mayer, Bereichsleiter, Stellvertreter der Generalsekretärin
- Ursula Blumer, Informationsbeauftragte der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten, Stellvertreterin des Bereichsleiters
- Réto Gasser, Vertreter der Kantone im EJPD
- Luca Gobbo, Wissenschaftlicher Praktikant
- Roland Krimm, Informationsbeauftragter der Kantone in der Schweizer Mission bei der EU in Brüssel
- Monika Tschumi, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stellvertreterin der Informationsbeauftragten der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten

KdK-Innenpolitik / Koordination

- Thomas Minger, Bereichsleiter
- Nicole Gysin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stellvertreterin des Bereichsleiters
- Nadine Eckert, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Carmen Grand, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Christian Gobat, Beauftragter NFA (ab 1.1.2014)
- Aline Masé, Wissenschaftliche Mitarbeiterin / Persönliche Mitarbeiterin Generalsekretärin
- Denise Pezzatti, Wissenschaftliche Praktikantin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin (Stv.)
- Christine Winkelmann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Einzelmandate / Projekte

- Walter Moser, Fachstelle NFA (bis 31.03.2014)

Dienstjubiläen

Thomas Minger, 15 Jahre

Pensionierung

Walter Moser, per 30.09.2013

Walter Moser war bereit, den Übergang zum neuen Beauftragten NFA sicherzustellen, indem er bis Ende März 2014 für dessen Einführung zur Verfügung stand.

02

2 Tätigkeit

2.1 Arbeitsschwerpunkte

2.1.1 Plenarversammlung

Im Berichtsjahr fanden am 22. März, 21. Juni, 27. September und 13. Dezember ordentliche Plenarversammlungen sowie am 1. Februar eine ausserordentliche Plenarversammlung statt. Neben der Verabschiedung von Stellungnahmen zu verschiedenen Themen (vgl. Ziff. 2.1.3) befasste sich die Plenarversammlung im Jahr 2013 mit folgenden Schlüsselgeschäften:

Allgemeines

20 Jahre KdK

Die KdK konnte im Jahr 2013 ihr 20-jähriges Bestehen feiern. Seit 1993 fördert sie die Zusammenarbeit unter den Kantonen und setzt sich für die Wahrnehmung kantonaler Interessen in der Bundespolitik ein. Die Plenarversammlung vom 30. September 2011 beschloss, das 20-jährige Bestehen der KdK in bescheidenem Rahmen zu feiern. Am 16. Dezember 2011 genehmigte sie das Detailkonzept für die Jubiläumsaktivitäten und sprach dafür einen Kredit von max. CHF 60'000.- zulasten des Kostenteilers.

Um die Bedeutung des Föderalismus zu betonen, fanden die vier Plenarversammlungen im Jubiläumsjahr nicht in Bern, sondern dezentral in verschiedenen Regionen der Schweiz statt: in Scuol (Kanton GR), in Appenzell und Teufen (Kantone AI/AR), in Genf (Kanton GE) und in Luzern (Zentralschweiz). Die Gastgeberkantone boten ein äusserst vielfältiges Rahmenprogramm.

Am 3. Oktober fand im Haus der Kantone eine Medienkonferenz zum 20-jährigen Jubiläum der KdK statt, wobei unter anderem die Herausforderungen der kommenden Jahre, die europapolitische Entwicklung und das Thema Föderalismus angesprochen wurden. Unter dem Titel „20 Jahre KdK“ wurde in der Reihe PIFF des Instituts für Föderalismus („Publikationen des Instituts für Föderalismus der Universität Freiburg Schweiz“) beim Stämpfli Verlag ausserdem eine mehrsprachige Jubiläumsschrift mit Beiträgen aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft publiziert.

Schliesslich fand anlässlich des Gründungstages der KdK am 8. Oktober 2013 im Kulturcasino Bern ein offizieller Festakt statt, an dem rund 220 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft teilnahmen. Neben dem KdK-Präsidenten sprachen auch Ständeratspräsident Filippo Lombardi, Bundespräsident Ueli Maurer und der Regierungspräsident des Kantons Bern zu den Anwesenden.

Zuwanderung, Migration und Integration: Verabschiedung gemeinsamer Leitlinien

Im Auftrag der Präsidien der KdK und der Direktorenkonferenzen hat der Interkantonale Stab Zuwanderung, Migration und Integration (ZMI) seit Oktober 2012 in mehreren Schritten Leitlinien zum Thema Zuwanderung, Migration und Integration erarbeitet. Diese Leitlinien sollen den Kantonen als politische Entscheidungsgrundlage dienen und eine kohärente Position zum Thema Zuwanderung und Integration ermöglichen.

Nach Diskussion anlässlich der politischen Klausur der Präsidien der KdK und der Direktorenkonferenzen vom 24./25. Januar 2013 sowie durch den Leitenden Ausschuss der KdK am 8. Februar 2013, wurden die Leitlinien den Kantonsregierungen am 11. Februar 2014 zur Konsultation und Stellungnahme unterbreitet.

Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 22. März 2013 diskutierten die anwesenden Kantonsvertreter und -vertreterinnen 77 teilweise umfassende Eingaben und Überarbeitungsanträge seitens der Kantonsregierungen. Die Plenarversammlung der KdK fasste dabei erste Beschlüsse zu unbestrittenen Anträgen und beauftragte das Sekretariat der KdK, in Zusammenarbeit mit dem interkantonalen Stab ZMI die übrigen Anträge vertiefter zu prüfen.

An der Plenarversammlung der KdK vom 21. Juni 2013 wurden schliesslich die noch offenen Anträge diskutiert. Nach erfolgter Diskussion verabschiedete die Plenarversammlung die gemeinsamen Leitlinien der Kantone zur Migrationspolitik. Darin bekennen sich die Kantonsregierungen zu einer Migrationspolitik, die auf den Pfeilern Wohlstand, Solidarität, Sicherheit und Integration beruht. Die Kantonsregierungen vertreten insbesondere auch die Auffassung, dass sich das bisherige duale Zulassungssystem mit dem freien Personenverkehr mit den EU/EFTA-Bürgerinnen und Bürgern bewährt hat. Die Kantonsregierungen unterstützen deshalb das Freizügigkeitsabkommen mit der EU und setzen die flankierenden Massnahmen konsequent um. Zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts wollen sie die Integration noch aktiver fördern und fordern.

Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone

Die gemeinsame Arbeitsgruppe Bund-Kantone hatte den Auftrag, Vorschläge im Hinblick auf eine noch bessere Umsetzung des Bundesrechts durch die Kantone zu erarbeiten. Am Föderalistischen Dialog vom 16. März 2012 legte die Arbeitsgruppe ihren Schlussbericht vom 13. Februar 2012 vor. Der Bundesrat und die Kantonsregierungen begrüsst die vorgeschlagenen Massnahmen und beschlossen, dass beide Seiten die Umsetzung dieser Massnahmen in ihrem Bereich gewährleisten werden.

Am 28. September 2012 hatte die Plenarversammlung der KdK beschlossen, das bestehende Netzwerk der Personen auszubauen, die auf kantonaler Ebene für die Gesetzgebung zuständig sind. Am 14. Mai 2013 hielt die «Arbeitsgruppe Umsetzung Bundesrecht» ihre erste Sitzung ab. Es wurde ein Ausschuss mit fünf Mitgliedern gebildet. An seiner ersten Sitzung im September 2013 legte dieser Ausschuss die prioritären Folgearbeiten seitens der Kantone fest: 1) Auftrag an einen externen Experten für eine wissenschaftliche Studie zu den Formen und Verfahren für einen frühzeitigen Einbezug der Kantone in die Erarbeitung der Vorentwürfe von Erlassen auf Bundesebene; 2) Mitwirkung bei der Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen zum revidierten Bundesgesetz über das Vernehmlassungsverfahren; 3) Entwicklung eines Standardfragenkatalogs zur Klärung von Umsetzungsfragen im Rahmen der Vernehmlassung; sowie 4) Entwicklung und Festlegung eines Standardprozesses für eine gemeinsame Umsetzungsplanung Bund – Kantone, insbesondere zur Festlegung der Inkraftsetzung.

Im Rahmen des Föderalistischen Dialogs vom 8. November 2013 wurde eine Bestandesaufnahme zum Fortgang der Arbeiten bei der Umsetzung der Vorschläge vom 13. Februar 2012 vorgenommen. Diese Standortbestimmung wurde insgesamt positiv aufgenommen, und es wurde beschlossen, anlässlich der nächsten Föderalistischen Dialoge weitere Bestandesaufnahmen vorzunehmen. Am 13. Dezember 2013 nahm die Plenarversammlung der KdK einen Beschluss des Leitenden Ausschusses vom 8. November 2013 zur Kenntnis. Dieser hatte das Mandat der Arbeitsgruppe Umsetzung Bundesrecht genehmigt und das Sekretariat der KdK ermächtigt, einen externen Experten mit der Durchführung einer wissenschaftlichen Studie zum frühzeitigen Einbezug der Kantone in das Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene zu beauftragen.

Am 25. Oktober 2012 hatte die Staatspolitische Kommission des Ständerates (SPK-S) eine Delegation der Kantone zu den Vorschlägen der Arbeitsgruppe angehört, die das Parlament betreffen. Im Anschluss an diese Sitzung reichte die SPK-S eine parlamentarische Initiative mit dem Titel «Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone» (Nr. 12.486) ein. Mit dieser Initiative hatte sie beschlossen, Vorschläge auszuarbeiten, welche geeignet sind, die Mitwirkung der Kantone im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren zu verbessern. Ausserdem will sie die konkreten Vorschläge prüfen, die im Bericht der Arbeitsgruppe vom 13. Februar 2012 enthalten sind. Voraussetzung dafür war, dass sich die SPK-N den Schlussfolgerungen der SPK-S anschloss. Leider lehnte es die SPK-N ab, auf diese Initiative einzutreten. Die SPK-S zog deshalb ihre Initiative Ende April 2013 zurück.

Aussenpolitik

Europapolitik: institutionelle Fragen

Am 21. August 2013 hat der Bundesrat Leitlinien für ein Verhandlungsmandat für ein Abkommen mit der EU zur Regelung von institutionellen Fragen verabschiedet. Mit Schreiben vom 26. August 2013 unterbreitete der Vorsteher des EDA den Kantonen die vorgesehenen Verhandlungsleitlinien zum Mandat zur Konsultation, mit Frist zur Stellungnahme bis zum 13. Dezember 2013.

In der Folge wurde ein zweistufiges Vorgehen beschlossen. Die Plenarversammlung der KdK führte am 27. September 2013 eine erste, vertiefte Diskussion in Anwesenheit des Vorstehers des EDA. Die Kantonsregierungen befürworteten dabei die Stossrichtung eines ersten Entwurfs für eine gemeinsame Stellungnahme und trafen eine Vorentscheid zu den möglichen Optionen für eine zukünftige Ausgestaltung der institutionellen Beziehungen zur EU. Gestützt darauf überarbeitete das Sekretariat den Entwurf einer gemeinsamen Stellungnahme und legte diesen den Kantonsregierungen erneut zur Beurteilung vor.

Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 13. Dezember 2013 verabschiedeten die Kantonsregierungen die gemeinsame Stellungnahme zu den Verhandlungsleitlinien des Bundesrates. Die Kantonsregierungen unterstützten die vom Bundesrat vorgeschlagenen Zielsetzungen und Verhandlungsleitlinien zur Regelung von institutionellen Fragen mit der EU.

Europapolitik: innerstaatliche Reformen

Bereits in ihren europapolitischen Standortbestimmungen vom 25. Juni 2010 und 24. Juni 2011 haben die Kantonsregierungen festgehalten, dass eine Zustimmung zu einer weiteren Vertiefung der Beziehungen zur EU bedingt, dass gleichzeitig eine Reihe von innerstaatlichen Reformen realisiert wird.

Gestützt auf entsprechende Vertiefungsarbeiten und einen Bericht der Arbeitsgruppe EuRefKa haben die Kantonsregierungen ihre diesbezüglichen Vorstellungen anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 13. Dezember 2013 konkretisiert. Gefordert wird in erster Linie eine Anpassung des bestehenden Bundesgesetzes über die Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik des Bundes (BGMK), um folgenden Anliegen besser Rechnung zu tragen:

- Es gilt eine umfassende Informationspflicht des Bundes anzustreben. Die Information des Bundes hat umgehend zu erfolgen, damit die Kantone auch tatsächlich noch Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen können.
- Neu soll eine Regelfrist von drei Monaten für die Einreichung von kantonalen Stellungnahmen verankert werden. Eine Verkürzung dieser Frist soll nur in schriftlich begründeten Fällen von Dringlichkeit möglich sein.
- Die Gewichtung kantonaler Stellungnahmen ist zu verstärken, wenn es sich um europapolitische Vorhaben handelt, welche Zuständigkeiten der Kantone betreffen oder künftig betreffen könnten. Gleichzeitig soll aber die europapolitische Handlungsfähigkeit des Bundes nicht unverhältnismässig eingeschränkt werden.

Stromverhandlungen mit der EU

In enger Zusammenarbeit mit der EnDK verfolgte die Plenarversammlung der KdK im Berichtsjahr laufend die Entwicklungen in den Verhandlungen mit der EU über ein Stromabkommen. Im Vordergrund standen diesbezüglich insbesondere Fragen im Zusammenhang mit sogenannten „horizontalen Politiken“ (Staatsbeihilfen, Umweltrecht, etc.).

Steuerdialog mit der EU

Gestützt auf die entsprechenden Analysen und Einschätzungen der Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der KdK sowie der FDK verfolgte die Plenarversammlung der KdK im Berichtsjahr die Entwicklungen im laufenden Dialog mit der EU über Fragen der Unternehmensbesteuerung. Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 27. September 2013 präzisierten die Kantonsregierungen dabei auch ihre Haltung zum Dialogmandat des Bundesrates, um den Entwicklungen in den Gesprächen mit der EU Rechnung zu tragen.

Personenfreizügigkeit

Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 22. März 2013 diskutierten die Kantonsregierungen über eine mögliche gemeinsame Haltung betreffend die Verlängerung bzw. Anrufung der im Abkommen mit der EU vorgesehenen „Ventilklausel“ zur vorübergehenden Beschränkung der Zuwanderung. Eine gemeinsame Stellungnahme scheiterte jedoch daran, dass das in den Statuten der KdK vorgesehene Quorum von 18 Stimmen nicht erreicht wurde.

An der Plenarversammlung der KdK vom 13. Dezember 2013 bekräftigten die Kantonsregierungen hingegen ihre Unterstützung der schweizerischen Migrationspolitik. Sie sprachen sich gegen die Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ aus und unterstützten zudem die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf Kroatien.

Zweite allgemeine Überprüfung (UPR) der Schweiz vor dem Menschenrechtsrat

Der Menschenrechtsrat der UNO in Genf prüft in regelmässigen Abständen die allgemeine Situation der Menschenrechte in den Mitgliedstaaten der UNO. Zu diesem Zweck verfasst der betroffene Staat einen Bericht, der anschliessend vor dem Menschenrechtsrat vorgestellt wird. Gestützt auf diesen Bericht, auf Zusatzberichte von Nichtregierungsorganisationen (NGO) sowie auf die jeweiligen Diskussionen anlässlich der Präsentation des Berichts erlässt der Menschenrechtsrat Empfehlungen zuhanden des betroffenen Staates. Der betroffene Staat kann zu diesen Empfehlungen Stellung nehmen und diese annehmen oder ablehnen.

Nachdem die Schweiz im Verlaufe des Jahres 2012 ihren Bericht präsentiert und anschliessend bereits zu einer gewissen Anzahl Empfehlungen Stellung genommen hatte, wurde die KdK mit Schreiben vom 15. November 2012 eingeladen, bis zum 1. Februar 2013 zu den noch offenen Empfehlungen, welche auch die Kantone betreffen, Stellung zu nehmen.

Anlässlich einer ausserordentlichen Plenarversammlung der KdK und nach einer umfassenden Konsultation der Kantone haben die Kantonsregierungen am 1. Februar 2013 eine konsolidierte Stellungnahme zu 35 noch offenen Empfehlungen verabschiedet.

Innenpolitik

Energiestrategie 2050

Der Bundesrat hat Ende September 2012 die Energiestrategie 2050 mit Frist bis Ende Januar 2013 in die Vernehmlassung geschickt. Das Vorhaben stellt für die Kantone eine bedeutende Herausforderung dar und berührt Fragen der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. Angesichts der Bedeutung beschloss der Leitende Ausschuss der KdK auf Antrag der fachlich zuständigen Konferenz der kantonalen Energiedirektoren EnDK, am 1. Februar 2013 eine ausserordentliche Plenarversammlung der KdK durchzuführen, um eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone zur Energiestrategie 2050 zu verabschieden.

Anfang Januar 2013 verabschiedete die EnDK einen bereinigten Stellungnahmeentwurf als Grundlage für die Stellungnahme der Kantone zur Energiestrategie 2050. In der Folge wurden die Kantonsregierungen eingeladen, der

KdK bis Ende Januar 2013 allfällige Änderungs- und Ergänzungsanträge zu diesem Stellungnahmeentwurf mitzuteilen. Gestützt darauf konnte die gemeinsame Stellungnahme der Kantone zur Energiestrategie 2050 an der ausserordentlichen Plenarversammlung vom 1. Februar 2013 bereinigt und verabschiedet werden (vgl. Ziff. 2.1.3).

Mit seiner Botschaft vom 4. September 2013 zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 hat der Bundesrat wichtige Anliegen der Kantone aus der Vernehmlassung berücksichtigt. In den Bereichen Energieeffizienz von Gebäuden und raumplanerische Sicherung der Potenziale an erneuerbaren Energien, in denen die Zuständigkeiten weitgehend bei den Kantonen liegen, bleiben teilweise jedoch erhebliche Differenzen bestehen. Die Kantone werden die parlamentarische Beratung der Vorlage über die fachlich zuständige EnDK aufmerksam verfolgen.

Vernehmlassung zum Entwurf für die Teilrevision des Vernehmlassungsgesetzes (VIG)

Am 21. November 2012 eröffnete die Bundeskanzlei das Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision des Bundesgesetzes über das Vernehmlassungsverfahren (VIG). Ende März 2013 wurde der Bundeskanzlerin eine gemeinsame Stellungnahme der Kantonsregierungen zugesandt (vgl. Ziff. 2.1.3). Bei dieser Gelegenheit wurde die Bundeskanzlerin aufgefordert, zum gegebenen Zeitpunkt Vertreterinnen und Vertreter der Kantone in die Erarbeitung der Ausführungsbestimmungen zum VIG einzubeziehen. Bei der Erarbeitung des Gesetzesentwurfs war dies völlig vergessen gegangen. Generell bekräftigten die Kantone, dass sie die Absicht des Bundesrates, das VIG zu überarbeiten, unterstützen. Gleichzeitig betonten sie, dieser Entwurf müsse noch überarbeitet werden, da er den Erwartungen der Kantone nicht auf befriedigende Weise gerecht wurde.

In seiner Botschaft vom 8. November 2013 an die eidgenössischen Räte übernahm der Bundesrat einige Vorschläge der Kantone, z.B. die Aufhebung der konferenziellen Vernehmlassungen und die Abschaffung des Anhörungsverfahrens. Gleichzeitig wurden einige wichtige Änderungsvorschläge vom Bundesrat nicht berücksichtigt: So sollte aus Sicht der Kantone der Grundsatz gestärkt werden, wonach eine Vernehmlassung prinzipiell vom Bundesrat eröffnet wird. Weiter sind die Vernehmlassungsfristen zu verlängern und im Gesetz klar zu regeln. Ein Vernehmlassungsverfahren soll zudem nur eröffnet werden können, wenn alle Vernehmlassungsunterlagen in den drei Amtssprachen vorliegen. Die KdK wird diese Anliegen im Rahmen der parlamentarischen Beratungen nochmals einbringen.

Unternehmenssteuerreform III

Im Dezember 2013 gab der Bundesrat den Bericht des Steuerungsorgans über die Massnahmen zur Stärkung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz bei den Kantonen, der FDK und der KdK in die Vernehmlassung. Mit den vorgeschlagenen Massnahmen sollen die Regelungen der Schweiz auf die Regelungen der OECD und der EU abgestimmt werden. Die wichtigsten Empfehlungen beziehen sich auf die Einführung neuer Regelungen für mobile Erträge, die Senkung der kantonalen Gewinnsteuersätze und den Abbau bestimmter Steuerlasten zur allgemeinen Stärkung der Standortattraktivität der Schweiz.

Dieser Bericht ist das Ergebnis der Arbeiten, die von den Instanzen der Projektorganisation realisiert wurden, d. h. vom Steuerungsorgan und vom Leitorgan. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf leitete das Steuerungsorgan, das sich aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundes und der Kantone zusammensetzte. Die KdK wurde in die Erarbeitung des in die Vernehmlassung gegebenen Berichts einbezogen: Regierungsrat Roland Brogli (AG) war Mitglied des Steuerungsorgans, und Generalsekretärin Sandra Maissen arbeitete im Leitorgan mit.

Die Unternehmenssteuerreform III ist für die Kantone mit grossen Herausforderungen in wirtschaftlicher (Erhaltung der Standortattraktivität der Schweiz für Unternehmen) und finanzieller Hinsicht verbunden (Rückgang der Steuereinnahmen). Mittelfristig erfordert die Reform auch eine Anpassung des Systems für den Finanzausgleich (NFA), damit die Änderungen im Bereich der Unternehmensbesteuerung berücksichtigt werden.

Mit der Stellungnahme, die an der Sitzung der Plenarversammlung vom 21. Juni 2013 verabschiedet wurde (vgl. Kap. 2.1.3), hat sich die KdK zum Zwischenbericht über die Massnahmen zur Stärkung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz (Unternehmenssteuerreform III) geäussert.

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer

Am 8. März 2013 hat der Bundesrat die Botschaft zur Änderung des Ausländergesetzes verabschiedet. Um die gesellschaftliche Bedeutung der Integration zu unterstreichen, soll das geltende Gesetz in "Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration" (AIG) umbenannt werden. Revidiert werden sollen nach

Vorschlag des Bundesrates die Bestimmungen zum Aufenthalt, zum Familiennachzug und zur Integration. Im Rahmen der Vernehmlassung hat die KdK bereits 2012 wichtige Forderungen eingebracht, die weitgehend übernommen wurden. Die vom Bundesrat zuhanden des Parlaments vorgeschlagene Vorlage hat im Vergleich zur Vernehmlassungsvorlage einige wichtige Änderungen erfahren. Im Hinblick auf die parlamentarische Beratung setzten sich die Kantone mit diesen Änderungen nochmals vertieft auseinander. Im Mai 2013 unterbreitete das KdK-Sekretariat den Kantonsregierungen zentrale Fragen zur Stellungnahme. Gestützt auf die Rückmeldungen der Kantone konnte die Plenarversammlung vom 21. Juni 2013 eine konsolidierte Haltung zur Vorlage des Bundesrates verabschieden.

Am 15. August 2013 nahm die zuständige staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK-S) ihre Beratungen auf und hörte bei dieser Gelegenheit eine Delegation der KdK an. Die SPK-S nahm nach Anhörung der Kantone wichtige Änderungen an der Vorlage vor. So wurde beispielsweise die Formulierung „wenn ein ungünstiger Verlauf des Integrationsprozesses absehbar ist“ ersetzt mit dem Vorschlag der KdK „wenn ein besonderer Integrationsbedarf besteht“. Weiter wurde der Bundesrat verpflichtet, die Kantone bei der Festlegung der Zielgruppen der Integrationsförderung anzuhören.

Das Geschäft wurde am 11. Dezember 2013 im Ständerat diskutiert und an den Nationalrat überwiesen. Der von den Kantonen unterstützte Minderheitsantrag auf Streichung von Artikel 33 Absatz 4 hatte im Ständerat keine Chance. Der Bundesrat und der Ständerat wollen daran festhalten, dass bei der Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltswilligung für die Festlegung der Gültigkeitsdauer jeweils die Integration des Gesuchstellers überprüft werden müsse.

Volksabstimmung vom 24. November 2013 zur Änderung des Nationalstrassenabgabengesetzes

Im Frühling 2013 haben die eidgenössischen Räte den Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz (Netzbeschluss) definitiv verabschiedet. Mit diesem Netzbeschluss sollen knapp 400 Kilometer bestehender Kantonsstrassen neu in das Nationalstrassennetz aufgenommen werden. Der Betrieb, der Unterhalt sowie der Ausbau dieser Strassen fallen somit künftig in die Zuständigkeit des Bundes. Auf Antrag des Bundesrates beschlossen die Räte gleichzeitig eine Änderung des Nationalstrassenabgabengesetzes (NSAG): Die Finanzierung des Netzbeschlusses sollte über eine Erhöhung des Preises der Autobahnvignette auf 100 Franken sichergestellt werden. Die zwei Geschäfte wurden verknüpft. Der Netzbeschluss würde nur in Kraft treten, wenn die Vignettenerhöhung durchkommt.

In der Folge wurde gegen die Vignettenerhöhung das Referendum ergriffen. Im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 24. November 2014 hat die fachlich zuständige Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) die KdK eingeladen, einen Positionsbezug der Kantone zu erwirken. Aus Sicht der BPUK war die Vorlage aus verkehrs- und finanzpolitischer Sicht von hoher Bedeutung für die Kantone. Der Netzbeschluss ist dringend notwendig, da die aktuelle Linienführung des Nationalstrassennetzes 1960 beschlossen wurde und den heutigen Ansprüchen von Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr entspricht.

Die Finanzierung des Netzbeschlusses über eine Vignettenerhöhung erachtete die BPUK als zweckmässig. Die KdK ist der Argumentation der BPUK gefolgt und sprach sich anlässlich der Plenarversammlung vom 27. September 2013 für die Annahme der Vignettenerhöhung aus. Letztere wurde vom Volk jedoch abgelehnt. Trotz der Ablehnung der Vignettenerhöhung wird sich die KdK zusammen mit der BPUK weiterhin für den Netzbeschluss engagieren.

2.1.2 Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss tagte im Berichtsjahr am 8. Februar, 16. Mai, 30. August 2013 und 8. November. Neben der Vorbereitung der Geschäfte der Plenarversammlungen befasste er sich mit nachfolgenden Geschäften:

Allgemeines

Zusammenarbeit KdK-Direktorenkonferenzen auf politischer Ebene

Die Frage einer weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit KdK – Direktorenkonferenzen auf politischer Ebene wurde 2013 sowohl im Rahmen der Präsidientreffen (vgl. Ziff. 2.1.5) wie auch im Leitenden Ausschuss der KdK

diskutiert. Mit dem Haus der Kantone (HdK), der Konferenz der Sekretariate der interkantonalen Konferenzen (Ko-SeKo) und der revidierten Rahmenvereinbarung KdK – Direktorenkonferenzen vom 28. September 2012 konnte in den letzten Jahren die Zusammenarbeit zwischen den Konferenzen vor allem auf technischer Ebene klar verbessert werden.

Zur weiteren Stärkung der Zusammenarbeit auf politischer Ebene kristallisierte sich in den geführten Diskussionen folgender Ansatz heraus: Behandelt der Leitende Ausschuss der KdK ein Geschäft einer Direktorenkonferenz, soll künftig das entsprechende Konferenzpräsidium oder ein Mitglied des Vorstands an die Sitzung eingeladen werden, wenn die betroffene Konferenz im Leitenden Ausschuss nicht bereits durch ein Vorstandsmitglied vertreten ist. So können allfällige Divergenzen bei der Anwendung der Rahmenvereinbarung oder bei der Fachkoordination unter den Konferenzen pragmatisch geklärt werden.

Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES): Neupositionierung

Im Juli 2012 gelangte die Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) an den Leitenden Ausschuss der KdK mit der Bitte um Unterstützung bei der Neupositionierung der Konferenz im Hinblick auf das Inkrafttreten des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts auf den 1. Januar 2013. Im Rahmen eines Briefwechsels sowie eines Meinungsaustauschs mit einer Delegation der KOKES anlässlich seiner Sitzung vom 30. August 2013 äusserte sich der Leitende Ausschuss u.a. kritisch zu deren Organisationsstruktur und sprach sich für eine optimale Einbettung der Konferenz in die interkantonale Landschaft aus. Die Bezeichnung der Konferenz sollte dabei klar zum Ausdruck bringen, dass diese nicht für die Kantonsregierungen, sondern für die darin vertretenen Aufsichtsbehörden spricht.

Die KOKES kündigte daraufhin eine Namensänderung an, hielt an der bestehenden Organisationsstruktur jedoch fest. Der gemischte Status mit Vertretern der Exekutive und der Judikative habe sich in der Praxis bewährt, weil die Aufsicht über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht in den Kantonen unterschiedlich geregelt ist. An seiner Sitzung vom 8. November 2013 kam der Leitende Ausschuss zum Schluss, dass seinen Anliegen Rechnung getragen wurde. Die besondere Stellung der KOKES erfordere jedoch eine enge Zusammenarbeit mit den betroffenen Direktorenkonferenzen, namentlich der SODK und der KKJPD.

Aussenpolitik

EFTA Regionalforum

Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 25. September 2009 beschlossen die Kantonsregierungen, auf eine Teilnahme am EFTA-Forum der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften (nachfolgend EFTA-Forum) zu verzichten. Auf Wunsch der norwegischen und isländischen Mitglieder des Forums empfing der Präsident der KdK die Präsidentin und den Vizepräsidenten des EFTA-Forums am 3. Dezember 2012 zu einem Meinungsaustausch. Dabei brachten die norwegischen und isländischen Mitglieder des Forums ihr Anliegen zum Ausdruck, dass sich die Kantone ebenfalls am EFTA-Forum beteiligen sollten. Es wurde ihnen in Aussicht gestellt, die Angelegenheit nochmals in den zuständigen Gremien der KdK zu besprechen.

Im Berichtsjahr befasste sich der Leitende Ausschuss der KdK mit der Angelegenheit und beauftragte das Sekretariat der KdK mit verschiedenen Abklärungen. So sollte insbesondere geprüft werden, unter welchen konkreten Bedingungen die Kantone allenfalls eine Beobachterrolle im EFTA-Forum einnehmen könnten und wer die Kantone im EFTA-Forum als Beobachter vertreten könnte. Diese Abklärungen konnten im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden.

Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket des Bundes

Am 19. Dezember 2012 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft für ein Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP). Damit schlug er kurzfristig realisierbare Sparmassnahmen vor, die zwischen 2014 und 2016 zu jährlichen Entlastungen von rund 700 Millionen Franken führen. Gemäss Bundesrat wurde bei der Erarbeitung des KAP darauf geachtet, den Verbundbereich soweit möglich auszuklammern. Er ging von einer maximalen Mehrbelastung für die Kantone von jährlich rund 10 Millionen Franken aus.

Nachdem sich die KdK 2012 im Rahmen der Vernehmlassung eingebracht hatte, verfolgte sie 2013 die parlamentarische Beratung. Während der Ständerat das KAP behandeln wollte, beschloss der Nationalrat zweimal die Rückweisung an den Bundesrat, womit die Vorlage vom Tisch war. Verbunden mit der Rückweisung beauftragte der Nationalrat den Bundesrat, ein neues Sparpaket mit verschiedenen Szenarien auszuarbeiten.

Gemäss EFD ist ohne KAP-Massnahmen in den kommenden Jahren mit strukturellen Defiziten von bis zu 300 Millionen Franken zu rechnen. Der Bundesrat wird also so oder so nicht darum herum kommen, früher oder später neue Sparmassnahmen zur Diskussion zu stellen, die für die Kantone mit neuen finanzpolitischen Unsicherheiten und Risiken verbunden sind. Die Entwicklung ist weiterhin aufmerksam zu verfolgen.

Vernehmlassung zur Asylgesetzrevision (Neustrukturierung des Asylbereichs)

Im Rahmen der Vernehmlassung zu den vorgeschlagenen Massnahmen für die Neustrukturierung des Asylbereichs war die KdK im Juni 2013 eingeladen, einen Mitbericht zuhanden der federführenden KKJPD einzureichen. Ziel der Revision war primär die Beschleunigung der Asylverfahren. Neu sollten rund 60 Prozent der Asylgesuche in Form von beschleunigten Verfahren in den Bundeszentren durchgeführt werden. Um flexibel auf Engpässe im Asylbereich reagieren zu können, sollte dem Bund mithilfe von vereinfachten Plangenehmigungsverfahren ermöglicht werden, bei Bedarf weitere Zentren errichten zu können.

Der Leitende Ausschuss der KdK stimmte den vorgeschlagenen Anpassungen grundsätzlich zu, da sich die Kantone seit Jahren für eine Beschleunigung der Verfahren im Asylbereich stark machen. Von der Neustrukturierung ist denn auch eine Entlastung im Bereich der Unterbringung, Gesundheit, Bildung und Sicherheit zu erwarten. Die vereinfachten Plangenehmigungsverfahren können gutgeheissen werden unter der Bedingung, dass die betroffenen Kantone in die Planung einbezogen und bestehende Bau- sowie Zonen- und Nutzungsvorschriften respektiert werden. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass die Standortkantone eines jeweiligen Bundeszentrums auch in Zukunft für den Vollzug der Wegweisungen zuständig bleiben und für den dadurch entstehenden Mehraufwand vom Bund entschädigt werden sollten.

Auch aus integrationspolitischer Sicht unterstützte der Leitende Ausschuss der KdK eine Beschleunigung der Asylverfahren. Bei positiven Entscheiden können dadurch frühzeitig Integrationsmassnahmen ergriffen werden, was sich wiederum positiv auf den Integrationsprozess auswirken kann. Längerfristig können dadurch auch hohe Sozialhilfekosten der Kantone und Gemeinden abgebaut werden.

2.1.3 Stellungnahmen

Stellungnahmen der KdK werden mit einem qualifizierten Mehr der Stimmen von mindestens 18 Kantonsregierungen verabschiedet. Das Recht der Kantone auf eigene Stellungnahme bleibt gewahrt.

Energiestrategie 2050 des Bundes

Anlässlich der ausserordentlichen Plenarversammlung vom 1. Februar 2013 verabschiedete die KdK eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone zur Energiestrategie 2050 des Bundes (vgl. Ziff. 2.1.1). Diese kann aus Sicht der Kantonsregierungen in den Grundsätzen mit getragen werden. Mit Blick auf die Umsetzung ist jedoch stärker auf eine Steuerung über marktwirtschaftlich orientierte Instrumente hinzuarbeiten. Aus Sicht der Kantonsregierungen soll die Energiepolitik von Beginn weg stärker am Markt orientiert werden. Nur so lässt sich eine volkswirtschaftlich verträgliche Veränderung der Versorgungsstrukturen erreichen. Die Vorlage des Bundesrates erfüllt diesen Anspruch zu wenig und sieht eine solche Neuorientierung erst ab 2020 vor. Mit einer Befristung der Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) könnte bereits in der ersten Etappe klar signalisiert werden, dass eine marktorientierte Energiepolitik angestrebt wird.

Weiter ist aus Sicht der Kantonsregierungen an einer föderalistischen Energiepolitik festzuhalten. Die Kantone sind sich den damit verbundenen Herausforderungen bewusst. Sie haben deshalb die Revision der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) in Angriff genommen. Ferner sind sie bereit, in ihrer Richtplanung die raumwirksamen Infrastrukturen der Energieversorgung zu berücksichtigen und dazu die planerischen Voraussetzungen zu verbessern. Neue raumplanerische Kompetenzen für den Bund lehnen die Kantonsregierungen jedoch ab.

Schliesslich ist das heutige Gebäudeprogrammes fortzusetzen, das bis Ende 2019 läuft und in der Abwicklung eingespielt ist. Ein Systemwechsel zum jetzigen Zeitpunkt ist ungünstig, da unklar ist, ob ab 2020 die CO₂-Abgabe einem neuen System der marktorientierten Lenkung weicht. Zudem ist der vom Bundesrat vorgeschlagene steuerliche Anreiz für Investitionen in die energetische Effizienz von Gebäuden aus grundsätzlichen Überlegungen abzulehnen. Nach Art. 89 Abs. 4 BV sind die Kantone für den Gebäudebereich zuständig.

Vernehmlassung zum Entwurf für die Teilrevision des Vernehmlassungsgesetzes

Die Plenarversammlung vom 22. März 2013 hat eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone zum Entwurf für die Teilrevision des Vernehmlassungsgesetzes (VIG) verabschiedet. Die Vorlage des Bundesrates nimmt zentrale Anliegen und Kritikpunkte der Kantone zum heutigen Vernehmlassungsverfahren auf. Die Revision geht insgesamt in die richtige Richtung und wird von den Kantonen grundsätzlich unterstützt. Begrüsst wird namentlich die Abschaffung des Anhörungsverfahrens. Die heutige Unterscheidung in Vernehmlassungen und Anhörungen hat sich in der Praxis nicht bewährt. Die Anhörungsmechanismen dürfen jedoch nicht wieder durch die Hintertür eingeführt werden, sondern bedürfen einer konsequenten Abschaffung.

Im Weiteren verlangen die Kantone, dass die Möglichkeit, die Kompetenz für die Eröffnung eines Vernehmlassungsverfahrens an das zuständige Bundesamt zu delegieren, aufgehoben wird. Mit dieser Kompetenzdelegation wird einer ganzen Reihe von Ämterkonsultationen mit den unterschiedlichsten Verfahren Tür und Tor geöffnet, und die Kantone werden mit einer zu grossen Zahl von Partnern konfrontiert. Die Hauptziele, die mit diesem Entwurf verfolgt werden, insbesondere die Vereinfachung, die Vereinheitlichung, die Kohärenz und die Transparenz des Vernehmlassungsverfahrens, werden dadurch ernsthaft gefährdet.

Weiter muss der spätere Vollzug von Bundesrecht bereits in der Vernehmlassung ein Thema sein. Wenn sich ein Erlass nicht umsetzen lässt, bleibt er ohne Wirkung. Deshalb soll den Stellungnahmen der Kantone besonderes Gewicht zukommen, wenn Bundesvorhaben deren Interessen betreffen oder später von diesen vollzogen werden.

Zu kurze Fristen erschweren die Erarbeitung von substanziellen Stellungnahmen, so dass die Zielsetzungen einer Vernehmlassung nicht erreicht werden können. Deshalb verlangen die Kantone, dass die ordentliche Vernehmlassungsfrist von drei Monaten über die Sommerferien um vier und über die Herbstferien sowie an Weihnachten und Ostern um zwei Wochen verlängert wird. Verkürzte Fristen sollen nur ausnahmsweise bei sachlich begründeter Dringlichkeit erlaubt sein. Die Vernehmlassungsunterlagen müssen zudem in den drei Amtssprachen vorliegen, bevor die Vernehmlassung offiziell eröffnet wird. Werden Übersetzungen erst im Laufe der Vernehmlassung nachgeliefert, führt dies für die betroffenen Kantone faktisch zu einer verkürzten Frist.

Die Kantone bedauern den Umstand, dass sie nicht frühzeitig in die Erarbeitung des Vorentwurfs einbezogen wurden. Angesichts der Bedeutung des Vernehmlassungsverfahrens für die politische Meinungsbildung auf Bundesebene,

den Gesetzgebungsprozess im Allgemeinen und im Hinblick darauf, dass die Realisierbarkeit der Umsetzung gewährleistet werden kann, wäre es angezeigt gewesen, die Kantone ab dem Beginn der Arbeiten für die Teilrevision des VIG einzubeziehen.

Anpassung der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA)

Im Rahmen der Vernehmlassung zu den „Verordnungsanpassungen betreffend die Asylgesetzrevision vom 14. Dezember 2012“ stellte die KdK einige Diskrepanzen zwischen den im Grundlagenpapier vom 23. November 2011 vereinbarten Grundsätzen und den vorgeschlagenen Anpassungen in der VIntA fest (vor allem in Bezug auf Finanzierungsmodalitäten). Da die federführende KKJPD ausschliesslich zur Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA) Stellung nahm, äusserte sich die KdK in einer separaten Stellungnahme zu den geplanten Anpassungen in der VIntA.

Mit ihrer Stellungnahme vom 27. September 2013 machten die Kantonsregierungen das EJPD auf die Abweichungen aufmerksam, begrüßten im Übrigen aber die vorgeschlagenen Anpassungen. Mit der Einführung von Programmvereinbarungen Bund – Kantone im Bereich der spezifischen Integrationsförderung und den kantonalen Integrationsprogrammen (KIP) seien diese Anpassungen notwendig geworden und würden den im Grundlagenpapier vom 23. November 2011 vereinbarten Grundsätzen zur Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen auf Verordnungsstufe entsprechen.

Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung an der Willensbildung des Bundes (gemäss Art. 45 BV)

Unternehmenssteuerreform III

Die Plenarversammlung vom 21. Juni 2013 hat eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone zum Zwischenbericht über die Massnahmen zur Stärkung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz (Unternehmenssteuerreform III) verabschiedet. Nach Auffassung der Kantonsregierungen muss das System der Unternehmensbesteuerung angepasst werden, damit die Schweiz auf internationaler Ebene wettbewerbsfähig bleibt. Die Kantone sind der Meinung, dass der Zwischenbericht die Probleme darlegt und ausserdem aufzeigt, dass die Unternehmenssteuerreform Lösungen im Bereich der Steuer- und der Finanzpolitik erfordert. Das in die Vernehmlassung gegebene Dokument ist somit eine gute Grundlage für das weitere Vorgehen.

In ihrer Stellungnahme unterstützen die Kantone grundsätzlich die Vorschläge, die darauf ausgerichtet sind, die Sonderregelungen für mobile Erträge durch neue Steuererleichterungen für bestimmte Aktivitäten zu ersetzen, die kantonalen Gewinnsteuersätze zu senken und die allgemeine Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz zu stärken. Die Kantone bestehen jedoch darauf, dass der Bund keine steuerlichen Vorschriften erlässt, die eine materielle Harmonisierung der Steuerlast in den Kantonen zur Folge haben, dass er die Möglichkeit zur Einführung vorübergehender Unterstützungsmassnahmen zu Gunsten der Kantone prüft, die von der Reform am stärksten betroffen sind, dass er den Bundesbeitrag erhöht, mit dem die Auswirkungen der ergriffenen Massnahmen ausgeglichen werden, und dass er die Steuerausfälle auf Bundesebene nicht dadurch kompensiert, dass er gewisse Lasten vom Bund auf die Kantone überträgt.

Ausserdem verlangen die Kantone, dass verschiedene Denkanstösse für Anpassungen des Systems für den Finanzausgleich (NFA) geprüft werden.

Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung bei aussenpolitischen Entscheiden (gemäss Art. 55 BV)

FZA / Anrufung der Ventilklausel

Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU sieht vor, dass die Zuwanderung unter gewissen Bedingungen vorübergehend wieder eingeschränkt bzw. Kontingenten unterstellt werden kann (sogenannte „Ventilklausel“). An-

lässlich der Plenarversammlung der KdK vom 22. März 2013 scheiterte eine geplante gemeinsame Stellungnahme der Kantone zur Verlängerung bzw. Anrufung dieser Ventilklausel am hierfür notwendigen Quorum von 18 Stimmen.

Beteiligung der Schweiz am EU-Programm Erasmus +

An der Plenarversammlung der KdK vom 21. Juni 2013 verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zum Verhandlungsmandat über die Schweizer Beteiligung am EU-Programm Erasmus +. Die Kantonsregierungen unterstützten dabei die angestrebte volle und umfassende Weiterbeteiligung an diesem neuen Programm der EU für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport für die Jahre 2014 bis 2020. Nach Ansicht der Kantonsregierungen bestätigen die Erfahrungen, welche die Schweiz seit 2011 im Rahmen der Programme „Lebenslanges Lernen“ und „Jugend in Aktion“ sammeln konnten, die Wichtigkeit einer Teilnahme der Schweiz, um sich im europäischen Bildungsraum zu positionieren. Die Mobilität von Schülern, Studenten, Dozenten und Forschern, Lernenden und Berufsbildungsverantwortlichen sowie aktualisierte Lehrinhalte, Austausche und Partnerschaften zwischen Hochschulen sind nach Auffassung der Kantonsregierungen im wirtschaftlichen und bildungspolitischen Interesse der Schweiz.

Teilnahme der Schweiz an den europäischen Satellitennavigationsprogrammen

Die Kantonsregierungen unterstützten anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 27. September 2013 den vom Bundesrat geplanten Abschluss des Kooperationsabkommens mit der EU zur Teilnahme der Schweiz an den europäischen Satellitennavigationsprogrammen (Galileo und EGNOS).

Regelung von institutionellen Fragen mit der EU

Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 13. Dezember 2013 verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zu den Verhandlungsleitlinien des Bundesrates für ein Abkommen mit der EU zur Regelung von institutionellen Fragen. Die Kantonsregierungen unterstützten die vom Bundesrat vorgeschlagenen Zielsetzungen und Verhandlungsleitlinien zu den vier Kernthemen Übernahme von relevantem EU-Recht in die Abkommen, Überwachung der Anwendung der Abkommen, Auslegung des relevanten EU-Rechts sowie Streitbeilegung.

Revision des Zinsbesteuerungsabkommens mit der EU

Ebenfalls an der Plenarversammlung der KdK vom 13. Dezember 2013 verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zum Verhandlungsmandat für Verhandlungen mit der EU über eine Revision des Zinsbesteuerungsabkommens. Die darin vorgesehenen Zielsetzungen des Bundesrates wurden vollumfänglich unterstützt.

Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien

An der Plenarversammlung der KdK vom 13. Dezember 2013 unterstützten die Kantonsregierungen zudem die Ausdehnung des bestehenden Personenfreizügigkeitsabkommens auf Kroatien.

Abkommen mit der EU im Bereich der Chemikaliensicherheit

Schliesslich hiessen die Kantonsregierungen an der Plenarversammlung der KdK vom 13. Dezember 2013 das Verhandlungsmandat des Bundesrates für ein Abkommen mit der EU im Bereich der Chemikaliensicherheit (REACH) gut.

Zweite allgemeine Überprüfung (UPR) der Schweiz vor dem Menschenrechtsrat

Anlässlich einer ausserordentlichen Plenarversammlung der KdK haben die Kantonsregierungen am 1. Februar 2013 im Rahmen der zweiten allgemeinen Überprüfung der Schweiz vor dem UNO-Menschenrechtsrat eine konsolidierte Stellungnahme zu 35 noch offenen Empfehlungen verabschiedet.

Meldepflicht und Nachprüfung der Berufsqualifikationen von Dienstleistungserbringerinnen und -erbringern in reglementierten Berufen

Am 25. Februar 2013 übermittelte das Sekretariat der KdK den Kantonen Elemente für eine kantonale Stellungnahme (Musterstellungnahme) im Rahmen der Anhörung des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation SBFI über die Meldepflicht und die Nachprüfung der Berufsqualifikationen von Dienstleistungserbringerinnen und -erbringern in reglementierten Berufen.

Tripartite Strategie zur Schweizerischen Agglomerationspolitik

Die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) hat sich 2013 intensiv mit der zukünftigen Ausrichtung der Agglomerationspolitik befasst und am 7. Juni eine „Tripartite Strategie zur Schweizerischen Agglomerationspolitik“ zuhanden des Bundesrates, der KdK sowie der Kommunalverbände verabschiedet (vgl. Ziff. 2.2.4). Gestützt auf eine Konsultation bei den Kantonsregierungen und den interessierten Direktorenkonferenzen verabschiedete die KdK an der Plenarversammlung vom 27. September eine Stellungnahme zuhanden der TAK.

Die KdK begrüsst grundsätzlich die von der TAK vorgeschlagene tripartite Strategie. Sie stellt einen wertvollen Orientierungsrahmen dar und wird insgesamt zu einer besseren Abstimmung der agglomerationspolitischen Aktivitäten von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden beitragen. Aus Sicht der KdK ist die Agglomerationspolitik als Querschnittsaufgabe ganzheitlich anzugehen.

Die tripartite Strategie trägt den Wechselwirkungen und Abhängigkeiten zwischen Agglomerationen und ländlichen Räumen jedoch zu wenig Rechnung. Dies ist im Hinblick auf die Erarbeitung einer Gesamtstrategie für die ländlichen Räume nachzuholen. Zudem liegen für die Kantone die Schwerpunkte der künftigen Agglomerationspolitik mehrheitlich weiterhin bei den bisherigen Themenfelder „Politische Steuerung im funktionalen Raum“ und „Abstimmung von Siedlung und Verkehr sowie Finanzierung des Agglomerationsverkehrs“. Die von der TAK neu vorgeschlagenen Themenfelder stehen insgesamt in zweiter Priorität.

2.1.4 Zusammenarbeit Bund – Kantone

Föderalistischer Dialog Bund – Kantone

Zweimal pro Jahr treffen sich Delegationen des Bundesrates und der KdK zum "Föderalistischen Dialog Bund – Kantone". An diesen Treffen sollen Kooperationsfragen im Verhältnis Bund – Kantone frühzeitig erkannt sowie der Informations- und Meinungsaustausch über wichtige föderalistische Themen sichergestellt werden.

Im Berichtsjahr fanden am 16. Mai und am 8. November 2013 Föderalistische Dialoge statt. Dabei wurden u. a. folgende Themen diskutiert: Europapolitik (institutionelle Fragen, Steuerdialog und Zinsbesteuerung, Stromverhandlungen, Galileo), Zuwanderung, Migration und Integration (Leitlinien der Kantone zur schweizerischen Migrationspolitik, Verpflichtungskredit Integration 2014-2017 des Bundes), Revision des Vernehmlassungsgesetzes, Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone, Vereinheitlichung des allgemeinen Datenschutzrechts, Monitoring-Bericht Föderalismus 2012, Nationale Föderalismuskonferenz 2014 sowie Jubiläum „20 Jahre KdK“.

Europadialog

Das Zusammenwirken von Bund und Kantonen ist für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU von zentraler Bedeutung, da die Kantone von zahlreichen bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU in ihren Zuständigkeiten direkt betroffen oder auf Grund ihrer Vollzugsaufgaben mitbetroffen sind.

Die Bundesverfassung und das Bundesgesetz über die Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik des Bundes legen die Zuständigkeiten und Kompetenzen von Bund und Kantonen, die Informations- und Konsultationsrechte sowie die Mitwirkungsmöglichkeiten der Kantone fest. Auf Grund des immer engeren Verhältnisses zwischen der Schweiz und der EU, der Weiterentwicklung des bilateralen Wegs sowie der institutionellen Herausforderungen im Verhältnis Schweiz-EU nimmt die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen in der Europapolitik zu.

Um diese Zusammenarbeit weiter zu intensivieren und zu optimieren, haben der Bund und die Kantone entschieden, ein permanentes Leitorgan zum Informationsaustausch einzurichten und dessen Modalitäten mittels einer Vereinbarung zu regeln. Damit beabsichtigen Bund und Kantone, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu stärken, den regelmässigen Informationsaustausch zu fördern, einen Beitrag zur effizienten Willensbildung in der Europapolitik zu leisten und die Kompetenzen und Zuständigkeiten von Bund und Kantonen zu wahren.

Am Europadialog nehmen die Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten EDA und des Eidgenössischen Departementes für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF als Vertreter des Bundes teil. Die Kantone werden vom Präsidenten der KdK sowie von einer Delegation des Leitenden Ausschusses der KdK vertreten. Der Europadialog soll in regelmässigen Abständen, in der Regel alle zwei Monate zusammentreten.

Die Vereinbarung, welche das Funktionieren dieses Gremiums regelt, wurde am 5. Juni 2012 in Bern unterzeichnet. Im Berichtsjahr trafen sich die Delegationen des Bundes und der Kantone am 1. März, am 1. Mai, am 6. Juni, am 19. August, am 19. September sowie am 25. November 2013. Dabei wurden u.a. folgende Themen diskutiert: Institutionelle Fragen in den Beziehungen Schweiz-EU, Stromverhandlungen mit der EU, Unternehmensbesteuerung, Zinsbesteuerung, Kooperationsdossiers und Programmbeteiligungen, FZA, Schengen/Dublin, Wirtschaftslage im Zusammenhang mit der Eurokrise sowie innerstaatlicher Reformbedarf.

Stammtisch der Kantone

Jeweils am Montagabend der zweiten Sessionswoche der eidgenössischen Räte lädt die KdK zu einem "Stammtisch der Kantone" ein. Mit dem Ziel, die Beziehungen zu den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu pflegen und den Meinungsaustausch zu intensivieren, treffen sich dabei Vertreterinnen und Vertreter des Leitenden Ausschusses der KdK und weitere kantonale Regierungsmitglieder mit Mitgliedern des Ständerates sowie ehemaligen Regierungsmitgliedern des Nationalrates in ungezwungenem Rahmen. Der Stammtisch ist jeweils einem aktuellen politischen Thema gewidmet.

Anlässlich der Sessionen der eidgenössischen Räte fanden 2013 vier Stammtische statt, an denen folgende Themen diskutiert wurden: Ausgleich der Krankenkassenprämien, Unternehmenssteuerreform (USR) III, Botschaft zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 sowie die Position der Kantone zu aktuellen Fragen im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik (gemeinsame Leitlinien der Kantone zur schweizerischen Migrationspolitik und kantonale Positionsbezüge zur AuG-Revision, zu den anstehenden Zuwanderungsinitiativen sowie zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien).

Treffen mit dem Büro des Ständerates

Zweimal pro Jahr findet ein Treffen zwischen dem Büro des Ständerates und dem Leitenden Ausschuss der KdK statt, um aktuelle politische Themen oder Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Ständerat und der KdK gemeinsam zu diskutieren.

In der Berichtsperiode fanden am 1. März und am 30. August 2013 Treffen mit dem Büro des Ständerates statt. Neben allgemeinen Fragen der Zusammenarbeit Ständerat – KdK wurden u. a. folgende Themen behandelt: Europapolitik (Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien, innere Reformen), Energiestrategie 2050, Revision Vernehmlassungsgesetz, Teilrevision Ausländergesetz, Leitlinien der Kantone zur schweizerischen Migrationspolitik,

Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungsprogramm, Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone, Monitoring-Bericht Föderalismus 2012 sowie Jubiläum „20 Jahre KdK“.

Parlamentarische Anhörungen

Grundsätzlich liegt es im Ermessen des jeweiligen Kommissionspräsidiums, die Kantone bzw. entsprechende Delegationen der Kantone zu Anhörungen einzuladen, insbesondere dann, wenn vitale Interessen der Kantone betroffen sind.

Damit die kantonalen Interessen im Ständerat besser berücksichtigt werden können, beschlossen Delegationen des Ständerates und der KdK anlässlich eines Treffens vom 7. Oktober 1998, in Zukunft vermehrt Vertretungen der Kantone (Direktorenkonferenzen oder KdK) in die Kommissionsarbeit des Ständerates einzubeziehen.

In Umsetzung dieses Beschlusses übermittelt das Sekretariat des Ständerates der KdK jeweils kurz vor Sessionsbeginn eine Liste mit den zur Behandlung in den Kommissionen anstehenden Geschäften. Im Berichtsjahr nahmen Delegationen der KdK an folgenden Anhörungen teil:

Datum	Kommission	Geschäft
21.02.2013	SPK-N	Pa.lv. (12.486) Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone
15.08.2013	SPK-S	Teilrevision Ausländergesetz
11.10.2013	APK-S	Leitlinien zum Verhandlungsmandat für die Regelung der institutionellen Fragen Schweiz-EU

2.1.5 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen

Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)

Die Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo), deren Sekretariat von der KdK geführt wird, hat die Aufgabe, die Koordination unter den Direktorenkonferenzen zu verbessern sowie die Zusammenarbeit und den Gedankenaustausch unter ihren Mitgliedern zu fördern. Im Berichtsjahr trat die KoSeKo vier Mal zusammen. Dabei ging es insbesondere um die fachliche Koordination der Vorlagen des Bundes, darunter um die Zuweisung der Zuständigkeit für die weitere Bearbeitung der Geschäfte an eine bestimmte Konferenz. Die Monitoring-Datenbank, mit der vor allem die fachliche Koordination gestärkt werden soll, wurde der KoSeKo zwei Mal vorgelegt. So konnten die Mitglieder der KoSeKo die Entwicklung der Datenbank mitverfolgen und Fragen stellen (vgl. Ziff. 2.2.1 Monitoring-Datenbank).

Die Mitglieder der Konferenz wurden auf die Schaffung der Arbeitsgruppe Umsetzung von Bundesrecht (vgl. Ziff. 2.1.1) sowie auf die Möglichkeit hingewiesen, diese bei Fragen zur Umsetzung von Bundesrecht beizuziehen.

Schliesslich wurde der Konferenz das neue Konzept für den Mehrjahresbericht zum Föderalismusmonitoring vorgelegt. Dessen erste Ausgabe, die sich auf die Jahre 2011-2013 bezieht, wird im Sommer 2014 veröffentlicht. Die Fachtagung konnte nicht durchgeführt werden und wurde auf den 13. November 2014 verschoben.

Präsidiumsklausur KdK - Direktorenkonferenzen

Seit 2008 finden auf Einladung der KdK politische Klausuren zwischen den Präsidien der Direktorenkonferenzen und der KdK statt. Der erste Teil der Präsidiumsklausur vom 24./25. Januar 2013 war dem gegenseitigen Informations- und Meinungsaustausch über aktuelle Arbeitsschwerpunkte in Politikbereichen von gemeinsamem Interesse gewidmet.

Im zweiten Teil der Präsidiumsklausur wurde das gemeinsame Schwerpunktthema Zuwanderung, Migration und Integration diskutiert. Im Zentrum stand die Erarbeitung von Leitlinien zur schweizerischen Migrationspolitik als Orientierungs- und Entscheidungshilfe der Kantone im Hinblick auf die anstehenden Debatten über die Zuwanderung.

Im dritten Teil wurden spezifische Themen und die Zusammenarbeit zwischen den Konferenzen behandelt, aktuelle Fragen der Europapolitik, die zunehmende Einmischung des Bundes in die Vollzugsautonomie der Kantone sowie die Zusammenarbeit der Konferenzen auf politischer Ebene.

An der Präsidiumssitzung vom 23. September 2013 wurden namentlich die Zuwanderung, Migration und Integration, die Neukonzeption des Föderalismus-Monitorings der ch Stiftung, die Zusammenarbeit der Konferenz auf politischer Ebene sowie die Europapolitik und die Unternehmenssteuerreform III thematisiert.

Regionale Regierungskonferenzen

Die Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen sowie der Sekretär der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich trafen sich am 25. Juni und am 4. Dezember 2013 mit dem Sekretariat der KdK zum gegenseitigen Informations- und Gedankenaustausch.

2.1.6 Weitere Schwerpunktthemen

Interkantonaler Stab Zuwanderung, Migration und Integration

Im Jahr 2012 wurde unter Federführung der KdK der Interkantonale Stab Zuwanderung, Migration und Integration (ZMI), bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der FDK, VDK, EDK, SODK, GDK, KKJPD, BPUK und KdK ins Leben gerufen. Der Interkantonale Stab trifft sich regelmässig und diskutiert die Geschäfte im Bereich der Zuwanderung, Migration und Integration, um ein gemeinsames, interdisziplinäres Vorgehen sicherzustellen. Die Koordination der Arbeiten des Stabes obliegt der KdK. Die Federführung in den einzelnen Geschäften bleibt bei den jeweils zuständigen Konferenzen.

Im Berichtsjahr traf sich der Interkantonale Stab am 6. März, am 14. Juni sowie am 16. Oktober 2013. Er diskutierte dabei u.a. die Leitlinien der Kantone zur Migrationspolitik.

Massnahmen zur Verbesserung der Kommunikation der KdK

In den letzten Jahren wurde im Rahmen der KdK, des Präsidientreffens KdK - Direktorenkonferenzen und der ch Stiftung (z.B. ch Regierungsseminare) wiederholt diskutiert, wie die politische Kommunikation der Kantone und namentlich der interkantonalen Konferenzen verbessert werden könnte. Unter anderem wurde festgestellt, dass die Kommunikationspolitik der Kantone im Gegensatz zu jener des Bundes zu defensiv sei, was insgesamt zu ungleichen medialen Machtverhältnissen führe. Deshalb wurde das KdK-Sekretariat 2012 beauftragt, ein Kommunikationskonzept für die KdK sowie einen entsprechenden Massnahmenkatalog zu erarbeiten. Die Plenarversammlung vom 27. September 2013 begrüsst die diesbezüglichen Arbeiten des KdK-Sekretariates, der Leitende Ausschuss wird 2014 über die konkrete Umsetzung entscheiden. Der Akzent der Massnahmen liegt klar im Bereich der Interessenwahrnehmung/Netzwerkpflege. Gleichwohl werden auch Massnahmen zur Verbesserung der Medienarbeit nicht ganz ausser Acht gelassen.

Darüber hinaus wurden 2013 die Designvorlagen sämtlicher offizieller Dokumente (Briefschaften, Stellungnahmen, Medienmitteilung, Jahresberichte u.a.) erneuert, wodurch der gesamte Auftritt der KdK nach aussen modernisiert und vereinheitlicht werden konnte. Im Juli 2013 konnte auch die neu konzipierte KdK-Website aufgeschaltet werden, die neu einen Überblick über die wichtigsten KdK-Geschäfte liefert. Auch wurde der passwortgeschützte Bereich (Closed User Group CUG) grundlegend erneuert und wesentlich übersichtlicher gestaltet.

2.2 Weitere Aktivitäten

2.2.1 Allgemeines

Monitoring-Bericht «Föderalismus»

Der achte Monitoring-Bericht, der vom KdK-Sekretariat im Auftrag der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit erarbeitet wurde, wurde von der Plenarversammlung der KdK am 21. Juni 2013 verabschiedet. Mit diesem Bericht 2012 wurde ein neues Konzept umgesetzt, das eine Unterteilung in einen jährlichen Bericht und einen umfas-

senderen Mehrjahresbericht vorsieht. Der jährliche Bericht beschränkt sich im Wesentlichen auf eine Analyse der Vorlagen des Bundes und der Kantone – die zum ersten Mal in diese Beurteilung einbezogen wurden –, auf eine Aktualisierung des Standes der interkantonalen Zusammenarbeit sowie auf eine Kurzbeurteilung der Entwicklung des Föderalismus aus Sicht der Kantone und des KdK-Sekretariats, der Direktorenkonferenzen und der regionalen Regierungskonferenzen.

Der jährliche Bericht gewährleistet aktuelle Informationen zu den neuesten Entwicklungen auf Bundesebene und in den Kantonen und ermöglicht das rechtzeitige Erkennen von Unregelmässigkeiten und bei Bedarf das Ergreifen dringender Massnahmen. Der Mehrjahresbericht, der erstmals 2014 erscheint, enthält darüber hinaus Informationen zur Entwicklung der Diskussion über den Föderalismus in den Medien, in der Wissenschaft und Forschung und in der Praxis anderer föderalistisch organisierter Länder sowie eine detaillierte politische Analyse. Seine Ergebnisse fliessen auch in die Nationale Föderalismuskonferenz ein, die am 27. und 28. November 2014 stattfinden wird.

Vierte Nationale Föderalismuskonferenz 2014

Die Plenarversammlung vom 14. Dezember 2012 beauftragte den Kanton Solothurn mit der Durchführung der vierten Nationalen Föderalismuskonferenz im Jahre 2014. Als Grundlage für die Vorbereitung der Konferenz dient das bisherige organisatorische Konzept, das sich bei den Konferenzen in Freiburg, Baden und Mendrisio bewährt hat. Als KdK-Vertretung im Politischen Leitorgan wurde der Präsident und im Konferenzausschuss die Generalsekretärin bestimmt.

Unter der Federführung des Kantons Solothurn sind die Vorbereitungen angelaufen. Die Konferenz wird am 27./28. November 2014 in Solothurn stattfinden und soll einerseits Gelegenheit zu einer Standortbestimmung zum Schweizerischen Föderalismus bieten, andererseits auch Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven aufzeigen. Bei der inhaltlichen Ausrichtung sind u.a. die Erkenntnisse aus dem Föderalismus-Monitoring der ch Stiftung zu berücksichtigen.

FoF/IFF: Internship Programm

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Föderalismus der Universität Freiburg (IFF) wurde im Berichtsjahr das im Jahre 2010 eingeführte Programm weitergeführt, bei dem im Rahmen so genannter „Internships“ ausgewählten Nachwuchskräften aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft in Entwicklungs- und Transformationsländern die Möglichkeit gegeben wird, ein 6-wöchiges Praktikum in einer Kantonsverwaltung zu absolvieren und einen funktionierenden föderalistischen Staat zu erleben. Die Praktika, welche im Berichtsjahr vom IFF finanziert wurden, fanden im unmittelbaren Anschluss an die Sommeruniversität statt, die das IFF im August/September organisiert. Im Berichtsjahr konnten in vier Kantonen (ZH, BE, SG und VD) Praktika durchgeführt werden.

Nach einer internen Evaluation hat das IFF Ende 2013 entschieden, dass eine Weiterführung des Programms aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich ist.

Finanzbericht 2012 über die interkantonalen Regierungs- und Direktorenkonferenzen

Die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit erarbeitet jedes Jahr einen Bericht mit Informationen zu den finanziellen (Ausgaben und Einnahmen) und strukturellen Aspekten (Bestandeszahlen) der KdK und der Direktorenkonferenzen. Der Finanzbericht 2012 wurde der Plenarversammlung der KdK vom 13. Dezember 2013 vorgelegt.

Vereinheitlichung der allgemeinen Datenschutzgesetzgebung: Anfrage des EJPD

Mit Schreiben vom 7. August 2013 hat die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes EJPD die Frage aufgeworfen, ob die Kantone mit einer Änderung der Bundesverfassung einverstanden wären, welche dem Bund die Kompetenz geben würde, die allgemeine Datenschutzgesetzgebung zu vereinheitlichen. In der Folge wurden die Kantonsregierungen seitens der KdK gebeten, sich zu dieser Frage zu äussern.

Die Mehrheit der Kantone lehnte eine solche Kompetenzübertragung aufgrund föderalistischer Bedenken ab. Auch nahezu alle Kantone, die einer solchen Kompetenzübertragung nicht von vornherein ablehnend gegenüberstanden, knüpften ihre Zustimmung an eine Reihe von Bedingungen.

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2013 wurde der Vorsteherin des EJPD seitens der KdK das Ergebnis der Konsultation der Kantone mitgeteilt.

Monitoring-Datenbank

Im Berichtsjahr wurde eine Datenbank entwickelt, die den Zweck hat, die fachliche Koordination zwischen den Konferenzen und die Bearbeitung von Vernehmlassungsentwürfen und Gesetzesentwürfen des Bundes unter dem Gesichtspunkt des Föderalismus zu fördern. Dank dieser Datenbank werden auch nützliche Daten für das Föderalismusmonitoring zur Verfügung stehen. Sie wird vom KdK-Sekretariat und von den Sekretariaten der Direktorenkonferenzen alimentiert. Auf diese Weise können Personen, die über ein Zugriffsrecht verfügen, jederzeit Informationen zu allen wichtigen Geschäften abrufen.

Es ist geplant, alle in die Datenbank aufgenommenen Geschäfte von der Planung der Vernehmlassung bis zum Abschluss der Vorlage zu verfolgen, einschliesslich der Referendumsphase bei Vorlagen, die dem Referendum unterstehen. Bezüglich der in der Datenbank enthaltenen Geschäfte werden insbesondere die folgenden Angaben festgehalten: zuständige und interessierte Konferenzen, Stand des Verfahrens, Fristen der Vernehmlassung, der Anhörungen und der Beratung in den eidgenössischen Räten, Monitoringformular, das von der für die Vorlage zuständigen Konferenz auszufüllen ist, geplante oder ergriffene Massnahmen, Links, insbesondere zu Curia vista, und bei Bedarf Kontaktpersonen. Der Aufbau dieser Datenbank ist für die erste Jahreshälfte 2014 geplant.

2.2.2 Aussenpolitik

Neben zahlreichen weiteren Aktivitäten im Zusammenhang mit der Vertretung der Interessen der Kantone in ausserpolitischen Fragen und den bereits an anderem Ort erwähnten Tätigkeiten standen im Berichtsjahr insbesondere die nachfolgenden Aktivitäten im Vordergrund.

Europapolitik

Wie in den vergangenen Jahren nahmen Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Arbeitsgruppen der Begleitorganisation der KdK an den Sitzungen der Gemischten Ausschüsse in den Bereichen Personenfreizügigkeit, öffentliches Beschaffungswesen sowie Land- und Luftverkehr teil. Daneben setzte die Begleitorganisation der KdK die allgemeine Beobachtung und Analyse der Weiterentwicklung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU fort.

Weitergeführt wurde auch die Begleitung der Weiterentwicklungen von Schengen/Dublin sowie – in Zusammenarbeit mit der KKJPD – die Vorbereitung der Umsetzung dieser Weiterentwicklungen in den Kantonen. Vertreter der Begleitorganisation Schengen/Dublin der KdK (BOSD) nahmen im Berichtsjahr wiederum an zahlreichen Sitzungen der zuständigen Arbeitsgruppen der EU in Brüssel teil, an welchen Weiterentwicklungen des Schengen/Dublin-Besitzstands erarbeitet wurden.

Zusammen mit der EnDK begleitete das Sekretariat der KdK weiter die im November 2007 aufgenommenen Verhandlungen mit der EU über ein Abkommen im Elektrizitätsbereich.

Kantonale Unternehmensbesteuerung

Die Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der KdK verfolgte im Berichtsjahr weiterhin die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Kontroverse mit der EU in Bezug auf gewisse kantonale Steuerregelungen (Steuerdialog). Sie beteiligte sich zusammen mit den zuständigen Stellen des Bundes an der Festlegung der Schweizer Position in dieser Frage und bereitete die diesbezüglichen politischen Beschlüsse der zuständigen Gremien von FDK und KdK vor.

Freihandelsabkommen mit Staaten ausserhalb der EU

Die Arbeitsgruppe Dienstleistungen der KdK verfolgte im Berichtsjahr weiter die intensivierten Bemühungen des Bundes im Hinblick auf den Abschluss von Freihandelsabkommen mit Drittstaaten ausserhalb der EU, sei es bilateral oder im Rahmen der EFTA. In Zusammenarbeit mit dem SECO wurde zudem ein Seminar zur Interpretation der im

Rahmen von solchen Freihandelsabkommen zu verhandelnden Verpflichtungslisten im Dienstleistungsbereich durchgeführt.

WTO/GATS

Im Berichtsjahr verfolgte das Sekretariat der KdK weiterhin die Entwicklungen im Rahmen der laufenden WTO-Verhandlungen. Ein besonderes Augenmerk lag hier auf den Diskussionen über ein allfälliges neues plurilaterales Abkommen im Dienstleistungsbereich.

Menschenrechte

Neben den bereits an anderem Ort beschriebenen Aktivitäten im Rahmen der UPR nahm das Sekretariat der KdK im Berichtsjahr an Sitzungen des Beirats des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) teil und leistete dem Bund koordinierende Unterstützung bei der Erstellung einer Reihe von Berichten zuhanden der Gremien verschiedener internationaler Menschenrechtsabkommen.

OECD Länderexamen Korruption

Mit Schreiben vom 21. Mai 2013 forderte das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO die Kantonsregierungen auf, zur Umsetzung der Empfehlungen aus dem Länderexamen der Phase 3 im Rahmen der OECD-Konvention zur Bekämpfung der Korruption Bericht zu erstatten. Das Sekretariat der KdK unterbreitete daraufhin den Kantonen den entsprechenden Fragebogen des SECO, wertete die eingegangenen Rückmeldungen aus und erstattete dem SECO eine entsprechende Rückmeldung.

2.2.3 *Innenpolitik*

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA): weitere Arbeiten

Das KdK-Sekretariat ist in der paritätisch zusammengesetzten Fachgruppe Wirksamkeitsbericht NFA vertreten. Diese Gruppe begleitet die Erarbeitung des zweiten Wirksamkeitsberichts des Bundesrates. Im Rahmen der Arbeiten für die Verfassung dieses Wirksamkeitsberichts haben die Kantonsregierungen an einer Umfrage teilgenommen, die im Herbst 2012 lanciert wurde. Diese Umfrage ermöglichte die Zusammenstellung von Informationen über die Auswirkungen der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich, die Aufgabenteilung, die Programmvereinbarungen sowie über weitere Themen im Zusammenhang mit der NFA. Die Kantonsregierungen haben die Informationen 2013 abgegeben. Die Ergebnisse dieser Umfrage werden im Wirksamkeitsbericht NFA vorgelegt. Zur Vorbereitung einer gemeinsamen Stellungnahme der Kantone zum 2. NFA-Wirksamkeitsbericht wurde vom Leitenden Ausschuss im Dezember 2013 eine Begleitgruppe eingesetzt.

Im Rahmen des NFA-Controllings überprüft die KdK zudem periodisch die Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz sowie den Einsatz der neuen Zusammenarbeitsformen beim Vollzug von Bundesaufgaben durch die Kantone. Dazu werden die für die Kantone relevanten Vernehmlassungs- und Gesetzesvorlagen des Bundes dokumentiert und analysiert. Die entsprechenden Geschäftslisten werden den Kantonsregierungen vierteljährlich zur Kenntnis gebracht. Über die Beratung der Geschäfte in den eidgenössischen Räten wird jeweils im Anschluss an die Sessionen eine Parlamentsberichterstattung erstellt. Im Berichtsjahr wurde eine interaktive Geschäftsdatenbank entwickelt, welche die bisherigen Geschäftslisten in Zukunft ersetzen und zudem die Fachkoordination zwischen den interkantonalen Konferenzen sicherstellen soll (vgl. Ziff. 2.2.1 Monitoring-Datenbank).

Interkantonale Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat)

Am 20. Juni 2013 verabschiedete die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) die Interkantonale Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat) zuhanden der kantonalen Beitrittsverfahren. Kantonsseitig bildet das Konkordat die rechtliche Grundlage für die gemeinsame Förderung und Koordination des gesamten

Hochschulbereichs durch Bund und Kantone. Im Rahmen der Vernehmlassung zum seinerzeitigen Konkordats-Entwurf hatte die KdK drei Aspekte zur Diskussion gestellt: 1) das Inkrafttreten des Konkordats, 2) die unterschiedliche Definition der Zusammensetzung der Plenarversammlung der Schweizerischen Hochschulkonferenz im Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) des Bundes und im Hochschulkonkordat sowie 3) das Verhältnis von Art. 8 der Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Bund und Kantonen zu Art. 55 BV.

Die KdK analysierte die Behandlung dieser Aspekte im verabschiedeten Konkordats-Text und unterbreitete die noch offenen Fragen der EDK zur Stellungnahme. Die Antwort der EDK wurde der Plenarversammlung vom 27. September 2013 zur Kenntnis gebracht. Abschliessend kann festgehalten werden, dass die von der KdK geäusserten Bedenken dann relevant würden, wenn das Konkordat von zwei grossen Universitätskantonen nicht ratifiziert würde. In diesem Falle bliebe die Koordination der Hochschulbildung sehr schwierig, weshalb alles daran gesetzt werden muss, dass das Konkordat flächendeckend ratifiziert wird.

Pa.Iv. 10.440. Verbesserung der Organisation und der Verfahren des Parlamentes: Verfahren bei Standesinitiativen, Gegenstand eines Vernehmlassungsverfahrens

Mit der Vorlage zur Parlamentarischen Initiative 10.440 schlug die Staatspolitische Kommission des Ständerates eine Revision des Parlamentsrechts vor mit dem Ziel, den Parlamentsbetrieb effizienter zu gestalten. Im Rahmen der Vernehmlassung sowie der anschliessenden parlamentarischen Beratungen sprach sich die KdK dezidiert gegen die vorgeschlagene Einschränkung des Instruments der Standesinitiative auf die Form eines Vorentwurfs eines Erlasses aus. Nachdem der Nationalrat diesen Vorschlag Ende 2012 ablehnte, verzichtete in der Frühjahrsession 2013 schliesslich auch der Ständerat in der Differenzbereinigung auf seine ursprüngliche Forderung. Neu wurde hingegen die Vorschrift eingeführt, wonach die Standesinitiative eine ausdrückliche Begründung insbesondere der Zielsetzungen des Erlasses enthalten muss. Damit entschied das Parlament im Sinne der gemeinsamen Stellungnahme der Kantonsregierungen vom 24. Juni 2011. Die Änderung des Parlamentsgesetzes trat bereits auf Beginn der Winter-session am 25. November 2013 in Kraft.

E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz

Ende 2011 stimmte die KdK der revidierten Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit Bund – Kantone für die Jahre 2012 – 2015 zu. Zentrales neues Element ist ein Aktionsplan, über den ausgewählte Projekte finanziell unterstützt werden. Dabei stehen jährlich max. 2,4 Millionen Franken zur Verfügung, die Bund und Kantone paritätisch tragen. Für das Jahr 2013 wählte der Steuerungsausschuss, in den die KdK drei kantonale Vertreter delegiert, folgende Projekte aus: 1) Baubewilligung beantragen, 2) Meldung Adressänderung, Wegzug, Zuzug, 3) Vote électronique, 4) eCH-Prozessaustauschplattform für Gemeinden und Kantone und 5) Dienste für die Identifikation und Berechtigungsverwaltung.

Bundesstab ABCN

Um die Einsatzorganisation zur Bewältigung von Ereignissen nationaler Tragweite zu verbessern, verabschiedete der Bundesrat 2010 die neue Verordnung über die Organisation von Einsätzen bei ABC- und Naturereignissen. Die Führung auf Stufe Bund wurde in Form eines Bundesstabes für ABCN-Ereignisse (BST ABCN) vereinheitlicht, in dem rund 20 Bundesstellen zusammengeführt sind. Zur Sicherstellung der Koordination mit den Kantonen nehmen die KdK sowie verschiedene Direktorenkonferenzen (EnDK, GDK, KKJPD und RK MZF) im BST ABCN Einsitz.

Am 19./20. November 2013 wirkte der BST ABCN an der Gesamtnotfallübung 2013 (GNU 13) mit. Daneben überprüfte er im Berichtsjahr regelmässig den Stand der Umsetzung der Massnahmen aus dem Bericht IDA NOMEX, erarbeitete eine Startstrategie für den Fall eines KKW-Unfalls und verabschiedete das Konzept „Grossräumige Evakuierung bei einem KKW-Unfall“, die Teilstudie „Nationales Operations- und Koordinationsorgan“ (NOCC) im Rahmen des Ressourcenmanagement Bund (ResMaB) sowie die Geschäftsordnung und das Einsatzkonzept des BST ABCN.

Nationale Strategie zum Schutz der Cyber-Risiken

Im Juni 2012 verabschiedete der Bundesrat die «Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS)». Damit legte er den Grundstein für eine umfassende Behandlung der Cyber-Problematik. Die NCS fokussiert

auf die Frühwarnung vor Cyber-Risiken und Bedrohungen, eine allgemeine Stärkung der Widerstandsfähigkeit (Resilienz) der Schweizer Infrastrukturen und eine generelle Reduktion von Cyber-Risiken. Die Massnahmen erstrecken sich von Risikoanalysen zu kritischen ICT-Infrastrukturen bis zur stärkeren Einbringung der Schweizer Interessen in diesem Bereich auf internationaler Ebene.

Im Mai 2013 verabschiedete der Bundesrat einen Umsetzungsplan zur NCS. Um die Arbeiten mit Schnittstellen zu den Kantonen zu koordinieren, setzte der KKM SVS im Herbst 2013 die Fachgruppe Cyber (FG-C) bestehend aus Vertretern der drei staatlichen Ebenen ein. Die FG-C, in der das KdK-Sekretariat vertreten ist, nahm ihre Arbeiten Ende 2013 auf. Ziel ist, die Kantone als die zentralen Partner des Bundes in sämtliche sie betreffenden Massnahmen einzubeziehen sowie die Umsetzung der kantonalen Teilprojekte zu koordinieren.

Grundsätze Zusammenarbeit Bund – Kantone in der spezifischen Integrationsförderung: Umsetzung kantonale Integrationsprogramme 2014-2017

Ende 2011 haben sich die KdK und das EJPD in einem Grundlagenpapier zum Abschluss von Programmvereinbarungen im Bereich der spezifischen Integrationsförderung auf strategische Programmziele Bund – Kantone verständigt. Die operative Umsetzung ist Sache der Kantone. Auf dieser Grundlage haben bis Ende 2013 alle Kantone mit dem BFM eine Programmvereinbarung abgeschlossen. Diese Programmvereinbarungen legen im Wesentlichen die gemeinsam zu erreichenden strategischen Programmziele fest, regeln die Zahlungsmodalitäten und die Berichterstattung. Integrierter Bestandteil der Programmvereinbarung ist das kantonale Integrationsprogramm (KIP), in dem der jeweilige Kanton aufzeigt, wie die strategischen Programmziele erreicht werden sollen. Die Qualität der KIP kann insgesamt als gut bezeichnet werden. Eine Begleitgruppe BFM-KdK hat den Prozess begleitet und soweit erforderlich fachlich unterstützt. Dadurch konnten Hindernisse frühzeitig erkannt und aus dem Weg geräumt werden. Der partnerschaftliche Ansatz hat sich bewährt. Die Zusammenarbeit soll weitergeführt und die Begleitgruppe für die Umsetzung der KIP 2014-2017 neu mandatiert werden.

Gesamtschweizerisches Präventionsprogramm Jugend und Gewalt

Das Präventionsprogramm „Jugend und Gewalt“, wird von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam in den Jahren 2011-2015 umgesetzt. Es zielt darauf ab, eine wirkungsvolle Gewaltprävention in der Schweiz zu fördern, nachhaltige Strukturen für die Vernetzung und Zusammenarbeit zu schaffen sowie auf ein optimales Zusammenspiel von Massnahmen der Prävention, Intervention und Repression hinzuwirken. Zur strategischen Steuerung der Programmaktivitäten wurde eine tripartit zusammengesetzte Steuergruppe eingesetzt, in die auch das Sekretariat der KdK Einsitz nimmt.

Informationen zu sämtlichen Programmaktivitäten, wie z.B. die Ergebnisse des Netzwerktreffens der kantonalen und kommunalen Ansprechstellen für Gewaltprävention von Mai 2013, finden sich auf der betreffenden Website (www.jugendundgewalt.ch). 2013 nahm die Steuergruppe zudem Kenntnis von den Ergebnissen der Zwischenevaluation. Diese kommt zu einem positiven Ergebnis, die bisher von Seiten des Programms erbrachten Unterstützungsleistungen werden als nützlich und zweckmässig befunden. Die aufgebaute Wissensbasis wird als gute Grundlage erachtet, um schweizweit zielgerichtete und evidenzbasierte Massnahmen zur Gewaltprävention zu ergreifen. Am 14./15. November 2013 fand schliesslich in Genf die 2. Nationale Konferenz „Jugend und Gewalt“ statt, die gemeinsam vom Bundesamt für Sozialversicherungen, vom Kanton Genf und von der Stadt Genf organisiert wurde. Die Konferenz war mit über 450 Teilnehmenden ein grosser Erfolg.

Tripartite Agglomerationskonferenz

Ende 2011 haben der Bundesrat, die KdK sowie die Kommunalverbände beschlossen, die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) fortzusetzen. Ziele der TAK sind die Stärkung der vertikalen Zusammenarbeit Bund – Kantone – Städte/Gemeinden sowie die Entwicklung einer gemeinsamen Agglomerationspolitik. Zudem soll die TAK als neues Ziel auch den Einbezug der ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit aufzeigen (vgl. Ziff. 2.2.4). Das Präsidium und die Geschäftsstelle der TAK werden durch die KdK wahrgenommen.

Die Verabschiedung der „Tripartiten Strategie zur schweizerischen Agglomerationspolitik“ sowie die Behandlung des Zwischenberichts zum Projekt „Einbezug der ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit“ waren aus Sicht der Kantone im 2013 die zentralen Geschäfte der TAK. Die TAK-Delegation der Kantone, die sich inkl. TAK-Präsidium

aus neun kantonalen Regierungsmitgliedern zusammensetzt, legte zu diesen Geschäften die Haltung der Kantone dar.

Zur Vorbereitung der kantonalen Haltung führte das KdK-Sekretariat im Vorfeld der Sitzungen der TAK Konsultationen bei den Mitgliedern der TAK-Delegationen durch. Für die „Tripartite Strategie zur Schweizerischen Agglomerationspolitik“ führte das KdK-Sekretariat eine Konsultation bei den Kantonsregierungen und den interessierten Direktorenkonferenzen durch. Gestützt darauf verabschiedete die KdK an der Plenarversammlung vom 27. September eine Stellungnahme zuhanden der TAK (vgl. Ziff. 2.1.3).

Raumkonzept Schweiz: Folgearbeiten

Nach dem erfolgreichen Genehmigungsprozess auf allen Staatsebenen wurde das Raumkonzept Schweiz (RKCH) Ende 2012 publiziert. Im Januar 2013 fand die abschliessende Sitzung der politischen Begleitgruppe statt. Damit wurde die tripartite Projektorganisation, die das UVEK, die KdK, die BPUK und die Kommunalverbände 2006 zur gemeinsamen Erarbeitung des RKCH eingesetzt hatten, formell aufgelöst.

Das RKCH postuliert Folgearbeiten, die die drei staatlichen Ebenen gemeinsamen angehen sollen. Zudem soll nach fünf Jahren der Stand der Konkretisierung und der Anpassungsbedarf des RKCH geprüft werden. Deshalb wurde zur Beobachtung der weiteren Entwicklung eine tripartite Kerngruppe eingesetzt, die sich aus Vertretungen der Geschäftsstellen der Trägerorganisationen zusammensetzt. Die Federführung liegt beim Bundesamt für Raumentwicklung ARE.

Die tripartite Kerngruppe traf sich 2013 zu vier Sitzungen. Im Zentrum der Arbeiten standen der gegenseitige Informationsaustausch sowie die Konzeption und Vorbereitung einer jährlichen Berichterstattung zuhanden der politischen Ebene über relevante Arbeiten auf allen Staatsebenen mit Bezug zu den Strategien des RKCH. Eine erste entsprechende Berichterstattung erfolgt im Frühling 2014.

2.2.4 Mandate

Geschäftsstelle der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK)

Gestützt auf die Vereinbarung über die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) sowie einen entsprechenden Leistungsvertrag zwischen den Geschäftsstellen der Trägern der TAK führt die KdK die Geschäftsstelle der TAK. Konkret stellte die Geschäftsstelle die umfassende Vor- und Nachbereitung der TAK-Sitzungen vom 7. Juni und 22. November 2013 sowie der Sitzungen der Tripartiten technischen Arbeitsgruppe (TTA) vom 19. April und 19. September 2013 sicher. Erwähnung verdient auch eine umfassende Erneuerung des Webauftritts der TAK auf Ende 2013 (siehe www.tak-cta.ch).

Zudem nahm die Geschäftsstelle die Begleitung der laufenden TAK-Projekte wahr. Namentlich leistete sie fachliche und administrative Unterstützung für die jeweils tripartit zusammengesetzten Projektleitungen und stellte die Koordination mit externen Mandatsträgern wahr. Diesbezüglich verdienen die folgenden Arbeitsschwerpunkte Erwähnung:

- *Tripartite Strategie zur Schweizerischen Agglomerationspolitik (vgl. Ziff. 2.1.3)*

Die von der TAK am 7. Juni 2013 verabschiedete „Tripartite Strategie zur Schweizerischen Agglomerationspolitik“ plädiert für einen thematisch breiteren Zugang. Neben der Verkehrs- und Siedlungsentwicklung sollen auch gesellschafts-, umwelt- und wirtschaftspolitische Herausforderungen stärker berücksichtigt werden. Konkret empfiehlt die TAK, dass sich die Agglomerationspolitik zukünftig verstärkt Themen wie dem Städtebau und der Quartierentwicklung, der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Finanzierung und dem Ausgleich von Zentrums- und Sonderlasten widmet.

Im Januar 2013 fanden thematische Workshops statt und im März wurde ein erster Strategieentwurf auf technischer Ebene in eine Konsultation geschickt. Im April wurde die Strategie durch die Projektleitung und TTA bereinigt. Nach Verabschiedung durch die TAK wurden die Träger der TAK zur Stellungnahme eingeladen. In der Folge wertete die Geschäftsstelle die Rückmeldungen der Träger aus und bereitete die Veröffentlichung vor. Am 22. November konnte die TAK Kenntnis nehmen von den grundsätzlich positiven Rückmeldungen und gestützt darauf die Veröffentlichung beschliessen.

- *Einbezug der ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit*
Mit der Ende 2011 revidierten TAK-Vereinbarung verfolgt die TAK neu das Ziel aufzuzeigen, wie die ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit einbezogen werden können. Ein entsprechendes Projekt wurde bereits im Mai 2012 lanciert. Im Juni 2013 nahm die TAK Kenntnis von einem Zwischenbericht mit Thesen und Vorgaben für die Modelldiskussion. Im November wurden Modellüberlegungen im Rahmen eines Workshops breit diskutiert. Dabei wurden zwei mögliche Ansätze thematisiert: Entweder werden die ländlichen Räume von der TAK punktuell und situativ einbezogen oder sie werden vollumfänglich in die tripartite Zusammenarbeit integriert und die TAK in eine tripartite Konferenz weiterentwickelt. Der Schlussbericht soll der TAK im Juni 2014 unterbreitet werden. Anschliessend ist eine breite Konsultation vorgesehen.
- *Nachhaltige Siedlungsentwicklung*
Ende 2012 lancierte die TAK ein Projekt zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung. Im ersten Halbjahr 2013 wurden eine umfassende Literaturanalyse sowie eine breite Umfrage zu den positiven und negativen Einflussfaktoren einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung und zu Best Practice-Beispielen durchgeführt. Gestützt auf die Ergebnisse dieser Vorarbeiten konnten konkrete Stossrichtungen formuliert werden, die im November 2013 an einem Workshop mit Fachpersonen diskutiert wurden. Um dem Projekt eine möglichst breite Verankerung zu verleihen, waren nebst den Vertretungen der drei staatlichen Ebenen auch Repräsentanten aus den Bereichen, Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt und Wissenschaft eingeladen. Der Workshop erwies sich als sehr ergiebig. Gestützt darauf können die entwickelten Stossrichtungen weiter konsolidiert werden. Der Schlussbericht soll der TAK im Herbst 2014 unterbreitet werden.
- *Vernetzung der Akteure der Metropolitanräume*
Anfang 2013 lancierte die TAK ein Projekt zur Vernetzung der Akteure der Metropolitanräume. Im Zentrum des Projekts stand ein im Juni 2013 durchgeführter Workshop, an dem rund 50 Fachpersonen aus den Metropolitanräumen teilnahmen. In vier prioritären Handlungsfeldern (Verkehr; Raumentwicklung; Bildung / Forschung / Innovation / Wissenstransfer; Gesellschaft / Migration / Integration) wurden gemeinsame Herausforderungen der Metropolitanräume identifiziert und gestützt darauf Ideen für mögliche gemeinsame Aktivitäten herausgearbeitet. Auf der Grundlage der Diskussionsergebnisse konnten bis Ende 2013 Empfehlungen zuhanden der Träger der TAK sowie der Metropolitanräume erarbeitet werden, die im Juni 2014 der TAK unterbreitet werden.
- *TAK-Integrationsdialog*
Nach der zweiten Nationalen Integrationskonferenz von 2011 beschloss die TAK, mit privaten Akteuren, die für die Integration relevant sind, zwischen 2012 und 2016 einen vertieften Dialog zu führen.
Im Oktober 2012 lancierte die TAK den Integrationsdialog „Arbeiten“ mit der Arbeitswelt. Im Dezember 2013 konnte eine erste positive Zwischenbilanz im Dialog zwischen Staat und Wirtschaft gezogen werden. Die Partner haben ihre Zusammenarbeit insbesondere auf kantonaler und kommunaler Ebene verstärkt – dort, wo die Integration täglich stattfindet. Die Dialogprojekte der Wirtschaft (z.B. „Deutsch auf der Baustelle“) sind erfolgreich und werden zum Teil ausgeweitet.
Im November 2013 startete die TAK den Integrationsdialog „Aufwachsen - Gesund ins Leben starten“. Mit diesem Dialog will sie dazu beitragen, dass alle Kinder in der Schweiz, unabhängig von ihrer sozialen oder nationalen Herkunft, ihr Leben möglichst gesund beginnen können. Die Gesprächspartner sind die Berufsverbände jener Fachpersonen, die während der Schwangerschaft, der Geburt und der ersten Lebensjahre Kleinkinder und Eltern betreuen und beraten.

Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten (KID)

Seit 2006 führt das Sekretariat der KdK im Mandatsverhältnis die Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der kantonalen und kommunalen Integrationsdelegierten (KID). Die Geschäftsstelle dieser Fachkonferenz der KdK organisierte im Berichtsjahr insgesamt drei gesamtschweizerische Tagungen, zwei Vorstandssitzungen sowie eine Vorstandsretraite, wobei jeweils auch die inhaltliche Vor- und Nachbereitung zu ihren Aufgaben zählte. Zusätzlich nahm die Geschäftsstelle an 10 Regionalgruppentreffen in der ganzen Schweiz teil, wodurch der Informationsfluss zwischen den Regionen gefördert werden konnte.

Das Jahr 2013 stand im Zeichen der Ausarbeitung und Unterzeichnung der Kantonalen Integrationsprogramme 2014-17 (KIP). Im Rahmen der KID-Tagungen tauschten sich die Delegierten über konkrete Massnahmen aus, so beispielsweise im Bereich der Arbeitsmarktintegration von vorläufig aufgenommenen Personen und anerkannten Flüchtlingen. Aufgezeigt wurden dabei u.a. mögliche Zusammenarbeitsformen mit der Wirtschaft und den Arbeitge-

bereit. Weiter widmeten sich die Delegierten den verschiedenen Herausforderungen, die sich bei der Gestaltung der KIP ergaben (Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden, Formulierung von Indikatoren und Wirkungszielen).

Ausserdem entwarf die Geschäftsstelle zusammen mit dem Vorstand ein Arbeitsprogramm für die Jahre 2013/2014, wobei sechs Arbeitsschwerpunkte festgelegt wurden. Im Berichtsjahr wurden hiervon die Themen interinstitutionelle Zusammenarbeit, Zuwanderung und Wachstum u.a. im Hinblick auf die Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 sowie die einheimische Bevölkerung als Zielgruppe der Integration vertieft. Die KID hat sich im Berichtsjahr auch zu konkreten Gesetzes- und Verordnungsanpassungen geäussert und hat im Rahmen der Vernehmlassungen zur Anpassung der VIntA und zur Neustrukturierung des Asylbereichs je eine Stellungnahme verabschiedet.

Schliesslich nahm die KID-Geschäftsstelle an verschiedenen Tagungen und Treffen teil und leistete dabei oft auch inhaltliche Inputs: Tagungen des BFM, der EKM, der EKR, der TAK, der KoFI und der Projets urbains, an einem SODK-EDK-Forum, an der Jahrestagung der Asylkoordinator/innen sowie an einem Treffen der Integrationsdelegierten der Tourismuskantone. Ausserdem hat sich die Geschäftsstelle im Berichtsjahr regelmässig mit dem BFM zu KIP-Koordinationsstelle-Sitzungen getroffen.

03

3 Rechnung

Jahresrechnung 2013 (revidiert)

	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012
Kantonsbeiträge	3'296'000.00	3'296'000	3'296'000.00
Beiträge TAK Bund und Gemeinden	323'478.15	313'000	316'189.41
Übrige Einnahmen	63'960.00	0	30'208.54
Entnahme aus Kostenverteiler	0	126'000	0
Total Ertrag	3'683'438.15	3'735'000.00	3'642'397.95
Personal / Nebenkosten	2'746'213.50	2'830'000	2'600'762.17
Büromaterialien / Drucksachen	49'477.23	57'000	38'639.17
Räumlichkeiten / Infrastruktur	252'115.25	290'000	247'993.19
Dienstleistungen	45'683.92	64'000	43'522.49
Arbeitsgruppen / Projekte	281'143.21	330'000	486'555.03
Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)	165'217.70	150'000	154'284.05
Übrige Ausgaben	10'043.48	14'000	11'378.15
Total Aufwand	3'549'894.29	3'735'000.00	3'583'134.25
Einnahmeüberschuss	133'543.86	0	59'263.70
Guthaben Kantone 31.12.2013	1'062'881.89		

Die Jahresrechnung 2013 der KdK schliesst bei einem Aufwand von CHF 3'549'894.29 (Kantonsbeitrag CHF 3'296'000.00) mit einem Einnahmeüberschuss von CHF 133'543.86 ab, welcher gemäss Kostenverteiler dem Guthaben der Kantone zugewiesen wurde. Das Guthaben der Kantone erhöht sich dadurch auf CHF 1'062'881.89.

Die Revision der Jahresrechnung 2013 wurde am 15. April 2014 durch die Finanzkontrolle des Kantons Solothurn vorgenommen. Der Bericht der Revisionsstelle befindet sich im Anhang 5 dieses Berichts.

Kostenverteiler 2013 (gemäss Art. 14 der Vereinbarung vom 8.10.1993)

Kanton	Mittlere Wohnbevölkerung 2010	Schlüssel 2010	Kantonsbeiträge 2013
Aargau	604'329	7.67%	252'853
Appenzell AR	52'590	0.67%	22'004
Appenzell IR	15'813	0.20%	6'616
Baselland	272'506	3.46%	114'017
Baselstadt	193'627	2.46%	81'014
Bern / Berne	983'453	12.48%	411'480
Fribourg / Freiburg	278'591	3.54%	116'563
Genève	459'210	5.83%	192'135
Glarus	38'448	0.49%	16'087
Graubünden / Grischun / Grigioni	195'401	2.48%	81'756
Jura	68'860	0.87%	28'811
Luzern	375'155	4.76%	156'966
Neuchâtel	172'378	2.19%	72'123
Nidwald	40'238	0.51%	16'836
Obwald	35'202	0.45%	14'729
St. Gallen	477'196	6.06%	199'660
Schaffhausen	76'106	0.97%	31'843
Schwyz	145'209	1.84%	60'756
Solothurn	253'370	3.22%	106'011
Thurgau	246'856	3.13%	103'285
Ticino	336'896	4.28%	140'958
Uri	34'750	0.44%	14'540
Valais / Wallis	309'325	3.93%	129'423
Vaud	716'483	9.10%	299'779
Zug	111'918	1.42%	46'827
Zürich	1'383'661	17.56%	578'928
Total	7'877'571	100.00%	3'296'000

Einwohnerzahlen gemäss Wohnbevölkerung Bundesamt für Statistik

Table des matières

Avant-propos.....	39
-------------------	----

1 Organisation.....	41
1.1 Assemblée plénière.....	41
1.2 Bureau.....	42
1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques.....	43
1.4 Secrétariat.....	43

2 Activités.....	45
2.1 Points forts de travail.....	45
2.1.1 Assemblée plénière.....	45
2.1.2 Bureau.....	50
2.1.3 Prises de position.....	52
2.1.4 Collaboration Confédération/cantons.....	55
2.1.5 Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales.....	57
2.1.6 Autres dossiers.....	58
2.2 Autres activités.....	58
2.2.1 Généralités.....	58
2.2.2 Politique extérieure.....	59
2.2.3 Politique intérieure.....	61
2.2.4 Mandats.....	64

3 Comptes.....	66
-----------------------	-----------

Avant-propos

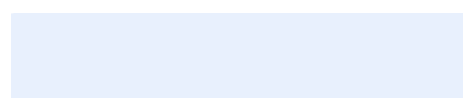
L'anniversaire des 20 ans de la Conférence des gouvernements cantonaux a été célébré le 8 octobre 2013. Conformément à la convention signée en 1993, la CdC s'est établie depuis sa création comme le porte-parole des cantons à Berne : elle promeut la formation de l'opinion entre les cantons et assure la consolidation de leurs prises de position ; elle défend leurs intérêts à tous les stades de la prise de décision à l'échelon fédéral. Et elle encourage le renouvellement et le développement du fédéralisme, à travers notamment le monitoring annuel des processus législatifs fédéraux. En cette année-anniversaire, l'Assemblée plénière de la CdC a décidé de vivre à l'heure du fédéralisme et de délocaliser ses séances, qui ont traditionnellement lieu à Berne, pour siéger dans différentes régions et pour rendre hommage à la diversité du pays : la Suisse rurale et la Suisse urbaine, la Suisse francophone, la Suisse germanophone et romanche, les montagnes et les régions de plaine, le centre et les régions frontalières.

Aujourd'hui plus que jamais, les cantons doivent parler d'une voix forte : le fédéralisme et le consensus social sont confrontés à des défis majeurs, parmi lesquels l'immigration, un sujet très présent tout au long de cette année 2013. Élaborer une politique avisée d'immigration et d'intégration des étrangers est une nécessité au regard de la concurrence mondiale entre places économiques. Mais cela ne peut se faire sans l'adhésion du peuple, raison pour laquelle les conférences intercantionales, sises à la Maison des cantons, ont décidé de resserrer leur collaboration. Premier résultat : les gouvernements cantonaux ont adopté en Assemblée plénière du 21 juin des Lignes directrices sur la politique migratoire suisse, qui s'articulent autour des piliers que sont la prospérité, la solidarité, la sécurité et l'intégration, et confirment le soutien à la libre circulation avec l'Union européenne.

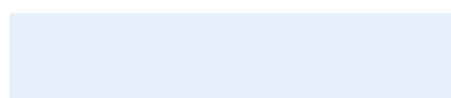
Autre temps fort de l'année : la politique européenne. Le Dialogue Europe est une plate-forme utile aux cantons qui ont ainsi l'occasion d'aborder suffisamment tôt les questions d'actualité. La dimension européenne permet d'élaborer des prises de position solidement étayées et d'agir de manière ciblée, ce qui est particulièrement important en prévision des négociations avec l'UE pour un nouvel accord cadre et des réformes internes. Le 13 décembre, l'Assemblée plénière a rendu son avis sur les lignes directrices du mandat de négociation pour un accord avec l'UE et présenté dans la foulée au Conseil fédéral des propositions concrètes de réforme destinées à améliorer la participation des cantons à la politique européenne.

La fiscalité des entreprises requiert elle aussi des réformes : en effet, l'UE critique certains modèles d'imposition cantonaux, estimant qu'ils faussent le libre jeu de la concurrence. Depuis 2012, la Suisse et l'UE mènent un « dialogue fiscal » qui a conduit la Confédération et les cantons à adapter le système d'imposition des entreprises pour défendre l'attrait de la place économique suisse, faire accepter le système fiscal sur la scène internationale et préserver les finances publiques. Une organisation de projet paritaire dédiée à la Réforme de l'imposition des entreprises (RIE) III travaille à l'élaboration de solutions communes. Les gouvernements cantonaux ont pris position à l'été 2013 sur le premier rapport intermédiaire RIE III.

La fin de l'exercice 2013 a également vu le départ du président de la CdC Pascal Broulis. Pendant 4 ans, il a présidé aux destinées de la CdC et parlé au nom des cantons ; son engagement indéfectible lui a permis d'ouvrir bien des portes. Nous tenons à l'en remercier vivement, au nom des gouvernements cantonaux et de tous les collaborateurs du Secrétariat de la CdC. Un grand merci !



Jean-Michel Cina, conseiller d'État
Président



Sandra Maissen
Secrétaire générale

01

1 Organisation

1.1 Assemblée plénière

L'organe suprême de décision de la Conférence des gouvernements cantonaux est l'Assemblée plénière, qui se réunit quatre fois par an. Chaque canton y délègue un membre de gouvernement ; c'est au gouvernement qu'il incombe de régler les modalités de sa représentation au sein de la CdC. Ont pris part aux séances de l'Assemblée plénière en 2013 les personnes suivantes :

Canton	Représentants
ZH	Ernst Stocker, conseiller d'État Regine Aeppli, conseillère d'État Martin Graf, conseiller d'État Mario Fehr, conseiller d'État
BE	Christoph Neuhaus, président de gouvernement
LU	Robert Küng, conseiller d'État Yvonne Schärli-Gerig, conseillère d'État Marcel Schwerzmann, conseiller d'État
UR	Markus Züst, conseiller d'État Heidi Z'graggen, conseillère d'État
SZ	Kurt Zibung, conseiller d'État
OW	Paul Federer, conseiller d'État Niklaus Bleiker, conseiller d'État
NW	Alois Bissig, conseiller d'État
GL	Christine Bickel, conseillère d'État
ZG	Matthias Michel, conseiller d'État
FR	Beat Vonlanthen, conseiller d'État
SO	Walter Straumann, conseiller d'État Peter Gomm, conseiller d'État

	Remo Ankli, conseiller d'État
BS	Guy Morin, président de gouvernement
	Christoph Brutschin, conseiller d'État
BL	Urs Wüthrich-Pelloli, conseiller d'État
	Anton Lauber, conseiller d'État
SH	Reto Dubach, conseiller d'État
	Ernst Landolt, conseiller d'État
AR	Jürg Wernli, conseiller d'État
AI	Daniel Fässler, landammann
SG	Willi Haag, conseiller d'État
	Heidi Hanselmann, conseillère d'État
	Benedikt Würth, conseiller d'État
GR	Mario Cavigelli, conseiller d'État
	Barbara Janom-Steiner, conseillère d'État
AG	Roland Brogli, conseiller d'État
TG	Bernhard Koch, président de gouvernement
	Kaspar Schläpfer, conseiller d'État
	Claudius Graf-Schelling, conseiller d'État
TI	Paolo Beltraminelli, président de gouvernement
	Norman Gobbi, conseiller d'État
VD	Pascal Broulis, conseiller d'État
VS	Jean-Michel Cina, conseiller d'État
NE	Claude Nicati, conseiller d'État
	Thierry Grosjean, conseiller d'État
	Alain Ribaux, conseiller d'État
GE	Pierre-François Unger, président de gouvernement
	François Longchamp, président de gouvernement
	Pierre Maudet, conseiller d'État
JU	Elisabeth Baume-Schneider, ministre
	Philippe Receveur, ministre

1.2 Bureau

Le Bureau est l'organe exécutif de la CdC. Les neuf conseillers d'État qui le composent sont issus de toutes les régions ; ce sont eux qui préparent les dossiers de l'Assemblée plénière. Selon le règlement de la CdC du 20 mars 2009, ont le droit d'être représentés au sein du Bureau la Suisse romande (deux sièges), la Suisse italienne et rhéto-romanche, la Suisse orientale, du Nord-Ouest et centrale ainsi que les cantons de Berne et de Zurich. En 2013, le Bureau de la CdC était composé comme suit :

Canton	Représentants
VD / CGSO	Pascal Broulis, conseiller d'État, président
BE	Hans-Jürg Käser, conseiller d'État, vice-président
ZH	Ernst Stocker, conseiller d'État
ZG / ZRK	Matthias Michel, conseiller d'État
AG / NWRK	Roland Brogli, conseiller d'État, jusqu'au 21 juin 2013
AI / ORK	Daniel Fässler, landammann
GR	Barbara Janom Steiner, conseillère d'État
TI	Norman Gobbi, conseiller d'État
FR / CGSO	Beat Vonlanthen, conseiller d'État
JU / NWRK	Elisabeth Baume-Schneider, ministre, depuis le 21 juin 2013

1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques

Outre ces deux organes, la CdC compte un grand nombre de commissions et de groupes de travail chargés de dossiers ou mandats spécifiques. Leur composition est détaillée à l'annexe 2 du présent rapport. La liste des délégations de la CdC au sein d'organes ou de groupes de travail nationaux ou internationaux se trouve à l'annexe 3.

1.4 Secrétariat

En vertu de la convention sur la CdC, la conférence dispose d'un secrétariat permanent. Lors de l'assemblée constitutive de la CdC, la gestion du secrétariat a été confiée à la Fondation ch pour la collaboration confédérale, qui avait aussi joué un rôle déterminant dans la création de cette institution. La Fondation ch gère donc le Secrétariat de la CdC et sa directrice, Sandra Maissen, assume dans le même temps la fonction de secrétaire générale de la conférence.

Fin 2013, le Secrétariat de la Conférence des gouvernements cantonaux comptait 29 collaborateurs pour 21.8 équivalents temps plein. Il occupe 25 personnes à la Maison des cantons à Berne et 4 au secrétariat de la Fondation ch à Soleure. Les collaborateurs des Services généraux travaillent aussi bien pour le Secrétariat CdC que pour l'exploitation de la Maison des cantons et la Fondation ch. Un nouveau poste a été créé (stagiaire scientifique dans le domaine de la Politique extérieure CdC) et le taux d'occupation d'un poste augmenté (collaboratrice scientifique dans le domaine de la Politique intérieure CdC).

Fin septembre, Walter Moser, représentant des cantons dans le projet de Nouvelle péréquation financière (RPT), est parti à la retraite. C'est à son successeur Christian Gobat, aux compétences avérées en matière de finances, qu'a été confiée la suite de la mise en œuvre du projet.

L'organigramme de la CdC se trouve à l'annexe 1 du rapport.

Effectif au 31 décembre 2013

Secrétaire générale

- Sandra Maissen

Personnel

- Beatrice Müller, responsable

Finances

- Monika Zanon, responsable
- Rosmarie Bäumlér, spécialiste en finances

Services généraux / Exploitation de la Maison des cantons

- Daniel Arber, chef de service
- Patrick Bergen, traducteur
- Christine Bonvin, traductrice
- Daniel Bühler, informaticien
- Manuela Furrer, collaboratrice Secrétariat MdC/CdC
- Jolanda Harisberger, collaboratrice Secrétariat MdC/CdC
- Pascale Prisset, responsable du Service linguistique
- Jonas Radelfinger, collaborateur Secrétariat MdC/CdC
- Céline Randier, traductrice
- Martin Rosenfeld, chef de projets

Politique extérieure CdC

- Roland Mayer, chef de service, secrétaire général adjoint
- Ursula Blumer, chargée d'information des cantons à la Direction des affaires européennes DAE/DFAE, suppléante du chef de service
- Réto Gasser, représentant des cantons auprès du DFJP
- Luca Gobbo, stagiaire scientifique
- Roland Krimm, chargé d'information des cantons près la Maison de la Suisse auprès de l'UE à Bruxelles
- Monika Tschumi, collaboratrice scientifique, suppléante de la chargée d'information des cantons à la Direction des affaires européennes DAE/DFAE

Politique intérieure CdC / Coordination

- Thomas Minger, chef de service
- Nicole Gysin, collaboratrice scientifique, suppléante du chef de service
- Nadine Eckert, collaboratrice scientifique
- Christian Gobat, responsable RPT (depuis le 1er janvier 2014)
- Carmen Grand, collaboratrice scientifique
- Aline Masé, collaboratrice scientifique / assistante personnelle de la secrétaire générale
- Denise Pezzatti, stagiaire scientifique, collaboratrice scientifique (sup.)
- Christine Winkelmann, collaboratrice scientifique

Mandats ponctuels / Projets

- Walter Moser, service RPT (jusqu'au 31 mars 2014)

Ancienneté

Thomas Minger, 15 ans

Départ à la retraite

Walter Moser, à compter du 30 septembre 2013.

Walter Moser a accepté d'assurer la mise au courant du nouveau responsable RPT jusqu'à la fin mars 2014.

02

2 Activités

2.1 Points forts de travail

2.1.1 *Assemblée plénière*

Au cours de l'exercice 2013, l'Assemblée plénière s'est réunie en séance ordinaire les 22 mars, 21 juin, 27 septembre et 13 décembre et le 1er février en séance extraordinaire. Hormis diverses prises de position (cf. chap. 2.1.3), elle a traité plusieurs dossiers-clés :

Généralités

Les 20 ans de la CdC

En 2013, la CdC a fêté ses 20 ans d'existence. Depuis 1993, elle promeut la collaboration entre les cantons et fait valoir leurs intérêts en matière de politique fédérale. L'Assemblée plénière du 30 septembre 2011 a décidé de célébrer cet anniversaire dans un cadre sobre et approuvé le concept des activités le 16 décembre 2011, avant d'octroyer un crédit de CHF 60'000.- à charge de la clé de répartition.

Pour mettre à l'honneur l'esprit du fédéralisme, les quatre assemblées plénières n'ont pas eu lieu à Berne mais dans quatre régions du pays : à Scuol (canton GR), à Appenzell et Teufen (cantons AI/AR), à Genève (canton GE) et à Lucerne (Suisse centrale). Les cantons hôtes ont offert un programme culturel haut en couleurs.

Le 3 octobre, une conférence de presse a été organisée à la Maison des cantons. Les sujets abordés portaient notamment sur les défis qui attendent les cantons ces prochaines années, sur l'évolution de la politique européenne et sur le fédéralisme. Éditée par Stämpfli Verlag, la brochure « Les 20 ans de la CdC », qui a paru dans la collection PIFF de l'Institut du fédéralisme (« Publications de l'Institut du fédéralisme Fribourg/Suisse »), est un recueil d'articles en plusieurs langues touchant à la politique, à la société et à la science.

Enfin, la cérémonie officielle du 8 octobre a marqué l'anniversaire du jour de fondation de la CdC en présence de 220 invités du monde politique, de l'économie et de la société civile réunis au Kulturkasino de Berne. Ont pris la parole le

président de la CdC, le président du Conseil des États Filippo Lombardi, le président de la Confédération, Ueli Maurer, et le président du gouvernement du canton de Berne.

Immigration, migration et intégration : adoption de lignes directrices communes

En octobre 2012, l'état-major intercantonal « Immigration, migration et intégration » a entamé l'élaboration de lignes directrices sur l'immigration, la migration et l'intégration, à l'instigation des présidences de la CdC et des conférences des directeurs. Ces lignes directrices doivent servir de base de décision politique et permettre d'arrêter une position cohérente en la matière.

Après avoir été débattues lors des colloques présidentiels CdC/Conférences des directeurs des 24 et 25 janvier 2013 et du Bureau de la CdC du 8 février, les lignes directrices ont été soumises aux gouvernements cantonaux le 11 février 2014 pour consultation et prise de position.

L'Assemblée plénière du 22 mars a donné lieu à une discussion au cours de laquelle les représentants des cantons ont abordé 77 avis et propositions de révision parfois très détaillés rendus par les gouvernements cantonaux. Dans un premier temps, l'Assemblée n'a arrêté de décision que sur les propositions non contestées avant de charger le Secrétariat de procéder à un examen de fond des autres propositions, conjointement avec l'État-major.

L'Assemblée plénière du 21 juin a abordé les propositions en suspens, avant d'adopter les Lignes directrices des cantons sur la politique migratoire. Les gouvernements cantonaux y revendiquent une politique migratoire reposant sur les piliers que sont la prospérité, la solidarité, la sécurité et l'intégration. Ils y défendent en particulier le système dual d'admission, estimant que la libre circulation des personnes pour les citoyens UE/AELE a prouvé son utilité. Raison pour laquelle ils soutiennent l'accord sur la libre circulation des personnes avec l'UE et mettent en œuvre de manière conséquente les mesures d'accompagnement. Ils entendent encourager et exiger encore plus activement l'intégration des étrangers afin de renforcer la cohésion sociale.

Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons

Le groupe de travail commun Confédération-cantons chargé de mettre au point des propositions pour améliorer la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons a présenté son rapport final du 13 février 2012 lors du Dialogue confédéral, qui a eu lieu le 16 mars de la même année. Se félicitant des mesures proposées, le Conseil fédéral et les gouvernements cantonaux ont décidé que chacun en assurerait la mise en œuvre dans son domaine.

Suite à la décision du 28 septembre 2012 de l'Assemblée plénière de renforcer le réseau des responsables cantonaux en matière de législation, le groupe de travail Mise en œuvre du droit fédéral a tenu sa première séance le 14 mai 2013 et institué un comité de cinq membres. Réuni pour la première fois en septembre 2013, ce comité a arrêté les travaux prioritaires à mettre en chantier : 1) confier à un expert externe une étude scientifique sur les formes et les procédures permettant d'associer les cantons dès le début du processus législatif fédéral ; 2) participer à l'élaboration des dispositions d'exécution relatives à la loi fédérale sur la procédure de consultation révisée ; 3) mettre au point un questionnaire standard afin de clarifier les questions de mise en œuvre dans le cadre de la consultation ; 4) élaborer et définir un processus standard pour une planification commune de la mise en œuvre entre la Confédération et les cantons, notamment concernant l'entrée en vigueur.

Le Dialogue confédéral du 8 novembre 2013 a permis d'évaluer l'avancement des travaux de mise en œuvre des propositions du 13 février 2012. Le constat s'étant avéré globalement positif, il a été décidé de renouveler l'exercice lors des prochains Dialogues confédéraux. Le 13 décembre, l'Assemblée plénière a pris acte de la décision du Bureau du 8 novembre d'approuver le mandat du groupe de travail Mise en œuvre du droit fédéral et d'habiliter le Secrétariat à confier à un expert externe une étude scientifique portant sur l'association des cantons dès le début du processus législatif fédéral.

Le 25 octobre 2012, la Commission des institutions politiques du Conseil des États (CIP-CE) avait auditionné une délégation des cantons concernant les propositions du groupe de travail touchant le Parlement. Suite à cette séance, la CIP-CE avait déposé l'initiative parlementaire « Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons » (12.486), par laquelle elle entendait élaborer des propositions destinées à améliorer la participation des cantons à la procédure législative parlementaire et à examiner les propositions formulées dans le rapport du groupe de travail du 13 février 2012, pour peu que la Commission des institutions politiques du Conseil national (CIP-CN) la suive dans ses conclusions. Celle-ci ayant malheureusement refusé d'y donner suite, la CIP-CE l'a retirée fin avril 2013.

Politique européenne - questions institutionnelles

Le 21 août 2013, le Conseil fédéral a approuvé les lignes directrices du projet de mandat de négociation en vue d'un accord avec l'UE visant à régler les questions institutionnelles. Par courrier du 26 août, le chef du DFAE a soumis aux cantons les orientations prévues dans le mandat en fixant au 13 décembre le délai pour prendre position.

Il a été décidé par la suite de procéder en deux étapes. Le 27 septembre, l'Assemblée plénière a mené une première discussion de fond en présence du chef du DFAE. Les gouvernements cantonaux se sont dits favorables à l'orientation générale d'un premier projet de position commune et ont arrêté une première décision sur les options envisageables pour l'organisation future des relations institutionnelles avec l'UE. Partant de cela, le Secrétariat a remanié le projet de position commune avant de le renvoyer aux gouvernements cantonaux pour appréciation.

Lors de l'Assemblée plénière du 13 décembre, les gouvernements cantonaux ont adopté une position commune sur les directives de négociation du Conseil fédéral et donné leur approbation aux objectifs et aux orientations générales pour les négociations proposées par le Conseil fédéral pour régler les questions institutionnelles avec l'UE.

Politique européenne - réformes internes

Les gouvernements cantonaux ont déclaré dans leurs états des lieux en politique européenne des 25 juin 2010 et 24 juin 2011 que l'approbation d'un nouvel approfondissement des relations avec l'UE était subordonnée à la réalisation simultanée d'une série de réformes internes.

Sur la base des études menées par le groupe de travail EuRéfCa et de son rapport, les gouvernements cantonaux ont concrétisé leurs points de vue lors de l'Assemblée plénière du 13 décembre. Ils ont demandé que la loi fédérale sur la participation des cantons à la politique extérieure de la Confédération (LFPC) soit adaptée et prenne mieux en compte leurs requêtes :

- Obtenir une obligation générale d'information de la part de la Confédération, cette information devant en outre intervenir sans délai afin que les cantons puissent effectivement influencer encore le processus de décision politique de la Confédération.
- Faire figurer dans la loi un délai réglementaire de trois mois pour le dépôt des positions cantonales. Une réduction du délai ne doit être possible qu'en cas d'urgence, motivation écrite à l'appui.
- Renforcer le poids des prises de position cantonales lorsqu'il est question de projets de politique européenne affectant ou susceptibles d'affecter à l'avenir les compétences des cantons, sans toutefois limiter de manière disproportionnée la capacité d'action de la Confédération en matière de politique européenne.

Négociations sur l'électricité avec l'UE

En collaboration étroite avec la CDEn, l'Assemblée plénière a suivi de près les développements intervenus dans les négociations avec l'UE en vue d'un accord sur l'électricité, notamment les questions en lien avec les « politiques horizontales » (aides d'État, législation environnementale, etc.).

Dialogue fiscal avec l'UE

Partant des analyses et des évaluations établies par le groupe de travail Questions financières et fiscales de la CdC et par la CDF, l'Assemblée plénière a suivi les développements intervenus dans le dialogue en cours avec l'UE sur les questions de fiscalité des entreprises. Lors de l'Assemblée plénière du 27 septembre, les gouvernements cantonaux ont précisé leur position sur le mandat de dialogue du Conseil fédéral pour que les discussions avec l'UE tiennent compte de ces développements.

Libre circulation des personnes

Lors de l'Assemblée plénière du 22 mars, les gouvernements cantonaux ont débattu d'une position commune envisageable sur la question du renouvellement et du recours à la clause « de sauvegarde » telle que prévue par l'Accord sur

la libre circulation des personnes avec l'UE (ALCP), dans le but de limiter l'immigration, à titre transitoire. Le quorum de 18 voix prévu dans les statuts de la CdC n'ayant pas été atteint, la position commune n'a pas abouti. Par contre, lors de l'Assemblée plénière du 13 décembre, les gouvernements cantonaux ont réitéré leur soutien à la politique migratoire suisse. Ils ont affirmé leur opposition à l'initiative populaire « Contre l'immigration de masse » et soutenu l'extension de l'accord sur la libre circulation des personnes à la Croatie.

Deuxième examen périodique universel (EPU) de la situation des droits de l'homme en Suisse

Le Conseil des droits de l'homme de l'ONU examine à intervalles réguliers la situation générale des droits de l'homme dans les États membres. À cette fin, chaque État présente les mesures sur son territoire. Partant du rapport national, d'informations des organisations non-gouvernementales (ONG) et des discussions menées lors de la présentation du rapport, le Conseil des droits de l'homme élabore des recommandations à l'attention de l'État concerné, qui peut les accepter ou les refuser et prendre position.

La Suisse ayant rendu son rapport en 2012 et déjà pris position sur un certain nombre de recommandations, la CdC a été invitée par courrier du 15 novembre 2012 à se prononcer jusqu'au 1er février de l'année suivante sur les recommandations qui touchent les cantons.

Le 1er février, lors d'une assemblée plénière extraordinaire, les gouvernements cantonaux ont adopté une position consolidée au terme d'une vaste procédure de consultation portant sur 35 recommandations.

Politique intérieure

Stratégie énergétique 2050

Fin septembre 2012, le Conseil fédéral a mis la Stratégie énergétique 2050 en consultation, le délai de réponse ayant été fixé à la fin janvier 2013. Défi de taille pour les cantons, ce projet touche des questions liées à la répartition des compétences fédérales et cantonales. Au vu de l'importance des enjeux et pour répondre à une demande de la Conférence des directeurs cantonaux de l'énergie (CDEn), en charge du dossier, le Bureau de la CdC a convoqué une assemblée plénière extraordinaire, le 1er février 2013, pour arrêter une position commune sur la Stratégie énergétique 2050.

Début janvier, l'Assemblée générale de la CDEn a adopté un projet de position finalisé, constituant la base de la position des cantons sur la Stratégie énergétique 2050. Les gouvernements cantonaux ont ensuite été invités à communiquer à la CdC pour la fin janvier 2013 leurs propositions visant à modifier ou compléter ce projet de prise de position. Après finalisation, la position commune des cantons sur la Stratégie énergétique 2050 a été adoptée le 1er février lors de l'Assemblée plénière extraordinaire (cf. chap. 2.1.3).

Le message du Conseil fédéral du 4 septembre 2013 relatif au premier paquet de mesures de la Stratégie énergétique 2050 a pris en compte des points importants soulevés par les cantons lors de la consultation. Des divergences de taille subsistent toutefois dans des domaines qui relèvent de la compétence des cantons, à savoir l'efficacité énergétique des bâtiments et la planification territoriale en vue de l'utilisation du potentiel des énergies renouvelables. Les cantons suivront attentivement les délibérations du Parlement sur ce projet via la CDEn.

Consultation sur le projet de révision partielle de la loi sur la consultation (LCo)

Le 21 novembre 2012, la Chancellerie fédérale lançait la procédure de consultation sur la révision partielle de la loi sur la consultation (LCo). Fin mars 2013, les gouvernements cantonaux ont adressé une position commune à la chancellerie de la Confédération (cf. chap. 2.1.3) et l'ont priée, à cette occasion, d'associer le moment venu des représentants des cantons aux travaux de rédaction de la réglementation d'exécution de la LCo, la Chancellerie ayant omis de le faire pour le projet de loi. De manière générale, les cantons ont affirmé se rallier à la volonté du Conseil fédéral de réviser la LCo et souligné la nécessité de remanier le projet en tenant compte de leurs requêtes.

Dans son message du 8 novembre 2013 à l'attention des Chambres fédérales, le Conseil fédéral a repris certaines propositions des cantons, à savoir la suppression des consultations par voie de conférence et celle de la procédure d'audition. Néanmoins, le message fait l'impasse sur quelques amendements importants proposés par les cantons :

renforcer le principe selon lequel il revient au Conseil fédéral de lancer les consultations, prolonger les délais de consultation et faire clairement figurer cet élément dans la loi. Les cantons estiment aussi que les documents mis en consultation doivent être disponibles dans les trois langues officielles avant l'ouverture de la procédure. La CdC entend faire valoir ces points dans le cadre des débats parlementaires.

3e réforme de l'imposition des entreprises (RIE III)

En décembre 2013, le Conseil fédéral a mis en consultation auprès des cantons, de la CDF et de la CdC, le Rapport de l'organe de pilotage sur les mesures destinées à renforcer la compétitivité fiscale de la Suisse. Les mesures proposées doivent permettre d'aligner les réglementations helvétiques sur celles de l'OCDE et de l'UE. Les principales recommandations proposées concernent l'introduction de nouvelles réglementations pour les revenus provenant d'activités mobiles, la réduction des taux cantonaux d'imposition du bénéfice et la suppression de la charge fiscale dans le but de renforcer globalement l'attrait économique de la Suisse.

Ce rapport découle des travaux menés par les entités composant l'organisation de projet, soit l'Organe de pilotage et l'Organe de gestion. La Conseillère fédérale Eveline Widmer-Schlumpf a présidé l'Organe de pilotage qui comprenait des représentants de la Confédération et des cantons. La CdC a été associée à l'élaboration du rapport mis en consultation par l'intermédiaire du conseiller d'État Roland Brogli (AG), en tant que membre de l'Organe de pilotage, et la Secrétaire générale Sandra Maissen, au sein de l'Organe de gestion.

Cette 3e réforme de l'imposition des entreprises déploie de forts enjeux pour les cantons sur les plans économique (préserver l'attractivité de la Suisse pour les entreprises) et financier (réduction des rentrées fiscales). Elle impliquera également, à terme, d'adapter le système de péréquation financière (RPT) de façon à prendre en considération les adaptations apportées à la fiscalité des entreprises.

La CdC a pris position sur le Rapport intermédiaire portant sur les mesures visant à renforcer la compétitivité fiscale de la Suisse (3e réforme de l'imposition des entreprises) par le biais de la prise de position adoptée lors de la séance du 21 juin 2013 de l'assemblée plénière (cf. chap. 2.1.3).

Révision partielle de la loi fédérale sur les étrangers

Le 8 mars, le Conseil fédéral a adopté le message sur la révision de la loi sur les étrangers qui portera dorénavant le nom de « loi fédérale sur les étrangers et l'intégration » afin de souligner l'importance sociale de l'intégration. Les révisions proposées concernent les dispositions relatives au séjour, au regroupement familial et à l'intégration. En 2012 déjà, dans le cadre de la consultation, la CdC avait formulé des exigences majeures qui ont été largement prises en compte. Le projet présenté au Parlement comportait quelques modifications importantes par rapport à celui mis en consultation. En vue des délibérations au Parlement, les cantons ont procédé à un nouvel examen détaillé des modifications. En mai 2013, le Secrétariat de la CdC a soumis les questions centrales aux gouvernements cantonaux. Sur la base de leurs réponses, l'Assemblée plénière du 21 juin 2013 a adopté une position consolidée sur le projet du Conseil fédéral.

Le 15 août, la Commission des institutions politiques du Conseil des États (CIP-E) a entamé ses délibérations et reçu à cette occasion une délégation de la CdC. Après avoir auditionné les cantons, la CIP-E a apporté d'importantes modifications au projet. Ainsi, la formulation « s'il est prévisible que l'intégration évoluera défavorablement » est remplacée par la notion de « besoins d'intégration particuliers », comme l'avait proposé la CdC. En outre, le Conseil fédéral a été tenu de procéder à une audition des cantons sur les groupes-cibles concernés par l'encouragement de l'intégration.

L'objet a été débattu au sein du Conseil des États le 11 décembre, puis transmis au Conseil national. La proposition de la minorité soutenue par les cantons, demandant de biffer l'article 33 alinéa 4, n'a pas passé la rampe du Conseil des États. Le Conseil fédéral et le Conseil des États tiennent au système selon lequel le degré d'intégration du demandeur doit être examiné lors de l'octroi et de la prolongation de l'autorisation de séjour pour en fixer la durée de validité.

Votation populaire du 24 novembre 2013 sur la modification de la loi sur la vignette autoroutière

Au printemps 2013, les Chambres fédérales ont adopté l'arrêté fédéral sur le réseau des routes nationales (arrêté sur le réseau) qui prévoit l'intégration dans le réseau national de 400 kilomètres de tronçons cantonaux. Leur exploitation,

entretien et extension relèveront donc à l'avenir de la Confédération. Sur proposition du Conseil fédéral, les Chambres ont adopté dans le même temps une modification de la loi concernant les redevances pour l'utilisation des routes nationales (LVA) : augmenter le prix de la vignette autoroutière à 100 francs afin de garantir le financement de l'arrêté sur le réseau. Il s'agissait ainsi d'établir un lien entre les deux objets. L'arrêté sur le réseau des routes n'entrerait en vigueur qu'une fois l'augmentation de la vignette acceptée en votation populaire.

Un référendum a été lancé contre l'augmentation de la vignette autoroutière. En vue de la votation populaire du 24 novembre, la Conférence des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement (DTAP), en charge du dossier, a demandé à la CdC une prise de position des cantons. Elle estime en effet que le projet revêt une importance cruciale pour les cantons, tant sous l'angle de la politique financière que de la politique des transports, et considère que le nouvel arrêté sur le réseau est urgent et nécessaire, le tracé actuel ayant été conçu en 1960 et ne répondant plus aux exigences de l'économie et de la société.

Le financement de l'arrêté sur le réseau par l'augmentation de la vignette était, selon la DTAP, justifié. La CdC a suivi l'argumentation de la DTAP et l'Assemblée plénière du 27 septembre s'est prononcée pour l'acceptation du texte soumis à votation. Il a toutefois été rejeté par le peuple. Malgré le rejet de l'augmentation du prix de la vignette, la CdC continuera à s'engager avec la DTAP en faveur de l'arrêté sur le réseau.

2.1.2 Bureau

Durant l'année sous revue, le Bureau s'est réuni les 8 février, 16 mai, 30 août et 8 novembre. Outre la préparation des affaires de l'Assemblée plénière, il s'est également occupé des dossiers ci-après :

Généralités

Collaboration politique CdC - conférences des directeurs

La question de l'amélioration de la collaboration au niveau politique a été l'objet de discussions en 2013 tant dans le cadre des rencontres des présidences (cf. chap. 2.1.5) que du Bureau de la CdC. La collaboration technique entre les conférences s'est nettement améliorée ces dernières années grâce à la Maison des cantons (MdC), à la Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoseCo) et à la Réglementation-cadre CdC-conférences des directeurs du 28 septembre 2012.

Les discussions ont permis de dégager l'approche suivante : si le Bureau examine le dossier d'une conférence des directeurs, la présidence de la conférence ou un membre de son comité devra à l'avenir être invité à la réunion, à moins que cette conférence soit déjà représentée au sein du Bureau par un membre de son comité. Cette approche fournit une solution pragmatique en cas de divergences concernant l'application de la convention-cadre ou la coordination technique entre les conférences.

Conférence des cantons en matière de protection des mineurs et des adultes (COPMA) : nouveau positionnement

En juillet 2012, la Conférence des cantons en matière de protection des mineurs et des adultes (COPMA) avait demandé au Bureau de la soutenir en vue de son positionnement dans le cadre du nouveau droit de la protection de l'enfant et de l'adulte devant entrer en vigueur le 1er janvier 2013. Suite à un échange de correspondance et à un entretien avec une délégation de la COPMA, le 30 août 2013, le Bureau a émis des critiques sur la structure d'organisation et proposé d'améliorer l'assise de la conférence dans le paysage intercantonal. Il a aussi souhaité un changement de dénomination permettant d'établir clairement que la conférence ne s'exprime pas au nom des gouvernements cantonaux mais des autorités de surveillance qui y sont représentées.

La COPMA a annoncé dans la foulée avoir procédé à un changement de dénomination, sans remanier toutefois son mode d'organisation. Elle estime que son statut mixte qui regroupe des représentants des pouvoirs exécutif et judiciaire, a fait ses preuves, d'autant que la surveillance du droit de la protection de l'enfant et de l'adulte diffère d'un

canton à l'autre. Le 8 novembre 2013, le Bureau s'est rallié à la volonté exprimée par la COPMA. Sa position particulière requiert néanmoins une collaboration étroite avec les conférences des directeurs concernées, en particulier avec la CDAS et la CCDJP.

Politique extérieure

Forum régional AELE

Lors de l'Assemblée plénière du 25 septembre 2009, les gouvernements cantonaux avaient décidé de renoncer à participer au Forum AELE des collectivités publiques locales et régionales (ci-après « Forum AELE »). À la demande des membres norvégiens et islandais du forum, qui tenaient à une participation des cantons, le président de la CdC avait reçu le 3 décembre 2012 la présidente et le vice-président du forum AELE pour un échange de vues et leur avait proposé de revenir sur ce dossier et de l'examiner au sein des organes compétents de la CdC.

Au cours de l'exercice 2013, le Bureau a chargé le Secrétariat d'examiner un certain nombre de points : clarifier l'opportunité d'assumer un rôle d'observateur au sein du Forum AELE et déterminer qui pourrait y représenter les cantons et selon quelles modalités. Ce sondage n'avait encore pas abouti à la fin de l'exercice.

Politique intérieure

Programme de consolidation et de réexamen des tâches de la Confédération (CRT)

Le 19 décembre 2012, le Conseil fédéral a adopté le message sur le CRT qui propose des mesures d'allègement à court terme pour économiser chaque année quelque 700 millions de francs entre 2014 et 2016. Selon le Conseil fédéral, les domaines relevant des tâches communes ont été le plus possible exclus du CRT et la charge supplémentaire à supporter par les cantons ne devrait pas dépasser les 10 millions de francs.

La CdC s'est investie en 2012 dans la consultation, avant de poursuivre en 2013 avec les délibérations au Parlement. Alors que le Conseil des États entendait entrer en matière, le Conseil national a décidé à deux reprises de renvoyer le CRT au Conseil fédéral, balayant ainsi le projet. Au Conseil fédéral donc de réexaminer le dossier et d'élaborer un nouveau programme d'économies avec plusieurs scénarios.

Selon le DFF, les déficits structurels pourraient atteindre 300 millions ces prochaines années. Le Conseil fédéral ne pourra pas se passer de mener un nouveau débat sur les mesures d'économies avec, pour les cantons, de nouvelles incertitudes, assorties de nouveaux risques. Il convient de suivre attentivement ce dossier.

Consultation sur la révision de la loi sur l'asile (restructuration du domaine de l'asile)

Dans le cadre de la consultation sur les mesures proposées en vue de la restructuration du domaine de l'asile, la CdC a été invitée en juin 2013, à présenter un co-rapport à l'attention du Comité de la CCDJP, responsable de ce dossier. Le but premier de cette révision était de permettre d'accélérer la procédure d'asile, de sorte que 60% des demandes puissent faire l'objet d'une procédure rapide dans les centres fédéraux. Le projet prévoit également d'instaurer une procédure d'approbation des plans relevant du droit fédéral qui permette à la Confédération de réagir rapidement en mettant en place de nouveaux centres.

Le Bureau a approuvé sur le fond les adaptations prévues, en rappelant que les cantons visent depuis des années une accélération des procédures. Ils escomptent aussi être soutenus dans les secteurs de l'hébergement, de la santé, de la formation et de la sécurité. Ils souhaitent par ailleurs être associés à la planification et demandent que les règles de construction, tout comme celles régissant les zones et les affectations, soient respectées. Il convient enfin de ne pas perdre de vue que l'exécution des renvois continuerait de relever de la responsabilité du canton d'accueil d'un centre fédéral et que la Confédération serait tenue d'indemniser l'excédent de charges qui en résulterait.

En matière de politique d'intégration des étrangers, le Bureau a également relevé avec satisfaction que les demandes d'asile feront dorénavant l'objet d'une décision plus rapide. C'est précisément en cas d'issue positive qu'il sera pos-

sible de prendre des mesures d'intégration à un stade plus précoce de la procédure, un élément favorable à l'intégration. Ceci a pour résultat de réduire à plus long terme les coûts sociaux incombant aux cantons et aux communes.

2.1.3 *Prises de position*

Pour être adoptées, les prises de position de la CdC requièrent une majorité qualifiée des voix de 18 gouvernements cantonaux au moins. Le droit des cantons à prendre position individuellement reste garanti.

Prises de position dans le cadre de consultations concernant des actes législatifs importants (selon art. 147 Cst.)

Stratégie énergétique 2050 du Conseil fédéral

Réunie en Assemblée plénière extraordinaire le 1er février 2013, la CdC a adopté une position commune sur la Stratégie énergétique 2050 de la Confédération (cf. chap. 2.1.1), les gouvernements cantonaux estimant qu'il y a lieu d'en soutenir les principes. La mise en œuvre devra cependant davantage reposer sur des instruments de pilotage axés sur l'économie de marché. En effet, la politique énergétique doit, selon les gouvernements cantonaux, s'inscrire dans une optique de marché, et ce, dès le début. Ce n'est qu'ainsi que pourra être obtenue une transformation économiquement viable des structures d'approvisionnement. Le projet du Conseil fédéral ne répond pas suffisamment à cette attente et ne prévoit cette nouvelle orientation qu'à partir de 2020. En fixant une limite dans le temps pour la rétribution à prix coûtant du courant injecté (RPC), il sera possible de montrer qu'une politique énergétique axée sur le marché est poursuivie dès la première étape.

Les gouvernements cantonaux prônent par ailleurs une politique énergétique fédéraliste. Conscients des défis qui les attendent, les cantons ont entrepris la révision du Modèle de prescriptions énergétiques des cantons (MoPEC). Ils sont également prêts à prendre en compte dans leur planification directrice les infrastructures énergétiques ayant un impact sur le territoire et à améliorer les conditions de planification. Ils refusent en revanche l'instauration de nouvelles compétences fédérales en matière d'aménagement du territoire.

Enfin, il s'agit de poursuivre dans sa forme actuelle le Programme Bâtiments, qui court jusqu'à la fin 2019 et qui est bien rodé. Un changement de système n'est, en l'état actuel, pas opportun car il est impossible de dire si la taxe CO2 sera remplacée, à partir de 2020, par un nouveau système d'incitation orienté marché. Pour des questions de principes, les cantons rejettent les incitations fiscales proposées par le Conseil fédéral en matière d'efficacité énergétique des bâtiments. Selon l'article 89 al. 4 de la Constitution fédérale, ce domaine relève de la compétence des cantons.

Consultation sur le projet de révision partielle de la loi sur la consultation

L'Assemblée plénière du 22 mars 2013 a adopté une position commune sur le projet de révision partielle de la loi sur la consultation (LCo). Le projet du Conseil fédéral prend en considération nombre de critiques et de demandes formulées par les cantons à l'encontre de la procédure de consultation en vigueur. Favorables notamment à la suppression de la procédure d'audition, les cantons soutiennent la révision qui va, selon eux, dans la bonne direction. La distinction actuelle entre consultation et audition s'est révélée peu praticable. Cependant, pour éviter que les mécanismes de l'audition ne soient réintroduits par la petite porte, il convient de les supprimer de manière cohérente.

Les cantons demandent également que la délégation de la compétence d'ouvrir une procédure de consultation à l'office fédéral responsable soit supprimée. Cette délégation ouvrirait la porte à une panoplie de consultations des offices aux pratiques les plus diverses et à un trop grand nombre de partenaires pour les cantons. Les objectifs principaux visés par le projet, en particulier la simplification, l'uniformisation, la cohérence et la transparence de la procédure de consultation, seraient sérieusement compromis.

Par ailleurs, l'exécution ultérieure du droit fédéral doit déjà être traitée au stade de la consultation. Un acte législatif qui ne peut pas être appliqué est sans effet. C'est la raison pour laquelle il convient d'accorder un poids spécifique

aux prises de position des cantons dès lors que les projets de la Confédération touchent à leurs intérêts ou doivent être mis en œuvre ultérieurement par eux.

Des délais trop courts rendent difficile l'élaboration de prises de position substantielles, avec le risque que les objectifs d'une consultation ne puissent pas être réalisés. C'est la raison pour laquelle les cantons demandent que le délai de consultation ordinaire soit prolongé de quatre semaines pendant les vacances d'été et de deux semaines pendant les vacances d'automne, à Noël et à Pâques. Un raccourcissement des délais ne doit être autorisé que dans des cas d'urgence dûment motivés. Les documents mis en consultation doivent être disponibles dans les trois langues officielles avant l'ouverture de la procédure de consultation. La livraison ultérieure des traductions, alors que la consultation a déjà démarré, raccourcit les délais et remet souvent en question l'examen approfondi d'un projet.

Les cantons déplorent cependant de ne pas avoir été associés suffisamment tôt à l'élaboration de l'avant-projet. Il aurait été indiqué d'impliquer les cantons dès le début des travaux de révision de la LCo, compte tenu de l'importance de la procédure de consultation pour la formation de l'opinion politique au niveau fédéral et pour le processus législatif en général, et afin d'assurer de la faisabilité de la mise en œuvre.

Adaptation de l'ordonnance sur l'intégration des étrangers (OIE)

Lors de la consultation sur différentes adaptations d'ordonnances concernant la révision de la loi sur l'asile du 14 décembre 2012, la CdC a constaté des divergences entre les principes convenus dans le document-cadre du 23 novembre 2011 et les adaptations proposées dans l'OIE (concernant notamment les modalités de financement). La CCDJP, qui pilote la procédure de consultation, ne s'étant prononcée que sur l'ordonnance relative à l'exécution du renvoi et de l'expulsion d'étrangers (OERE), la CdC s'est exprimée dans une position séparée sur les adaptations prévues pour l'OIE.

Dans leur position du 27 septembre, les gouvernements cantonaux ont signalé les divergences au DFJP tout en se félicitant des adaptations proposées. L'introduction de conventions de programme Confédération-cantons dans le domaine de l'encouragement spécifique de l'intégration et de programmes d'intégration cantonaux (PIC) qui en découlent a rendu ces adaptations nécessaires ; celles-ci reflètent d'ailleurs, au niveau d'une ordonnance, les principes établis dans le document-cadre du 23 novembre 2011 sur la collaboration entre la Confédération et les cantons.

Prises de position dans le cadre de la participation au processus de décision sur le plan fédéral (art. 45 Cst.)

3e réforme de l'imposition des entreprises (RIE III)

L'Assemblée plénière du 21 juin a adopté une position commune sur le rapport intermédiaire relatif aux mesures destinées à renforcer la compétitivité fiscale de la Suisse (RIE III). Les gouvernements cantonaux considèrent que l'adaptation du régime fiscal des entreprises est nécessaire pour préserver la compétitivité sur le plan international. Le rapport pointe selon eux les problématiques et démontre que la réforme de la fiscalité des entreprises requiert des solutions relevant non seulement de la politique fiscale mais aussi de la politique financière. Le document mis en consultation constitue donc une bonne base pour la suite des travaux.

Dans leur prise de position, les cantons soutiennent, sur le principe, les propositions destinées à remplacer les régimes spéciaux pour les facteurs économiques mobiles par de nouveaux allègements pour certaines activités, à réduire les taux d'imposition cantonaux sur le bénéfice et à renforcer l'attrait général de la place économique suisse. Les cantons insistent toutefois pour que la Confédération ne fixe pas de prescription fiscale impliquant une harmonisation matérielle de la charge fiscale cantonale ; ils escomptent également qu'elle étudie l'opportunité de mettre en place des mesures temporaires de soutien en faveur des cantons qui seraient les plus touchés par la réforme, qu'elle revoie à la hausse le montant de la contribution financière fédérale destinée à compenser les effets des mesures prises et ne compense pas ses pertes fiscales par un transfert de charges de la Confédération aux cantons.

Il est demandé que soient évaluées différentes pistes de réflexion sur les adaptations à apporter au système de péréquation financière (RPT).

ALCP / Activation de la clause de sauvegarde

L'Accord sur la libre circulation des personnes avec l'UE prévoit la possibilité de réduire l'immigration à titre provisoire et dans certaines conditions, ou de la réglementer par des contingents (recours à la clause dite « de sauvegarde »). Lors de l'Assemblée plénière du 22 mars, la position commune prévue par les cantons sur la reconduction ou l'activation de la clause de sauvegarde a échoué, le quorum de 18 voix n'ayant pas été atteint.

Participation de la Suisse au programme européen Erasmus+

Réunis en Assemblée plénière le 21 juin, les gouvernements cantonaux ont adopté une position commune sur le mandat de négociation relatif à la participation de la Suisse au programme européen Erasmus+, soutenant ainsi la pleine et entière participation au nouveau programme européen d'éducation, de formation professionnelle, de jeunesse et de sport pour la période 2014 à 2020. Ils estiment que les expériences positives réalisées par la Suisse depuis 2011 avec les programmes « Éducation et formation tout au long de la vie » et « Jeunesse en action » confirment l'importance d'une participation suisse afin de se positionner dans l'espace éducatif européen. La mobilité des élèves, étudiants, enseignants, chercheurs, apprentis et responsables de la formation professionnelle de même que la mise à jour des matières enseignées, les échanges et les partenariats entre établissements d'enseignement supérieur sont dans l'intérêt économique et politique de la Suisse.

Participation de la Suisse aux programmes européens de navigation par satellite

Lors de l'Assemblée plénière du 27 septembre, les gouvernements cantonaux ont soutenu l'Accord de coopération prévu par le Conseil fédéral avec l'Union européenne (UE) concernant la participation de la Suisse aux programmes européens de navigation par satellite (Galileo et EGNOS).

Réglementation des questions institutionnelles avec l'UE

Le 13 décembre, les gouvernements cantonaux ont adopté en Assemblée plénière une position commune relative aux orientations du Conseil fédéral prévues dans le mandat de négociation en vue d'un accord avec l'UE sur la réglementation des questions institutionnelles. Ils ont approuvé les objectifs et les orientations générales pour les négociations proposées par le Conseil fédéral dans les quatre domaines essentiels que sont la reprise du droit européen dans les accords, la surveillance de l'application des accords, l'interprétation du droit européen et le règlement des différends.

Révision de l'accord sur la fiscalité de l'épargne avec l'UE

Ils ont adopté le même jour une position commune sur le mandat de négociation avec l'UE d'une révision de l'accord sur la fiscalité de l'épargne. Les objectifs formulés par le Conseil fédéral ont été approuvés dans leur intégralité.

Extension de la libre circulation des personnes à la Croatie

Lors de cette même séance, les gouvernements cantonaux ont approuvé l'extension de l'accord sur la libre circulation des personnes à la Croatie.

Accord avec l'UE dans le domaine de la sécurité des produits chimiques

Enfin, ils se sont dits favorables au mandat de négociation du Conseil fédéral pour un accord avec l'UE dans le domaine de la sécurité des produits chimiques (REACH).

Deuxième examen périodique universel de la situation des droits de l'homme en Suisse

Lors de l'Assemblée plénière extraordinaire du 1er février, les gouvernements cantonaux ont adopté une position consolidée sur 35 recommandations formulées par le Conseil des droits de l'homme.

Obligation de déclaration et vérification des qualifications professionnelles des prestataires de services dans le cadre de professions réglementées

Le 25 février, le Secrétariat de la CdC a transmis aux cantons un modèle de prise de position dans le cadre de l'audition du Secrétariat d'État à la formation, à la recherche et à l'innovation (SEFRI) sur l'obligation de déclaration et sur la vérification des qualifications professionnelles des prestataires de services dans le cadre de professions réglementées.

Stratégie tripartite pour une politique suisse des agglomérations

La Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) a mené un débat de fond sur l'orientation future de la politique des agglomérations et adopté le 7 juin une « Stratégie tripartite pour une politique suisse des agglomérations » à l'attention du Conseil fédéral, de la CdC et des associations des communes (cf. chap. 2.2.4). Lors de l'Assemblée plénière du 27 septembre, la CdC a adopté une position à l'attention de la CTA, à l'issue d'une consultation menée auprès des gouvernements cantonaux et des conférences intéressées.

La CdC se félicite de la stratégie tripartite proposée par la CTA, estimant qu'elle constitue un précieux cadre d'orientation à même de contribuer à une meilleure coordination des activités déployées en politique des agglomérations par la Confédération, les cantons, les villes et les communes. Il convient par ailleurs d'aborder la politique des agglomérations comme une activité transversale.

La stratégie tripartite tient toutefois trop peu compte des interactions et des interdépendances entre les agglomérations et les espaces ruraux ; un facteur dont il faudra tenir compte lors de l'élaboration d'une stratégie d'ensemble pour les espaces ruraux. Les cantons estiment en outre que les points forts de la politique des agglomérations sont toujours la « Gouvernance politique dans l'espace fonctionnel » et la « Coordination de l'urbanisation et des transports et le cofinancement du trafic d'agglomération ». Les nouveaux sujets proposés par la CTA arrivent en seconde priorité.

2.1.4 Collaboration Confédération/cantons

Dialogue confédéral Confédération – cantons

Des délégations du Conseil fédéral et de la CdC se rencontrent deux fois par an pour participer au « Dialogue confédéral Confédération-cantons » qui est l'occasion d'échanges d'informations et de points de vue sur la coopération et le fédéralisme.

En 2013, les rencontres du 16 mai et du 8 novembre ont permis d'aborder les sujets suivants : la politique européenne (questions institutionnelles, dialogue fiscal et fiscalité de l'épargne, négociations sur l'électricité, Galileo), l'immigration, la migration et l'intégration (Lignes directrices des cantons sur la politique migratoire suisse, crédit d'engagement Intégration 2014-2017 de la Confédération), la révision de la loi sur la consultation, la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons, l'unification du droit en matière de protection des données, le rapport de monitoring du fédéralisme 2012, la 4e Conférence nationale sur le fédéralisme 2014 et le 20e anniversaire de la CdC.

Dialogue Europe

La coopération entre la Confédération et les cantons est essentielle pour le développement des relations bilatérales entre la Suisse et l'UE, d'autant que de nombreux accords bilatéraux touchent directement les cantons dans leurs compétences ou leurs tâches d'exécution.

La Constitution fédérale et la loi fédérale sur la participation des cantons à la politique extérieure de la Confédération règlent la répartition des compétences et des attributions, les droits d'information et de consultation des cantons et leurs modalités de participation. Au vu du resserrement des relations entre la Suisse et l'UE, du développement de la voie bilatérale et des défis institutionnels en jeu, la collaboration est toujours plus importante.

Pour la resserrer, la Confédération et les cantons ont décidé d'instaurer un organe directeur permanent dédié à l'échange d'informations et d'en spécifier les modalités dans une convention. Les deux instances y soulignent leur volonté de renforcer la compréhension mutuelle, de promouvoir un échange d'informations régulier, d'améliorer l'efficacité du processus décisionnel en politique européenne et de garantir le maintien des compétences et des responsabilités de la Confédération et des cantons.

Le Dialogue Europe réunit, côté Confédération, les chefs du Département fédéral des affaires étrangères DFAE et du Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche DEFR. Les cantons y sont représentés par le président de la CdC et par une délégation du Bureau de la CdC. Le Dialogue Europe a lieu à intervalles réguliers, en règle générale tous les deux mois.

La Convention réglant son fonctionnement a été paraphée le 5 juin 2012 à Berne.

En 2013, les délégations de la Confédération et des cantons se sont réunies le 1er mars, le 1er mai, le 6 juin, le 19 août, le 19 septembre et le 25 novembre. Ont figuré à l'ordre du jour les questions institutionnelles dans les relations Suisse - UE, les négociations sur l'électricité avec l'UE, l'imposition des entreprises, la fiscalité de l'épargne, les dossiers sur la coopération et sur la participation à des programmes, l'ALCP, Schengen/Dublin, la situation économique en rapport avec la crise de l'euro et les réformes internes.

Stammtisch des cantons

La CdC organise un « Stammtisch des cantons » le lundi soir de la deuxième semaine de session des Chambres. Pour entretenir les relations avec les parlementaires fédéraux et intensifier les échanges de vues, des représentants du Bureau de la CdC et des membres des gouvernements cantonaux y rencontrent des membres du Conseil des États et d'anciens membres de gouvernement siégeant au Conseil national. Chaque Stammtisch est consacré à un sujet politique d'actualité.

Les quatre Stammtisch ont porté cette année sur les dossiers suivants : compensation des primes de caisse-maladie, réforme de l'imposition des entreprises (RIE) III, message relatif au premier paquet de mesures de la Stratégie énergétique 2050 et position des cantons sur des questions d'actualité en matière de politique migratoire et d'intégration (Lignes directrices sur la politique migratoire suisse et positions des cantons sur la révision de la LEtr, sur les initiatives visant à limiter l'immigration et sur l'extension de la libre circulation des personnes à la Croatie).

Rencontre avec le Bureau du Conseil des États

Réunissant deux fois par an le Bureau du Conseil des États et le Bureau de la CdC, ce forum se propose d'aborder des sujets politiques d'actualité ou des questions de collaboration entre les deux organes.

Les sujets abordés le 1er mars et le 30 août étaient, outre la collaboration entre le Conseil des États et la CdC, la politique européenne (extension de la libre circulation des personnes à la Croatie, réformes internes), la Stratégie énergétique 2050, la révision de loi sur la consultation, la révision partielle de la loi sur les étrangers, les Lignes directrices des cantons sur la politique migratoire suisse, le programme de consolidation et de réexamen des tâches 2014, la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons, le rapport de monitoring 2012 et les 20 ans de la CdC.

Auditions parlementaires

En principe, il est laissé à l'appréciation de chaque présidence de commission de convier ou non les cantons ou une délégation cantonale aux auditions, notamment lorsque les dossiers touchent à leurs intérêts essentiels.

C'est afin d'assurer une meilleure prise en compte de ces intérêts par le Conseil des États que des délégations de la Chambre haute et de la CdC ont convenu le 7 octobre 1998 de mieux associer les représentants des cantons au travail des commissions du Conseil des États.

En application de cette décision, le Secrétariat du Conseil des États communique à la CdC, en marge de la session, une liste des objets prévus pour examen par les commissions. Auditions auxquelles les délégations de la CdC ont pris part en 2013 :

Date	Commission	Objet parlementaire
21.02.2013	CIP-N	lv.pa. (12.486) Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons
15.08.2013	CIP-E	Révision partielle de la loi sur les étrangers
11.10.2013	CPE-E	Lignes directrices au sujet du mandat de négociation pour la réglementation des questions institutionnelles Suisse-UE

2.1.5 Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales

Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoseCo)

La Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoseCo), dont le secrétariat est géré par la CdC, a pour vocation d'améliorer la coordination des conférences des directeurs et de favoriser la collaboration et la communication entre ses membres. En 2013, elle s'est réunie quatre fois pour procéder, notamment, à la coordination technique des projets de la Confédération, l'un d'eux étant l'attribution de la responsabilité du suivi des dossiers à une conférence. La banque de données Monitoring, appelée à renforcer la coordination technique, a été présentée aux membres de la CoseCo qui ont ainsi pu suivre son développement et faire part de leurs questions (cf. chap. 2.2.1 Banque de données Monitoring).

Les membres ont été informés de l'instauration du groupe de travail Mise en œuvre du droit fédéral (cf. chap. 2.1.1) et de la possibilité de le solliciter pour toute question relative à la mise en œuvre du droit fédéral.

Enfin, le nouveau concept de rapport trisannuel de monitoring du fédéralisme 2011-2013, dont la première édition sera publiée à l'été 2014, a été présenté à la CoseCo. Une journée d'étude était prévue, elle a été reportée au 13 novembre 2014.

Colloque présidentiel CdC – Conférences des directeurs

Institués en 2008 à l'instigation de la CdC, les colloques politiques réunissent les présidences des conférences des directeurs et de la CdC. La première partie du colloque des 24 et 25 janvier a été consacrée aux priorités de travail actuelles dans les domaines politiques d'intérêt commun.

La deuxième partie a permis d'aborder le point fort commun « Immigration, migration et intégration ». L'essentiel du débat a porté sur la mise au point de la politique migratoire suisse, instrument destiné à aider les cantons dans les choix et les décisions qu'ils ont à prendre, et sur la collaboration des conférences au niveau politique.

Les dossiers débattus en troisième partie ont été : les questions d'actualité en politique européenne, l'ingérence croissante de la Confédération dans l'autonomie d'exécution des cantons et la collaboration des conférences au niveau politique.

Parmi les sujets à l'ordre du jour de la rencontre du 23 septembre figuraient l'immigration, la migration et l'intégration, le nouveau concept de monitoring du fédéralisme proposé par la Fondation ch, la collaboration des conférences au niveau politique, la politique européenne ainsi que la 3e réforme de l'imposition des entreprises.

Conférences gouvernementales régionales

Les secrétariats des conférences gouvernementales régionales et le secrétaire de la Conférence des gouvernements de l'espace métropolitain zurichois se sont réunis le 25 juin et le 4 décembre en présence du secrétariat de la CdC.

2.1.6 *Autres dossiers*

État-major intercantonal Immigration, migration et intégration

Instauré en 2012, l'État-major intercantonal « Immigration, migration et intégration », composé de représentants des CDF, CDEP, CDIP, CDAS, CDS, CCDJP, DTAP et CdC et placé sous la direction de la CdC, se réunit régulièrement dans le but d'assurer une procédure commune et interdisciplinaire dans ce domaine. Si la coordination des travaux de l'État-major incombe à la CdC, la responsabilité des dossiers reste du ressort des conférences concernées.

L'État-major a siégé les 6 mars, 14 juin et 16 octobre pour discuter notamment des Lignes directrices des cantons sur la politique migratoire suisse.

Mesures pour améliorer la communication de la CdC

À plusieurs reprises ces dernières années, le débat au sein de la CdC, des rencontres des présidences CdC - Conférences des directeurs et de la Fondation ch (lors des Séminaires ch « Gouverner aujourd'hui », par exemple) a porté sur l'amélioration de la communication politique des cantons, notamment des conférences intercantionales. Il a été relevé que la politique de communication pratiquée par les cantons était trop défensive comparée à celle de la Confédération, entraînant un déséquilibre des rapports de force vis-à-vis des médias. Le Secrétariat de la CdC a donc été chargé en 2012 d'élaborer un plan de communication et un catalogue de mesures. L'Assemblée plénière du 27 septembre s'est félicitée des travaux du Secrétariat ; le Bureau décidera en 2014 de sa mise en œuvre. L'accent est clairement mis sur la défense des intérêts et le réseautage, sans oublier toutefois la nécessité d'améliorer les relations avec les médias.

Le graphisme des documents officiels (correspondance, prises de position, communiqués de presse, rapports annuels, etc.) a été rafraîchi afin d'uniformiser l'identité visuelle de la CdC. En juillet, le nouveau site internet a été mis en ligne avec en page d'accueil la liste des principaux objets traités par la CdC. L'intranet protégé par mot de passe (= closed user group CUG) a été, lui aussi, remanié de fond en comble et offre une meilleure présentation.

2.2 *Autres activités*

2.2.1 *Généralités*

Rapport de monitoring « Fédéralisme »

Adopté par l'Assemblée plénière le 21 juin, le rapport de monitoring 2012, 8e de la série, établi par le Secrétariat de la CdC sur mandat de la Fondation ch pour la collaboration confédérale, inaugurerait un nouveau concept prévoyant une subdivision entre un rapport annuel et un rapport pluriannuel au contenu plus étoffé. Le compte rendu annuel se limite pour l'essentiel à une analyse des projets de la Confédération et des cantons - ceux-ci étant associés pour la première fois à cette évaluation - et à une actualisation de l'état de la collaboration intercantonale ainsi qu'à une brève appréciation du développement du fédéralisme du point de vue des cantons et du Secrétariat de la CdC, des conférences des directeurs et des conférences gouvernementales régionales.

Le nouveau concept garantit une proximité dans le temps par rapport aux derniers développements au niveau de la Confédération et dans les cantons, et permet ainsi de détecter en temps utile la survenance d'irrégularités et d'envisager, si nécessaire, des mesures d'urgence. Le rapport pluriannuel, dont la première parution est prévue en 2014, contiendra en outre des informations sur l'évolution du débat sur le fédéralisme dans les médias, la science et la recherche, sur la pratique d'autres pays fédéralistes ainsi qu'une analyse politique plus fouillée. Les conclusions du rapport alimenteront aussi la Conférence nationale sur le fédéralisme qui aura lieu les 27 et 28 novembre 2014.

Quatrième Conférence nationale sur le fédéralisme 2014

L'Assemblée plénière du 14 décembre 2012 a chargé le canton de Soleure de l'organisation de la 4e Conférence nationale sur le fédéralisme en 2014. Ayant fait ses preuves, le concept organisationnel appliqué pour les confé-

rences de Fribourg, Baden et Mendrisio servira de base de préparation de la conférence. Comme lors des dernières éditions, la CdC est représentée dans l'organe directeur politique par son président et dans le comité par sa secrétaire générale.

Le canton de Soleure a entamé les préparatifs. La conférence aura lieu les 27 et 28 novembre 2014 à Soleure et sera l'occasion de dresser un état des lieux du fédéralisme suisse et de mettre en avant ses perspectives, en tenant compte des conclusions du monitoring du fédéralisme de la Fondation ch.

FoF/IFF : Programme de stages (Internship)

En collaboration avec l'Institut du fédéralisme de l'Université de Fribourg (IFF), le programme de stages lancé en 2010 a été reconduit en 2012 ; ces stages de six semaines dans une administration cantonale permettent à de futurs cadres des secteurs de la politique, de l'administration et de la science, issus de pays en développement et en transition, d'observer le fonctionnement d'un État fédéral. Financés par l'IFF, ils ont lieu à l'issue de l'université d'été organisée chaque année en août/septembre par l'IFF. Quatre cantons (ZH, BE, SG et VD) ont accueilli des stagiaires en 2013.

Faisant valoir des raisons financières, l'IFF a décidé fin 2013 de ne pas reconduire le programme.

Rapport financier 2012 sur les conférences intercantionales gouvernementales et sectorielles

La Fondation ch pour la collaboration confédérale établit chaque année un rapport contenant des informations sur les aspects financiers (charges et recettes) et structurels (effectifs) de la CdC et des conférences des directeurs. Le rapport financier 2012 a été présenté à l'Assemblée plénière du 13 décembre 2013.

Unification de la législation générale en matière de protection des données : question du DFJP

Par courrier du 7 août 2013, la cheffe du Département fédéral de justice et police DFJP a demandé si les cantons accepteraient de modifier la Constitution fédérale pour habiliter la Confédération à uniformiser la législation en matière de protection des données. Les gouvernements cantonaux ont donc été priés par la CdC de se prononcer sur cette question.

Se prévalant de préoccupations fédéralistes, la plupart des cantons ont rejeté cette dévolution de compétences. De même, presque tous les cantons, qui ne s'opposent pas d'emblée à un transfert de compétences, ont soumis leur approbation à une série de conditions.

Le 22 octobre, la CdC a communiqué à la cheffe du DFJP le résultat de la consultation des cantons.

Banque de données Monitoring

Une banque de données, dont le but est de favoriser la coordination technique entre les conférences et le suivi des projets mis en consultation et des projets législatifs de la Confédération sous l'angle du fédéralisme a été développée en 2013. Ce dispositif permettra également de disposer de données utiles pour le monitoring du fédéralisme. Elle sera alimentée par le Secrétariat de la CdC et les secrétariats des conférences des directeurs. Ainsi, toutes les affaires importantes pourront être consultées en permanence par les bénéficiaires d'un droit d'accès.

Il est prévu de suivre chaque affaire répertoriée de la phase de la planification de la consultation jusqu'à la clôture du projet, y compris l'échéance de la phase référendaire pour les projets soumis au référendum. Seront notamment enregistrés, pour chaque projet répertorié : les conférences responsables et intéressées, l'état d'avancement, les délais de consultation, d'audition, de traitement aux Chambres fédérales, le formulaire de monitoring à remplir par la conférence responsable du projet, les mesures envisagées ou engagées, les liens internet, notamment avec Curia vista, et les interlocuteurs. La mise en service de la banque de données est prévue au premier semestre 2014.

2.2.2 Politique extérieure

Parmi les nombreuses activités en lien avec la défense des intérêts des cantons dans les dossiers de politique extérieure, et en plus de celles déjà citées, figurent également, pour 2013, les activités suivantes :

Politique européenne

Comme les années précédentes, des membres des groupes de travail de l'organisation d'accompagnement de la CdC ont participé aux réunions des comités mixtes consacrées aux dossiers suivants : libre circulation des personnes, marchés publics et transports terrestre et aérien. L'organisation d'accompagnement de la CdC a poursuivi en outre sa mission d'observation et d'analyse des développements des accords sectoriels entre la Suisse et l'UE.

La CdC a également assuré le suivi des développements de Schengen/Dublin ainsi que - en collaboration avec la CCDJP - la préparation de la mise en œuvre dans les cantons. Durant cet exercice, les représentants de la CdC au sein de l'Organisation d'accompagnement à Schengen-Dublin (OASD) ont pris part, à Bruxelles, à de nombreuses réunions des groupes de travail consacrées à l'élaboration des développements de l'acquis.

Conjointement avec la CDEn, le Secrétariat de la CdC a aussi accompagné les négociations sur l'électricité engagées en novembre 2007 avec l'UE.

Imposition des entreprises dans les cantons

Le groupe de travail Questions financières et fiscales de la CdC a suivi tout au long de l'année l'évolution du contentieux avec l'UE à propos de certains régimes fiscaux cantonaux (Dialogue fiscal). Il a contribué, conjointement avec les offices compétents de la Confédération, à définir la position suisse et préparé les décisions politiques élaborées par les organes compétents de la CDF et de la CdC.

Accords de libre-échange avec des États hors UE

Le groupe de travail Services de la CdC a observé pendant l'année sous revue les efforts accrus déployés par la Confédération en vue de la conclusion d'accords de libre-échange avec des États tiers hors UE ; ces accords sont de type bilatéral ou interviennent dans le cadre de l'AELE. Il a également mis sur pied avec le SECO un séminaire consacré à l'interprétation des listes d'engagements à négocier dans le cadre des accords de libre-échange et touchant au secteur des services.

OMC/AGCS

Le Secrétariat de la CdC a suivi les avancées dans le cadre des négociations de l'OMC. Une attention particulière a été accordée aux discussions sur un éventuel nouvel accord plurilatéral dans le domaine des services.

Droits de l'homme

En plus des activités déjà mentionnées dans le cadre de l'EPU, le Secrétariat de la CdC a participé aux réunions du Comité consultatif du Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH). Il a également coordonné certaines activités pour la Confédération et établi une série de rapports à l'attention des organes de plusieurs accords internationaux sur les droits humains.

Examen OCDE par pays sur la corruption

Le 21 mai 2013, le Secrétariat d'État à l'économie SECO a demandé aux gouvernements cantonaux de présenter un rapport sur la mise en œuvre des recommandations résultant de l'examen de la phase 3 dans le cadre de la convention de l'OCDE sur la lutte contre la corruption d'agents publics étrangers dans les transactions commerciales internationales. Le Secrétariat de la CdC a transmis le questionnaire du SECO aux cantons, avant d'évaluer leurs réponses.

2.2.3 Politique intérieure

Réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons (RPT) : travaux de suivi

Le Secrétariat de la CdC est représenté dans le groupe technique paritaire Rapport d'évaluation RPT, chargé d'accompagner l'élaboration du deuxième rapport du Conseil fédéral sur l'évaluation de l'efficacité. Dans le cadre des travaux qui sous-tendent l'établissement de ce rapport, les gouvernements cantonaux ont participé à une enquête, lancée en automne 2012, qui a permis de réunir des informations sur les effets de la collaboration intercantonale assortie d'une compensation des charges, la répartition des tâches, les conventions-programmes et d'autres questions liées à la RPT. Les gouvernements cantonaux ont transmis les informations en 2013, les résultats seront présentés dans le rapport d'évaluation RPT. Un groupe de suivi politique a été mis en place par le Bureau de la CdC en décembre 2013 pour la préparation d'une position commune des cantons sur le 2e Rapport sur l'évaluation de l'efficacité.

Dans le cadre du controlling RPT, la CdC vérifie périodiquement le respect des principes de la subsidiarité et de l'équivalence fiscale ainsi que l'instauration de nouveaux modes de collaboration dans l'exécution des tâches fédérales par les cantons. À cet effet, les projets mis en consultation ou les projets législatifs de la Confédération ayant des incidences sur les cantons font l'objet d'une documentation et d'une analyse. Les listes des objets sont présentées aux gouvernements cantonaux chaque trimestre pour information. À l'issue de chaque session des Chambres fédérales, la CdC rédige un compte rendu des objets traités. Une base de données interactive a été développée pendant l'année, destinée à remplacer à l'avenir les anciennes listes et, en outre, à garantir la coordination matérielle entre les conférences intercantionales (cf. chiffre 2.2.1 Banque de données Monitoring).

Accord intercantonal sur le domaine suisse des hautes écoles (concordat sur les hautes écoles)

Le 20 juin, la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique CDIP a adopté l'Accord intercantonal sur le domaine suisse des hautes écoles (concordat sur les hautes écoles) en vue de la procédure d'adhésion des cantons. Du côté des cantons, cet accord règle l'encouragement et la coordination de l'ensemble du domaine des hautes écoles par la Confédération et les cantons. Lors de la consultation sur le projet de concordat, la CdC avait proposé trois éléments de discussion : 1) l'entrée vigueur du concordat, 2) les divergences entre la loi fédérale sur l'aide aux hautes écoles et la coordination dans le domaine suisse des hautes écoles (LAHE) et le concordat concernant la définition de la composition de la Conférence plénière de la Conférence suisse des hautes écoles, 3) le rapport entre l'art. 8 de la Convention de coopération entre la Confédération et les cantons et l'art. 55 de la Constitution fédérale.

La CdC a analysé la prise en compte de ces aspects dans le texte adopté avant de soumettre les questions en suspens à la CDIP. La réponse de la CDIP a été portée à la connaissance de l'Assemblée plénière du 27 septembre. En conclusion, il s'est avéré que les objections formulées par la CdC ne porteraient à conséquence que si le concordat n'était pas ratifié par deux grands cantons universitaires. Le cas échéant, la coordination dans l'enseignement supérieur serait très difficile à assurer, raison pour laquelle tout doit être entrepris pour obtenir une large adhésion lors de la ratification.

Iv. pa. 10 440. Améliorer l'organisation et les procédures du Parlement : procédure applicable au traitement des initiatives déposées par un canton, objets de la procédure de consultation

En proposant son texte relatif à l'initiative parlementaire, la Commission des institutions politiques du Conseil des États visait une révision du droit du Parlement pour améliorer l'efficacité des procédures. Dans le cadre de la consultation, puis des délibérations aux Chambres, la CdC s'est prononcée avec détermination contre la limitation de l'initiative cantonale à la forme d'un avant-projet de texte. Fin 2012, le Conseil national a rejeté cette proposition et le Conseil des États a finalement renoncé, lors de la session de printemps, à sa demande initiale lors de la procédure d'élimination des divergences. En revanche, le texte prescrit dorénavant que l'initiative cantonale doit être expressément motivée concernant, notamment, sa finalité. Le Parlement a donc fini par adopter une décision qui va dans le

sens de la position commune des gouvernements cantonaux du 24 juin 2011. La modification de la loi sur le Parlement est entrée en vigueur le 25 novembre 2013, à l'ouverture de la session d'hiver.

Collaboration en matière de cyberadministration en Suisse

Fin 2011, la CdC a approuvé la Convention-cadre révisée sur la collaboration entre la Confédération et les cantons en matière de cyberadministration pour les années 2012-2015. Le plan d'action permettra le financement de projets préalablement sélectionnés, à hauteur de CHF 2,4 millions par an au maximum, versé à parts égales par la Confédération et les cantons. En 2013, le comité de pilotage, au sein duquel la CdC est représentée par trois délégués cantonaux, a retenu les projets suivants : 1) demande de permis de construire, 2) annonce d'arrivée dans une commune, de départ d'une commune, de changement d'adresse, 3) vote électronique, 4) plateforme d'échange des processus eCH pour les communes et les cantons et 5) services d'identification et de gestion des droits d'accès.

État-major fédéral ABCN

Afin d'améliorer l'organisation des interventions en cas de sinistres d'envergure nationale, le Conseil fédéral a adopté en 2010 la nouvelle Ordonnance sur l'organisation des interventions en cas d'événement ABC et d'événement naturel. Au niveau fédéral, la direction a été confiée à un état-major fédéral ABCN (EMF ABCN), qui regroupe une vingtaine d'instances fédérales. La CdC et différentes conférences des directeurs (CDEn, CDS, CCDJP et CG MPS) y siègent afin de garantir la coordination avec les cantons.

Les 19 et 20 novembre, l'EMF ABCN a participé à l'exercice général d'urgence 2013 (EGU 13). Il a aussi suivi l'avancement de la mise en œuvre des mesures issues du rapport IDA NOMEX, élaboré une stratégie de gestion en cas d'incident dans une centrale nucléaire, adopté le concept « Plan d'évacuation en cas d'accident nucléaire », l'étude partielle « Nationales Operations- und Koordinationsorgan » (NOCC) dans le cadre de la Gestion des ressources au niveau fédéral (ResMaB) de même que le règlement intérieur et le concept d'intervention de l'EMF ABCN.

Stratégie nationale de protection de la Suisse contre les cyberrisques

En juin 2012, le Conseil fédéral a adopté la Stratégie nationale de protection de la Suisse contre les cyberrisques (SNPC), jetant ainsi les bases du débat sur la problématique de la cybernétique. La SNPC met l'accent sur les capacités de réaction rapide en cas de risques et de menaces de ce type, sur le renforcement global de la capacité de résistance (résilience) des infrastructures suisses et sur la réduction des cyberrisques en général. Les mesures englobent l'analyse des risques, les infrastructures TIC et la défense à l'international des intérêts de la Suisse.

En mai 2013, le Conseil fédéral a adopté un plan de mise en œuvre de la SNPC. À l'automne, le mécanisme de consultation et de coordination MCC RNS a mis en place le groupe spécialisé Cyber (GS-C) afin de coordonner les travaux comportant des interfaces avec les cantons ; ce groupe est composé de représentants des trois échelons de l'État. Le GS-C, dans lequel la CdC est représentée, a débuté ses travaux fin 2013. L'objectif est d'associer les cantons, en tant que partenaires centraux de la Confédération, à toutes les mesures qui les concernent et de coordonner la mise en œuvre des sous-projets cantonaux.

Principes de la collaboration Confédération-cantons en matière d'encouragement spécifique de l'intégration : mise en œuvre des programmes d'intégration cantonaux 2014-2017

Fin 2011, la CdC et le DFJP sont convenus d'objectifs de programme stratégiques Confédération-cantons dans un document-cadre relatif à la conclusion de conventions-programmes dans le domaine de l'encouragement spécifique de l'intégration. La mise en œuvre opérationnelle incombe aux cantons qui ont conclu, sur cette base, une convention-programme avec l'ODM à la fin 2013. Ces conventions définissent les objectifs de programme devant être atteints conjointement et réglementent les modalités de paiement et d'élaboration des rapports. Le programme cantonal d'intégration (PIC), qui est partie intégrante de la convention-programme, fixe la méthode envisagée par chaque canton pour atteindre les objectifs de programme stratégiques. La qualité des PIC peut dans l'ensemble être qualifiée de satisfaisante. Un groupe d'accompagnement ODM-CdC a suivi le processus et des experts sont intervenus lorsque cela s'est avéré nécessaire. Des problèmes ont ainsi pu être identifiés à temps et résolus. L'approche partenariale a

fait ses preuves. La collaboration doit être poursuivie et le groupe d'accompagnement pour la mise en œuvre des PIC 2014-2017 devrait de nouveau être mandaté.

Programme national de prévention « Jeunes et violence »

La Confédération, les cantons, les villes et les communes assurent la mise en œuvre conjointe du programme de prévention « Jeunes et violence » pour la période 2011 - 2015. Son objectif est de promouvoir la prévention de la violence en Suisse, de créer des structures de réseautage et de collaboration durables et d'améliorer la coordination des mesures de prévention, d'intervention et de répression. Un groupe de pilotage tripartite, dont fait également partie le Secrétariat de la CdC, a été instauré pour le pilotage stratégique des activités du programme.

Le site internet www.jugendundgewalt.ch fournit des informations sur toutes les activités du programme, de même que les résultats des rencontres nationales du réseau des instances cantonales et communales pour la prévention de la violence de mai 2013. Le groupe de pilotage a pris acte en 2013 des résultats du rapport intermédiaire. Il en a conclu que les prestations de soutien fournies à ce jour sont utiles et appropriées. Les informations obtenues sont considérées comme suffisamment solides pour servir de fondement à l'introduction à l'échelle nationale de mesures ciblées et éprouvées en matière de prévention de la violence. Les 4 et 5 novembre 2013 a eu lieu à Genève la conférence nationale « Jeunes et violence », organisée par l'Office fédéral des assurances sociales, le canton de Genève et la ville de Genève. La Conférence, qui a réuni plus de 450 participants, a été un succès.

Conférence tripartite sur les agglomérations

Fin 2011, le Conseil fédéral, la CdC et les associations de communes ont décidé de reconduire la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) qui a pour objectifs de resserrer la collaboration verticale entre la Confédération, les cantons et les communes/villes, de développer une politique suisse des agglomérations commune et enfin d'associer les espaces ruraux (cf. chap. 2.2.4). La présidence et le secrétariat de la CTA sont assurés par la CdC.

Les dossiers les plus importants de l'exercice 2013 ont été, selon les cantons, l'adoption de la Stratégie tripartite pour une politique suisse des agglomérations et le traitement du rapport intermédiaire sur le projet Association de l'espace rural à la collaboration tripartite. La position des cantons est fixée par leur délégation CTA, composée de neuf membres de gouvernements cantonaux (y compris la présidence).

Le Secrétariat de la CdC a consulté les membres des délégations CTA en amont des séances pour préparer les prises de position de la CdC. Il a également réalisé une consultation sur la Stratégie tripartite pour une politique suisse des agglomérations auprès des gouvernements cantonaux et des conférences des directeurs concernées. La CdC a adopté une position à l'attention de la CTA lors de l'Assemblée plénière du 27 septembre dernier (cf. chap. 2.1.3).

Projet de territoire Suisse : travaux de suivi

Après son approbation à tous les échelons de l'État, le Projet de territoire Suisse a été rendu public fin 2012. La séance de clôture du groupe d'accompagnement politique a eu lieu en janvier 2013. L'organisation de projet tripartite mise en place en 2006 par le DETEC, la CdC, la DTAP et les associations de communes a alors été officiellement dissoute.

Le Projet de territoire Suisse prévoit des travaux de suivi, qui doivent être réalisés aux trois échelons de l'État. Il faudra vérifier dans cinq ans l'état de réalisation du Projet de territoire Suisse et la nécessité de l'adapter. C'est à cette fin qu'a été mise sur pied une équipe de projet tripartite composée de représentants des secrétariats des organismes responsables et placée sous l'égide de l'Office fédéral du développement territorial (ARE).

L'équipe de projet tripartite s'est réunie à quatre reprises en 2013. Figuraient au centre des travaux le partage d'informations ainsi que l'élaboration et la préparation d'un rapport annuel à l'attention des politiques sur les travaux liés au Projet de territoire Suisse et réalisés aux différents échelons de l'État. Un premier rapport a été élaboré au printemps 2014.

2.2.4 Mandats

Secrétariat de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

Conformément à la Convention sur la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) et à un contrat de prestations entre les secrétariats des membres de la CTA, la CdC gère le secrétariat de la CTA. Ce dernier a assuré la préparation et le suivi des séances CTA des 7 juin et 22 novembre et des séances du groupe de travail technique tripartite (GTT) des 19 avril et 19 septembre. Il convient également de mentionner la refonte du site internet CTA fin 2013 (cf. www.tak-cta.ch).

Le Secrétariat a également assuré l'accompagnement de projets CTA en cours de réalisation. Il a fourni un soutien technique et administratif à chacune des directions de projet organisées de manière tripartite et assuré la coordination des mandats externes. Sur ce point, il convient de mentionner les thématiques suivantes :

- *Stratégie tripartite pour une politique suisse des agglomérations (cf. ch. 2.1.3)*

Selon la Stratégie tripartite pour une politique suisse des agglomérations, adoptée par la CTA le 7 juin 2013, les thématiques devraient être placées dans un contexte plus large. Outre les transports et l'urbanisation, il s'agit de mieux prendre en compte les enjeux sociétaux, environnementaux et économiques. La CTA recommande concrètement que la politique des agglomérations approfondisse à l'avenir des sujets tels que le développement urbain durable et le développement de quartier, le renforcement de la cohésion sociale et de la compétitivité ainsi que le financement et la compensation des charges de centre et des charges spéciales.

Des ateliers ont eu lieu en janvier 2013 et ont été suivis, en mars 2013, d'un premier projet de stratégie mis en consultation au niveau technique. La Stratégie a été finalisée en avril par la direction de projet et le GTT. Après son adoption par la CTA, les membres de la CTA ont été invités à prendre position. Le Secrétariat a ensuite examiné les réponses des membres et a préparé la publication de la stratégie. La CTA a pris acte le 22 novembre des remarques et décidé ensuite de la publication.

- *Association de l'espace rural à la collaboration tripartite*

Une fois la Convention CTA révisée fin 2011, la CTA s'est fixée comme nouvel objectif de montrer comment associer les espaces ruraux à la collaboration tripartite. Un projet avait déjà été lancé en mai 2012. En juin 2013, la CTA a pris acte d'un rapport intermédiaire assorti de thèses et de directives sur la discussion des modèles. Un atelier organisé en novembre a permis de dégager deux approches : soit les espaces ruraux sont associés par la CTA de manière ponctuelle et au cas par cas, soit ils sont intégrés pleinement à la collaboration tripartite et la CTA prend la forme d'une conférence tripartite. Le rapport final sera soumis à la CTA en juin 2014. Il sera suivi d'une large consultation.

- *Développement durable de l'urbanisation*

À la fin 2012, la CTA a lancé un projet sur le développement durable de l'urbanisation. Au cours du premier semestre 2013, une enquête a été menée sur les facteurs d'influence positifs et négatifs d'un développement de l'urbanisation durable et sur des exemples de bonnes pratiques. Des orientations générales ont été formulées sur la base des résultats de ces travaux préparatoires et discutées en novembre dans le cadre d'un atelier avec des spécialistes, parmi lesquels des représentants des trois échelons de l'État, mais également des représentants d'autres domaines, à savoir l'économie, la société, l'environnement et la science afin de permettre un ancrage le plus large possible. L'atelier s'est révélé très productif. Les orientations générales ont alors pu être consolidées. Le rapport final sera soumis à la CTA à l'automne 2014.

- *Réseautage des acteurs des espaces métropolitains*

Début 2013, la CTA a lancé un projet sur le réseautage des acteurs des espaces métropolitains. Au centre du projet figurait un atelier qui a eu lieu en juin et auquel ont participé près de 50 spécialistes issus des espaces métropolitains. Il a permis d'identifier des enjeux communs aux espaces métropolitains pour quatre champs d'action (transports ; développement territorial ; formation, recherche, transfert de connaissances ; société, migration, intégration) et de développer des idées pour d'éventuelles activités communes. Ont été élaborées fin 2013 des recommandations à l'attention des membres de la CTA et des espaces métropolitains fin 2013, puis soumises à la CTA en juin 2014.

- *Dialogue sur l'intégration CTA*

Après la deuxième Conférence nationale sur l'intégration de 2011, la CTA a décidé de mener entre 2012 et 2016 un dialogue avec des acteurs privés du domaine de l'intégration.

En octobre 2012, la CTA a lancé le dialogue sur l'intégration « Au travail » avec le monde du travail. En décembre 2013, un premier bilan intermédiaire positif du dialogue entre l'État et l'économie a pu être dressé. Les partenaires ont renforcé leur collaboration, notamment aux niveaux cantonal et communal - là où l'intégration a lieu quotidiennement. Les projets de dialogue de l'économie (par exemple, « Le français sur le chantier ») sont un succès et ont été développés.

Le Dialogue sur l'intégration « L'intégration dès la naissance – Entrer dans la vie en pleine santé » a démarré en novembre 2013. L'objectif est que tous les enfants de Suisse, quelle que soit leur origine sociale ou leur pays d'origine, puissent démarrer dans la vie le plus sainement possible. Les partenaires sont les associations professionnelles de tous les spécialistes qui assistent les parents durant la période de la grossesse, pendant et après l'accouchement et au cours des premières années de vie de l'enfant.

Secrétariat de la Conférence suisse des délégués à l'intégration (CDI)

Depuis 2006, le Secrétariat de la CdC gère le secrétariat de la Conférence suisse des délégués cantonaux et communaux à l'intégration (CDI), une conférence technique de la CdC. En 2013, il a assuré l'organisation matérielle et administrative de trois assemblées au niveau suisse, de deux séances du comité et d'une journée d'études. De plus, il a participé à 10 réunions de groupes régionaux, œuvrant ainsi à la circulation de l'information entre les régions.

L'année 2013 a été consacrée à l'élaboration et à la signature des programmes cantonaux d'intégration 2014-2017 (PIC). Les Assemblées CDI ont été l'occasion d'échanges entre les délégués portant sur des mesures concrètes, par exemple dans le domaine de l'intégration sur le marché du travail des personnes admises à titre provisoire et des réfugiés reconnus. Les délégués ont, entre autres, évoqué les modes de collaboration possibles avec l'économie et les associations patronales. Ils ont aussi abordé les défis qu'a représenté la mise en place des PIC (répartition des tâches entre le canton et les communes, formulation d'indicateurs et d'objectifs d'efficacité, etc.).

Le Secrétariat a également rédigé, en collaboration avec le Comité, un programme de travail 2013/2014 identifiant six thématiques prioritaires, à savoir : la collaboration interinstitutionnelle, l'immigration et la croissance sous l'angle de l'initiative « Contre l'immigration de masse » du 9 février 2014 et la population suisse comme groupe-cible de l'intégration. La CDI s'est également exprimée sur des adaptations de lois et d'ordonnances et a adopté une position dans le cadre de chaque consultation sur l'adaptation de l'OIE et sur la refonte du domaine de l'asile.

Enfin, le Secrétariat de la CDI a participé à différentes conférences et rencontres : conférences de l'ODM, du CFM, de la CTA, du CoSI et des Projets urbains, lors du Forum CDAS-CDIP, Assemblée annuelle des coordinatrices et coordinateurs d'asile et rencontre des délégués à l'intégration des cantons touristiques. Il a également rencontré régulièrement l'ODM dans le cadre de séances du bureau de coordination PIC.

03

3 Comptes

Comptes 2013 (révisés)

	Comptes 2013	Budget 2013	Comptes 2012
Contributions cantonales	3'296'000.00	3'296'000	3'296'000.00
Contributions CTA Confédération et communes	323'478.15	313'000	316'189.41
Autres revenus	63'960.00	0	30'208.54
Prélèvement selon clef de répartition des coûts	0	126'000	0
Total revenus	3'683'438.15	3'735'000.00	3'642'397.95
Personnel / Frais accessoires	2'746'213.50	2'830'000	2'600'762.17
Matériel bureau / Imprimés	49'477.23	57'000	38'639.17
Bureaux / Infrastructure	252'115.25	290'000	247'993.19
Services	45'683.92	64'000	43'522.49
Groupes de travail / Projets	281'143.21	330'000	486'555.03
Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)	165'217.70	150'000	154'284.05
Autres charges	10'043.48	14'000	11'378.15
Total charges	3'549'894.29	3'735'000.00	3'583'134.25
Excédent des revenus	133'543.86	0	59'263.70
Créance des cantons 31.12.2013	1'062'881.89		

Affichant des charges de CHF 3'549'894.29 (contribution des cantons : CHF 3'296'000.00), les comptes 2013 de la CdC bouclent sur un excédent de recettes de CHF 133'543.86, porté au crédit des cantons, conformément à la clé de répartition. L'avoir des cantons s'élève donc à CHF 1'062'881.89.

Le Contrôle des finances du canton de Soleure a assuré la révision des comptes annuels le 15 avril 2014. Le rapport de l'organe de révision se trouve à l'annexe 5.

Clé de financement 2013 (selon art. 14 de la Convention du 8.10.1993)

Canton	Population résidente moyenne 2010	Clé 2010	Contributions cantonales 2013
Aargau	604'329	7.67%	252'853
Appenzell AR	52'590	0.67%	22'004
Appenzell IR	15'813	0.20%	6'616
Baselland	272'506	3.46%	114'017
Baselstadt	193'627	2.46%	81'014
Bern / Berne	983'453	12.48%	411'480
Fribourg / Freiburg	278'591	3.54%	116'563
Genève	459'210	5.83%	192'135
Glarus	38'448	0.49%	16'087
Graubünden / Grischun / Grigioni	195'401	2.48%	81'756
Jura	68'860	0.87%	28'811
Luzern	375'155	4.76%	156'966
Neuchâtel	172'378	2.19%	72'123
Nidwald	40'238	0.51%	16'836
Obwald	35'202	0.45%	14'729
St. Gallen	477'196	6.06%	199'660
Schaffhausen	76'106	0.97%	31'843
Schwyz	145'209	1.84%	60'756
Solothurn	253'370	3.22%	106'011
Thurgau	246'856	3.13%	103'285
Ticino	336'896	4.28%	140'958
Uri	34'750	0.44%	14'540
Valais / Wallis	309'325	3.93%	129'423
Vaud	716'483	9.10%	299'779
Zug	111'918	1.42%	46'827
Zürich	1'383'661	17.56%	578'928
Total	7'877'571	100.00%	3'296'000

Nombre d'habitant-e-s selon population Office fédéral de la statistique

Anhänge / Annexes

Anhang 1	Organigramm KdK
Annexe 1	Organigramme CdC
Anhang 2	Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (31.12.2013)
Annexe 2	Commissions et groupes de travail de la CdC (31.12.2013)
Anhang 3	Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (31.12.2013)
Annexe 3	Délégations politiques de la CdC dans des organes et groupes de travail nationaux et internationaux (31.12.2013)
Anhang 4	Aktivitäten
Annexe 4	Activités
Anhang 5	Bericht der Revisionsstelle
Annexe 5	Rapport de l'Organe de révision

Anhang 1: Organigramm KdK

Annexe 1 : Organigramme CdC

Anhang 2: Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (31.12.2013)

Annexe 2 : Commissions et groupes de travail de la CdC (31.12.2013)

Politische Kommissionen / Commissions politiques (per / au 31.12.2013)

EuropaReformenKantone (EuRefKa)

Europe – Réformes des cantons (EuRéfCa)

Vorsitz /

présidence: Philippe Leuba, Conseiller d'Etat, Département de l'économie et du sport, VD

Mitglieder /

membres: Josef Dittli, Regierungsrat, Finanzdirektion, UR
Erwin Jutzet, Conseiller d'Etat, Direction de la sécurité et de la justice, FR
Hans-Jürg Käser, Regierungsrat, Polizei- und Militärdirektion, BE
Guy Morin, Regierungspräsident, Präsidialdepartement, BS
Christian Rathgeb, Regierungsrat, Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit, GR
Ernst Stocker, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, ZH
Astrid Epiney, Geschäftsführende Direktorin, Institut für Europarecht, Universität Freiburg
Markus Notter, alt Regierungsrat Kanton Zürich
Bernhard Waldmann, Direktor Nationales Zentrum des Instituts für Föderalismus, Universität Freiburg
Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK

Sekretariat /

secrétariat: Roland Mayer, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK
Réto Gasser, Vertreter der Kantone im EJPD, KdK

Europakommission – politische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Commission Europe – niveau politique de l'Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE

Vorsitz /

présidence: Matthias Michel, Landammann, Volkswirtschaftsdirektion, ZG

Mitglieder /

membres: Regine Aeppli, Regierungsrätin, Bildungsdirektion, ZH, Vizepräsidentin
Elisabeth Baume-Schneider, Conseillère d'Etat, Département de la Formation, de la Culture et des Sports, JU
Andrea Bettiga, Regierungsrat, Departement Sicherheit und Justiz, GL
Christoph Brutschin, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Um-welt, BS
Mario Fehr, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZH
Martin Graf, Regierungsrat, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Claudius Graf-Schelling, Regierungsrat, Departement für Justiz und Sicherheit, TG

Ursula Gut-Winterberger, Regierungsrätin, Finanzdirektion, ZH
Susanne Hochuli, Regierungsrätin, Departement Gesundheit und Soziales, AG
Hans-Jürg Käser, Regierungsrat, Polizei- und Militärdirektion, BE
Philippe Leuba, Conseiller d'Etat, Département de l'économie et du sport, VD
Pierre-Yves Maillard, Conseiller d'Etat, Département de la santé et de l'action sociale, VD
Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK
Pierre Maudet, Conseiller d'Etat, Département de la sécurité, GE
Isaac Reber, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, BL
Andreas Rickenbacher, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, BE
Ernst Stocker, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, ZH
Beat Villiger, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZG
Heidi Z'graggen, Regierungsrätin, Justizdirektion, UR

Sekretariat /

secrétariat: Roland Mayer, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK

Interkantonale Vertragskommission (IVK)

Commission intercantonale pour les conventions (CIC)

Vorsitz /

présidence: Peter Schönenberger, alt Regierungsrat, SG

Mitglieder /

membres: Roland Brogli, Regierungsrat, Departement Finanzen und Ressourcen, AG
Beat Husi, Staatsschreiber, ZH
Wilhelm Schnyder, alt Staatsrat, VS
Walter Suter, alt Regierungsrat, ZG
Bernard Ziegler, alt Staatsrat, GE

Sekretariat /

secrétariat: Walter Moser, Fachstelle NFA, KdK

Arbeitsgruppen / Groupes de travail

Die detaillierte Zusammensetzung der Arbeitsgruppen ist unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar: <http://www.kdk.ch/de/arbeitsgruppen>

La composition détaillée des groupes de travail figure sur le site internet de la CdC, à l'adresse : <http://www.cdc.ch/fr/groupes-de-travail>

Aussenpolitik / Politique extérieure

Arbeitsgruppe Personenfreizügigkeit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Libre circulation des personnes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

présidence: Christoph Brutschin, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS

Arbeitsgruppe Diplomanerkennung der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Reconnaissance des diplômes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /
présidence: [Vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Soziale Sicherheit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Sécurité sociale (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /
présidence: Susanne Hochuli, Regierungsrätin, Departement Gesundheit und Soziales, AG

Arbeitsgruppe Landverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Transports terrestres (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /
présidence: [Vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Luftverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Transport aérien (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /
présidence: Ernst Stocker, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, ZH

Arbeitsgruppe Dienstleistungen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Services (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /
présidence: Andreas Rickenbacher, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, BE

Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Questions financières et fiscales (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /
présidence: Ursula Gut-Winterberger, Regierungsrätin, Finanzdirektion, ZH

Arbeitsgruppe Bildung und Jugend der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Formation et Jeunesse (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /
présidence: Elisabeth Baume-Schneider, Conseillère d'Etat, Département de la Formation, de la Culture et des Sports, JU

Horizontale Arbeitsgruppe Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)
Groupe de travail horizontal (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /
présidence: Hans-Jürg Käser, Regierungsrat, Polizei- und Militärdirektion, BE
Beat Villiger, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZG, stv. Vorsitzender

Arbeitsgruppe Polizeizusammenarbeit der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)
Groupe de travail Coopération policière (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /
présidence: Beat Villiger, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZG

Arbeitsgruppe Migration und Asyl der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)
Groupe de travail Migration et asile (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /
présidence: Philippe Leuba, Conseiller d'Etat, Département de l'économie et du sport, VD

Arbeitsgruppe justizielle Zusammenarbeit der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)
Groupe de travail Coopération judiciaire (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /
présidence: [Vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Grenze der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)
Groupe de travail Frontières (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /
présidence: Claudius Graf-Schelling, Regierungsrat, Departement für Justiz und Sicherheit, TG

Arbeitsgruppe Datenschutz der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Protection des données (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /

présidence: Martin Graf, Regierungsrat, Direktion der Justiz und des Innern, ZH

Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – politische Ebene (derzeit suspendiert)

Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau politique (actuellement suspendu)

Vorsitz /

présidence: [Vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – technische Ebene

Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau technique

Vorsitz /

présidence: Roland Mayer, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK

Europakommission – technische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Commission Europe – niveau technique de l'Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE

Vorsitz /

présidence: Roland Mayer, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK

Innenpolitik / Koordination / Politique intérieure, coordination

Ansprechpersonen der kantonalen TAK-Delegation

Personnes de contact pour la délégation cantonale CTA

Vorsitz /

présidence: Markus Ritter, Adjunkt des Vorstehers, Präsidialdepartement, BS

Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)

Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoSeCo)

Vorsitz /

présidence: Christoph Niederberger, Generalsekretär, Konferenz der Kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren

Leitorgan Haus der Kantone (LO HDK)

Comité directeur Maison des cantons (CD MdC)

Vorsitz /

présidence: Benjamin Wittwer, Direktor, Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz / Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs

Anhang 3: Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (31.12.2013)

Annexe 3 : Délégations politiques de la CdC dans des organes et groupes de travail nationaux et internationaux (31.12.2013)

Nachfolgend sind die politischen Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen aufgeführt. Die Delegationen der KdK auf technischer Ebene sind unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar:

<http://www.kdk.ch/de/delegationen>

Sont énumérées ci-après les délégations politiques de la CdC dans des organes et groupes de travail nationaux et internationaux. Les délégations de la CdC au niveau technique figurent sur le site internet de la CdC, à l'adresse :

<http://www.cdc.ch/fr/delegations>

Aussenpolitik / Politique extérieure

Versammlung der Regionen Europas (VRE)

Assemblée des Régions d'Europe (ARE)

Vorsitz /

présidence: Hande Özsan Bozatli, Istanbul, Türkei

KdK-Delegation /

délégation CdC: Mario Fehr, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZH
Beat Vonlanthen, Conseiller d'Etat, Direction de l'économie et de l'emploi, FR
Urs Wüthrich-Pelloli, Regierungsrat, Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion, BL (Vize-Präsident VRE)

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Congrès des pouvoirs locaux et régionaux d'Europe (CPLRE)

Vorsitz /

présidence Herwig Van Staa, Landtagspräsident Tirol, Österreich

KdK-Delegation /

délégation CdC: Heidi Hanselmann, Regierungsrätin, Gesundheitsdepartement, SG
Philippe Leuba, Conseiller d'Etat, Département de l'économie et du sport, VD
Philippe Receveur, Ministre, Département de l'Environnement et de l'Equipement, JU
Urs Wüthrich-Pelloli, Regierungsrat, Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion, BL
Heidi Z'Graggen, Regierungsrätin, Justizdirektion, UR
Graf Martin, Regierungsrat, Direktion der Justiz und des Innern, ZH

Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)

Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

Vorsitz /

présidence: Guy Morin, Regierungspräsident, Präsidentsdepartement, BS

KdK-Delegation /

délégation CdC: Norman Gobbi, Consigliere di Stato, Dipartimento delle istituzioni, TI
Martin Graf, Regierungsrat, Justiz und Inneres, ZH
Béatrice Métraux, Conseillère d'Etat, Département de l'intérieur, VD
Christoph Neuhaus, Regierungsrat, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, BE
Maurice Ropraz, Conseiller d'Etat, Direction de l'aménagement, de l'environnement et des constructions, FR
Stefan Sutter, Regierungsrat, Bau- und Umweltsdepartement, AI
Hansjörg Trachsel, Regierungsrat, Département für Volkswirtschaft und Soziales, GR
Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin, Direktion des Innern, ZG

Steuerungsausschuss E-Government-Strategie Schweiz

Comité de pilotage Stratégie suisse de cyberadministration

Vorsitz /

présidence: Eveline Widmer-Schlumpf, Bundesrätin, Eidgenössisches Finanzdepartement

KdK-Delegation /

délégation CdC: Rainer Gonzenbacher, Staatsschreiber, Staatskanzlei, TG
Philippe Receveur, Conseiller d'Etat, Département de l'Environnement et de l'Équipement, JU
Marcel Schwerzmann, Regierungsrat, Finanzdepartement, LU

Projektorganisation „Unternehmenssteuerreform III“ (USR III)

Organisation de projet „Réforme de l'imposition des entreprises III“ (USR III)

Vorsitz /

présidence: Eveline Widmer-Schlumpf, Bundesrätin, Eidgenössisches Finanzdepartement

Vertreter der Kantone /

Représentants des cantons: Roland Brogli, Département Finances und Ressources, AG

Eidgenössische Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV-Kommission)

Commission fédérale de l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (Commission fédérale AVS-AI)

Vorsitz /

présidence: Ruth Lüthi, alt Staatsrätin, FR

KdK-Delegation /

délégation CdC: Peter Gomm, Regierungsrat, Departement des Innern, SO

Bernhard Koch, Regierungsrat, Departement für Finanzen und Soziales, TG

Eidgenössische Spielbankenkommission (ESBK)

Commission fédérale des maisons de jeu (CFMJ)

Vorsitz /

présidence: Bürgi Hermann, Alt-Ständerat/Regierungsrat, Rechtsanwalt, TG

KdK-Delegation /

délégation CdC: Erwin Jutzet, Conseiller d'Etat, Direction de la sécurité et de la justice, FR

Anhang 4: Aktivitäten

Annexe 4 : Activités

Zusammenstellung in Erarbeitung

Anhang 5: Bericht der Revisionsstelle

Annexe 5 : Rapport de l'Organe de révision

Konferenz
der Kantons-
regierungen

Haus der Kantone
Speichergasse 6
Postfach
CH-3001 Bern

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@kdk.ch
www.kdk.ch

Conférence des
gouvernements
cantonaux

Maison des cantons
Speichergasse 6
Case postale
CH-3001 Berne

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@cdc.ch
www.cdc.ch

Conferenza
dei governi
cantionali

Casa dei cantoni
Speichergasse 6
Casella postale
CH-3001 Berna

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@cdc.ch
www.cdc.ch